

enstag, 15. Februar 1983 - D ***

Abk. in allen deutschen Wertpapierbörsen

en 36,00 hfr., Dänemark 7,50 dkr., Frankreich 6,00 F., Griechenland 80 Dr., Großbritannien 55 p., Italien 1300 L., Jugoslawien 63,00 Din., Luxemburg 27,00 fr.

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

In Dresden bekennen Tausende ihren Willen zum Frieden

In vier Kirchen kritische Gespräche über Militarisierung in der „DDR“

dpa/AP/dw, Dresden/Bonn
Ungesachtet massiver Warnungen und Drohungen durch die staatlichen Instanzen der „DDR“ haben Tausende von Jugendlichen in Dresden ihr von der offiziellen Ostberliner Linie abweichendes Friedensengagement bekundet. Zum 38. Jahrestag der Bombardierung Dresdens drückten sie ihre tiefe Beunruhigung über die wachsende Militarisierung des Lebens in Mitteleuropa aus.
Der Landesjugendpfarrer der Evangelisch-lutherischen Kirche Sachsens, Harald Bretschneider, beschrieb die Situation so: Die Angst vor der Militarisierung in aller Welt, „aber auch in unserem Land“, habe zu einem „erstaunlichen Friedensengagement“ geführt. Er sprach auf einer kirchlichen Veranstaltung in Dresden und berichtete, viele kritische Basisinitiativen und andere Aktionen hätten einen „immens wirksamen Zuspruch“. Dies habe manches in Bewegung gebracht. Die Wurzeln dieses Engagements sah der evangelische Pfarrer in der Gewissensnot junger Menschen zwischen dem Anspruch des Staates auf Verteidigungsbereitschaft und der Einsicht in die Aussichtslosigkeit einer Friedenssicherung, die auf militärische Überlegenheit setze.
Es habe zwar auch Resignation gegeben, fügte Bretschneider hinzu, doch die Zahl jener, die sich weiter um ein Friedensengagement bemühten, sei erstaunlich. Der Pfarrer sprach in der Annenkirche, in der Fragen zu aktuellen Problemen der Friedensarbeit beantwortet wurden. Ein erheblicher Teil der Fragen galt einem waffenlosen Wehrdienst und der vormalistischen Ausbildung in den Bildungseinrichtungen.
Eines der drängenden Probleme ist dabei offenbar die obligatorische Schulausbildung in den zum Abitur führenden Oberschulen. Jugendliche Verweigerer könnten von der Schule verwiesen werden, womit ihnen auch der Weg zum Studium versperrt sei, wurde während der Veranstaltung erklärt. Eine der Fragen lautete deshalb: „Risikieren wir nicht, daß in einigen Jahren keine christliche Intelligenz in der DDR existiert?“ Andere Fragen bezogen sich auf das persönliche Verhalten junger Bürger in Mitteleuropa. Etwa: „Wie kann ich mich verhalten, wenn ich bei der Einberufungsüberprüfung vor die Alternative gestellt werde: Armee oder Gefängnis?“
Der „DDR“-Staatsicherheitsdienst hat offenbar im Vorfeld dieser kirchlichen Veranstaltung versucht, potentielle Teilnehmer von einer Mitwirkung abzuhalten. „Ist Ihnen bekannt, daß Studenten der Technischen Universität Dresden unterschreiben mußten, daß sie nicht zu den heutigen kirchlichen Veranstaltungen gehen würden?“ stand auf einem Zettel.
Wie während der Veranstaltung in der Annenkirche bestätigt wurde, gab es in jüngster Zeit eine große Anzahl von Prozessen und Verurteilungen Wehrpflichtiger, die aus Gewissensgründen beantragt hatten, einen waffenlosen Dienst zu leisten, jedoch zum Wehrdienst einberufen wurden und diesen ablehnten. In der „DDR“ gibt es im Gegensatz zur Bundesrepublik Deutschland keinen zivilen Ersatzdienst. In den Bauereinheiten der Streitkräfte soll aber ein waffenloser Dienst aus religiösen oder ähnlichen Gründen möglich sein.
Der frühere Bischof Albrecht Schönherr sagte in einer der Veranstaltungen zum Jahrestag der Bombardierung Dresdens, die Christen in der „DDR“ hätten auch eine Mitverantwortung in ihrer Gesellschaft. Diese könne nicht so wie in einer Demokratie oder pluralistischen Gesellschaft wahrgenommen werden, sondern im Be-

DER KOMMENTAR

Friedensengagement

GERNOT FACIUS

Die Veranstaltungen galten der Erinnerung an die Vergangenheit der Bombardierung Dresdens vor 38 Jahren. Aber die Botschaft betrifft die Gegenwart: Diejenigen, die in Mitteleuropa inmitten einer militarisierten Umwelt ihr Friedensengagement bekennen, denken nicht an Resignation oder gar an Rückzug.
Wenn etwa 4000 Jugendliche sich an Friedensgesprächen in vier Gotteshäusern der Stadt beteiligten, wenn 2000 junge Menschen zu einer ökumenischen Feierstunde in die Dresdner Hofkirche kamen, dann bewiesen sie, Zahlen eine tiefe Verwurzelung der Friedenssehnsucht in der Bevölkerung. Der Januar-Hirtenbrief der katholischen Bischöfe zur Friedensproblematik war auch ein Indiz dafür: Die Menschen wollen, daß ihre kirchlichen Autoritäten die wachsende Militarisierung des Lebens beim Namen nennen.
Die Machthaber reagieren auf ihre bekannte Art. Die Dresdner Stadtleitung der Einheitspartei SED stellte den Jugendlichen eine „Friedensmanifestation“ entgegen, bei der alle Vokabeln der offiziellen Ostberliner Friedenspolitik deklamiert wurden. „Mahnwachen“ der Jugendorganisation FDJ wurden vor der Ruine der Frauenkirche postiert. Nicht zur Erinnerung an die Bomben vom Februar 1945 vielmehr sollten

Metall: Vor dem 6. März massiver Druck

dpa, Bonn
Für Tarifpolitik zuständig, Mitglied der IG Metall. Janßen rechnet nicht mit einem Tarifausschluß vor dem Ausbruch der Friedenspflicht am 28. März. Für die Zeit „unmittelbar Auslaufen der Friedenspflicht“ - also in den Tagen vor Wahltermin am 6. März - ruft Janßen in der jüngsten Ausgabe der Funktionärsschrift „Der erschafter“ deshalb zu „massiven Aktionen“ auf. In allen Tarifen müsse die IG Metall durchsetzen, daß die Funktionäre in diesem Zusammenhang auf „die nahtlose Abstimmung zwischen dem gemeinsamen politischen Vorstellen der Arbeitgeber und der gewerkschaftlichen Politik“ mit allem Druck hinwirken. So man darauf hinweisen, daß nicht am Sonntag den Lohnminister Blum und seine wählen und am Montag von G Metall die Verhinderung der Pause erwarten könne. Die Arbeitgeber und ihre „politischen Helfer“ machten die Verletzung der ökonomischen mit politischen Auseinandersetzungen notwendig.

Moskau vergibt Großauftrag an Hitachi-Konzern

dpa/VWD, Tokio
Moskau will den japanischen Elektronikkonzern Hitachi mit dem Bau einer Produktionsanlage für Farbfernseher in der Sowjetunion beauftragen. Wie ein Hitachi-Sprecher gestern bestätigte, sollen die Verhandlungen in Kürze beginnen. Das Unternehmen gab keine weiteren Einzelheiten bekannt. In einem Bericht der Wirtschaftszeitung „Nihon Keizai“ war von einem Auftragsvolumen von mehr als 64 Millionen Dollar (rund 157 Millionen Mark) und einer jährlichen Kapazität von 400 000 Geräten die Rede. Es wäre der erste sowjetische Großauftrag für die japanische Elektronikindustrie. Vertreter von Hitachi werden auch in der 220 Mann starken Delegation mitreisen, die die japanische Industrie- und Handelskammer Ende des Monats unter ihrem Präsidenten Shigeo Nagano für fünf Tage nach Moskau schickt. Es ist die größte private Wirtschaftsdelegation, die Japan in den Ostblock entsendet. Sie soll versuchen, den im Zuge der Afghanistan- und Polen-Krisen reduzierten Wirtschaftsbeziehungen neuen Auftrieb zu geben. Wie es heißt, folgt Nagano einer Einladung aus Moskau.

ZITAT DES TAGES



„Ich will Vogel nicht die chelnwerfer wegnehmen.“
Büro des Bundeskanzlers Helmut Schmidt im Wahlkampf zu der Frage, in er sich so zurückhaltet.
FOTO: WERKE

für Bürgerrechtler

DW, Bonn/Moskau
48-jährige Moskauer Mathematiker und Publizist Vadim Janst zu vier Jahren Lagerhaft und fünf Jahren Verbannung verurteilt. Das Urteil wurde - wie erst bekannt wird - bereits am 21. April gefällt. Die Verurteilung ist ein weiterer Schritt in der Verfolgung der Bürgerrechtler in der Sowjetunion. Janst war im August letzten Jahres im Vorwurf der „antisowjetischen Agitation und Propaganda“ verurteilt worden. Zur Last wurden ihm neben veröffentlichten Aufsätzen in der Zeitschrift „Dissent“ auch ein 40 Seiten langer Brief an die russischen Herrscher zu den Ereignissen in L.

führer verurteilt

dpa, München
r dem Münchner Landgericht zwei Arbeiter aus Krakau, die August 1982 eine Linienmaschine polnischen Luftfahrtgesellschaft LOT mit einer Bombenlast zur Kursänderung nach Warschau gezwungen hatten, zu je einhalb Jahren Haft verurteilt. Der Richter befand, die beiden seien „Verbrechensbegründer“ auf den Luftverkehr in „minder schweren Fall“ für idig.

hlen in Assam

dpa, Neu-Delhi
nordostindischen Bundesassam haben gestern unter den Sicherheitsverordnungen für ein neues Landesparlament begonnen. Von den mehr als 122 Kandidaten, die sich um die 122 Mandatsitze bewerben, gehörten die meisten der Kongresspartei. Ministerpräsident Gandhian, großen Oppositionsparteien offerieren die Wahl, die in drei Phasen durchgeführt wird. Elitenauswahlen werden im die haben seit Anfang Februar 82 Opfer gefordert.

Lüders entlassen

dpa, Santiago
Der chilenische „Super Minister“ Rolf Lüders ist gestern von Staatspräsident Pinochet entlassen worden. Neuer Finanzminister wurde der bisherige Zentralbankpräsident Caceres, neuer Wirtschaftsminister Martin, der bisher kein öffentliches Amt innehatte. Mehrere Oppositionspolitiker und Gewerkschaftsführer hatten vor sieben Tagen eine Verfassungsklage gegen Lüders wegen der staatlichen Intervention und Liquidierung einer Reihe von Banken eingereicht.

Massaker in Zimbabwe

AP, New York
In der Provinz Matabeleland in Zimbabwe sollen Regierungstruppen etwa 500 Zivilisten standrechtlich erschossen haben. Nach einem Bericht des amerikanischen Nachrichtenmagazins „Newsweek“ sollen die Truppen von Ministerpräsident Mugabe entsandt worden sein, nachdem es in Matabeleland zu Überfällen und Entführungen durch Verbände des Matabele-Stammesführers Nkomo gekommen war.

WIRTSCHAFT

Entscheidung im März

rtt, München
Das Bundeskartellamt wird voraussichtlich Anfang März über die beantragte 75-prozentige Beteiligung des französischen Staatskonzerns Thomson-Brandt an der Grundig AG entscheiden. Dies hat ein Sprecher der Wettbewerbsbehörde angekündigt. Zu der von bayerischen Wirtschaftsminister Anton Jaumann vorgeschlagenen Alternative - einer Kooperation von Siemens, Bosch, Thomson-Brandt und Philips bei dem Fürturher Unternehmen - wollte das Kartellamt keine Stellungnahme abgeben, da ein solches Modell bisher nicht angemeldet worden sei. Seite 9

Rekord bei Porsche

AP, Stuttgart
Mit einem Rekordergebnis bei Umsatz und Ertrag hat der Stuttgarter Sportwagenhersteller Porsche das Geschäftsjahr 1981/82 abgeschlossen. Der Gesamtumsatz wuchs um 28 Prozent auf 1,49 Milliarden Mark. Seite 11

Aktien uneinheitlich

DW, Frankfurt
Bei ruhigem Geschäft entwickelte sich am Aktienmarkt keine einheitliche Tendenz. Der Rentenmarkt war leichter. WELT-Aktienindex 114,0 (113,7). Dollarmittelkurs 2,4205 (2,4052) Mark. Goldpreis pro Feinunze 500,50 (504,40) Dollar.

WETTER

Nachtfrost

DW, Essen
In Norden sonnig bei Temperaturen um minus 3 Grad. Im Süden neblig und zeitweise Schneefall, Temperaturen bis minus 5 Grad.

Arens wird Verteidigungsminister

„Time“: Sharon soll mit Amin Gemayel über Rache der Falangisten gesprochen haben

DW, Jerusalem/Washington
Israels Botschafter in den USA, Moshe Arens, wird die Nachfolge Ariel Sharons als Verteidigungsminister antreten, sobald das Parlament seine Nominierung bestätigt hat. Dies hat die Kanzlei von Ministerpräsident Begin gestern in Jerusalem bestätigt.
Arens, der in den nächsten Tagen nach Israel zurückkehrt, gilt wie Sharon als „Falke“. Er lehnte 1979 den israelisch-ägyptischen Friedensvertrag ab und war auch gegen die Rückgabe der Sinai-Halbinsel an Ägypten. Doch erklärte Arens am vergangenen Wochenende in einem Interview mit dem israelischen Fernsehen: „Ich habe eingesehen, daß Camp David Bestandteil unserer Politik geworden ist, und deswegen habe ich meine Opposition gegen die Vereinbarungen aufgegeben.“
In einem Interview mit der US-Fernsehgeseellschaft NBC wandte sich Arens gegen einen „verführten Abzug“ der israelischen Truppen aus Libanon, der ein „furchtbarer Fehler“ wäre. Israel müsse erst einmal völlig sicher sein, daß Libanon nicht erneut zu einem „Stützpunkt für PLO-Terroristen“ werde. Kurz zuvor hatte der amerikanische Vizepräsident George Bush in einer CBS-Sendung erneut dringend zu einem schnellen Abzug der israelischen, syrischen und palästinensischen Streitkräfte aus Libanon aufgerufen. Zugleich äußerte sich Bush „sehr besorgt“ über die Spannungen zwischen den USA und Israel.
Ariel Sharon hat sich gestern in Tel Aviv mit militärischem Zerkoniell von seinen Mitarbeitern im Verteidigungsministerium verabschiedet. Vor Soldaten aller Waffengattungen bezeichnete Sharon die israelischen Streitkräfte als die „Armee mit den höchsten moralischen Werten“.
In einem nicht veröffentlichten Abschnitt des Berichts der israelischen Untersuchungskommission über die Massaker an tausend Palästinensern in Beirut soll Sharon schwerer belastet worden sein als bisher bekannt wurde, meldet das US-Nachrichtsmagazin „Time“. Einen Tag nach der Ermordung des designierten libanesischen Staatspräsidenten Bashir Gemayel sei Sharon mit der Familie von dessen Bruder Amin, dem heutigen Staatschef, zusammengetroffen.
Bei „Time“ heißt es dazu: „Sharon soll den Gemayels gesagt haben, daß die israelische Armee nach West-Berlin einrücken werde, und daß er das Einrücken der christlichen Streitkräfte in die palästinensischen Flüchtlingslager erwarte. Sharon soll mit den Gemayels auch erörtert haben, daß für die Falangisten die Notwendigkeit bestehe, den Mord an Bashir zu rächen.“
Dies sei eine „infame Lüge“, ließ Sharon dem israelischen Rundfunk im Namen der Kanzlei des Verteidigungsministers mitteilen. Eine Stunde später erklärte jedoch der staatliche Pressedienst, daß „das Verteidigungsministerium den Bericht von ‚Time‘ nicht offiziell dementiert hat“.
Sharons Sprecher Uri Dan hat durchblicken lassen, der Minister habe nach wie vor Ambitionen, nach einem Ausscheiden Begins aus der Politik Ministerpräsident zu werden. Seite 2: Israels Demokratie

PLO gegen Reagan-Plan

Palästinenser sehen Fes-Plan als Minimum an

dpa/AP/AP, Algier
Der palästinensische Nationalrat könnte in Algier die Gründung einer palästinensisch-jordanischen Konföderation unter der Bedingung zustimmen, daß der palästinensische Teil ein vollberechtigter Staat sein müsse.
Diese Einigung zeichnete sich gestern zum Auftakt der einwöchigen Tagung der 350 Mitglieder des „Exilparlaments“ ab. Die radikalen palästinensischen Gruppen hatten bisher gefordert, vor Beratungen über eine Konföderation mit Jordanien müßte erst einmal ein Palästinenser-Staat gebildet werden.
Eine Fünf-Punkte-Resolution, über die der Nationalrat entscheiden muß, sieht eine Erklärung vor, wonach der arabische Friedensplan von Fes das Minimum für die politische Aktion der Araber darstelle. Im ersten Punkt der Resolution wird unterstrichen, daß die politische Aktion von militärischen Kampf begleitet wird.
Anschließend wird der Nahost-Plan des US-Präsidenten Reagan verurteilt, weil er im Widerspruch zu den „unveräußerlichen Rechten“ der Palästinenser stehe. Die anderen Punkte betreffen die geplante Konföderation mit Jordanien und die Bestätigung der PLO als einziger Vertreterin des palästinensischen Volkes.
Vor EG-Parlamentarier hat Israels Ministerpräsident Begin Friedensgespräche nicht nur mit der PLO, sondern auch mit denen abgelehnt, „die Befehle der PLO ausführen“. Dem Camp-David-Abkommen zufolge können Palästinenser gemeinsam mit Jordanern an solchen Gesprächen teilnehmen.

Frau Thatchers Goldbremse greift

WILHELM FURLER, London
Großbritannien zählt jetzt zu den Ländern mit den niedrigsten Inflationsraten. Nach offiziellen Statistiken ging die Rate, mit der die Einzelhandelspreise im Januar im Jahresvergleich gefallen sind, auf 4,9 Prozent zurück. Erfolg einer konsequenten Politik des knappen Geldes.
Eine Inflationsrate von weniger als fünf Prozent war in Großbritannien zum letzten Mal vor 13 Jahren registriert worden. Vor weniger als drei Jahren, im Frühjahr 1980, war sie auf 21 Prozent und damit auf den höchsten Stand in der jüngeren Geschichte des Landes gestiegen, nachdem die damals neue konservative Regierung den Mehrwertsteuersatz drastisch auf 15 Prozent angehoben hatte. Selbst die größten Optimisten in der Regierung von Frau Thatcher hätten das jetzige Erfolgsergebnis noch vor wenigen Monaten nicht für möglich gehalten.
Bei ihrer Anti-Inflationspolitik wurde die Regierung Thatcher allerdings nicht unerheblich von außen unterstützt. So hat die gedrückte Weltkonjunktur insbesondere die Rohstoffpreise niedrig gehalten. Und die Importpreise für Waren aus wichtigen Importländern wie Deutschland sind in den vergangenen Jahren vergleichsweise langsam gestiegen.

Doch dies soll den Erfolg der Regierung Thatcher nicht schmälern. Vor allem die inzwischen in der Tat bescheidener gewordenen Forderungen nach Lohn- und Gehaltsanhebungen sowie die Abschneidung der Geldmengen-Ausweitung gehen allein auf ihre Anti-Inflationspolitik zurück. Wie die Regierung Thatcher insbesondere für sich beanspruchen kann, ist der äußerst sparsame Umgang mit Geld.
So werden, wie aus dem jüngsten Regierungs-Weißbuch hervorgeht, die gesamten öffentlichen Ausgaben Großbritanniens für das derzeitige Finanzjahr, das Ende März zu Ende geht, um etwa zwei Milliarden Pfund unter dem noch im letzten Finanzjahr-Budget anvisierten Rahmen liegen.
Durch diese Ausgabenkürzung sowie durch den Abbau der Staatsverschuldung auf nur noch 1,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts konnte die Beschränkung der Geldmengen-Ausweitung erfolgreich gesteuert werden, ohne daß dabei das Zinsniveau in unverträglichen Höhen geklettert wäre. Stärker als etwa in Deutschland wiegen in Großbritannien Zinsen und insbesondere Hypothekenzinsen in diesem Korb, der für die Ermittlung des monatlichen Preisindex herangezogenen Waren und Dienstleistungen für die Lebenshaltung enthält.
Im übrigen ist anzunehmen, daß die Regierung Thatcher in diesem Frühjahr-Budget ein wenig von ihrem konsequenten Anti-Inflationskurs abweichen wird. Immerhin stehen Wahlen vor der Tür. Und es gibt in Großbritannien nicht wenige, die die extrem hohe Arbeitslosigkeit in Höhe von gegenwärtig 3,2 Millionen oder 13,8 Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung als einen viel zu hohen Preis erachten, der für die Erfolge an der Inflationsfront bezahlt werden mußte.
Daß sich die Hoffnung der Regierung, der drastische Rückgang der Preissteigerungsrates werde eine Konjunkturerholung induzieren, bisher nicht erfüllt hat, wird von Premierministerin Thatcher und ihren Ministern auf die extrem schwache Weltkonjunktur zurückgeführt. Immer häufiger verweisen sie auf das Ausland.
Im übrigen ist die konservative Regierung der festen Überzeugung, daß das Arbeitslosen-Problem gerade in Großbritannien ein strukturelles bedingtes und damit unausweichliches Schicksal darstellt, das auf wirtschaftspolitische Fehlleistungen seit einander abblösender Regierungen in den vergangenen Jahrzehnten vor allem unter Labour zurückzuführen ist.

Massen-Demonstration in Warschau für „Solidarität“

Einigen Priestern ist der Primas zu kompromittierend

AFP/AP/KNA, Warschau
Eine Kundgebung für die verbottene polnische Gewerkschaft „Solidarität“ gegen das Militärregime, an der mehrere tausend Warschauer Bürger teilnahmen, ist von Zomo-Sondereinheiten der Miliz auseinandergetrieben worden.
Dabei setzte die Miliz Tränengasgranaten gegen die Demonstranten ein. Die Kundgebung fand auf den Tag genau 14 Monate nach Verhängung des inzwischen ausgesetzten Kriegsrechts über Polen statt. Die Miliz nahm mehrere Personen fest. Angehörige der Zomo-Truppen schlugen auf zwei ältere Frauen ein.
Ein erster Demonstrationsszug hatte sich am Sonntag nach einem Gottesdienst in der St.-Josephs-Kirche gebildet, zu dem ehemalige Internierte aufgerufen hatten. Zunächst verhielt sich die in Seitenstraßen aufgefahrene Miliz passiv. Die Demonstranten zogen dann zur Heilig-Kreuz-Kirche, wo eine weitere Messe gelesen wurde. Dabei riefen sie in Sprechchören: „Nieder mit der Junta, hinaus mit der Junta, die Militärregierung auf den Roten Platz, die neuen Gewerkschaften auf den Friedhof, hier ist Polen!“ Die mehrtausendköpfige Menge rief auch den Namen Lech Walesa und des Untergrundführers der „Solidarität“, Zbigniew Bujak.
Nach dem Gottesdienst in der Heilig-Kreuz-Kirche formierte sich ein neuer Demonstrationsszug. Die Kundgebungsteilnehmer versuchten, den Schloßplatz im Zentrum Warschaus zu erreichen, als die Miliz eingriff.
Der Primas der katholischen Kirche Polens, Józef Kardinal Glemp, hat gestern bei einer Predigt in der

Reagan erwägt Kompromiß für Raketen-Gespräche

Wünsche der Europäer sollen berücksichtigt werden

SAD/AP/AP, Washington
US-Präsident Reagan hat sich bereit erklärt, in der Frage der Stationierung von Mittelstreckenraketen in Europa die Wünsche mehrerer europäischer Verbündeter zu berücksichtigen und zu erwägen, der Sowjetunion einen Kompromißplan vorzuschlagen.
Als Hintergrund für die neue Flexibilität Reagans wurde von Vertretern des Weißen Hauses darauf hingewiesen, daß Vizepräsident George Bush nach der Rückkehr von seiner Europa-Reise Reagen über den Wunsch mehrerer europäischer Regierungschefs nach einer „Zwischenlösung“ informiert hatte.
Bisher hatte Reagen auf einer Null-Lösung bestanden, wonach die USA auf die geplante Stationierung von 572 Pershing-2-Raketen und Marschflugkörpern in Europa nur dann verzichten würden, wenn die Sowjetunion zur Demontage aller ihrer 340 SS-20-Raketen in Europa und Asien sowie ihrer 240 Raketen- und Marschflugkörpersysteme der Typen SS 4 und SS 5 in Europa bereit sei.
Bush sagte dazu am Sonntag gegenüber der US-Fernsehgeseellschaft CBS, die Null-Lösung bleibe zwar nach wie vor das Ziel Reagans. Um aber bei der Genfer Verhandlung zu einer Zwischenlösung auf dem Weg zu einer endgültigen Vereinbarung zu kommen, habe Reagen die Möglichkeit eines Alternativangebots ins Auge gefaßt.
Die USA würden auf jeden Fall Ende des Jahres mit dem Aufstellen von Pershing-2-Raketen und Marschflugkörpern beginnen, sollte bis dahin keine Einigung in Genf erzielt worden sein, betonte Bush. Der Aufstellungsstermin steht fest, und wir werden nicht schwanken und uns davon zurückziehen.“ Die Verbündeten hätten Verständnis für diese Position.
Bush wies erneut das Angebot des sowjetischen Parteiführers Jurij Andropow zurück, die sowjetischen Mittelstreckenraketen auf die Zahl der französischen und britischen Atomwaffen zu verringern. Dies würde Europa von den amerikanischen Sicherheitsgarantien „abkoppeln“, sagte Bush. Er hoffe, daß die Verhandlungen bis zum Jahresende zu einer Einigung führen werden. Die USA seien aber bereit, „so lange wie notwendig“ zu verhandeln.

Heute in der WELT

innige Investitionen - Aufzucht heißt Vertrauen	S. 2
JR: Die Städteplaner werfen Ruder herum	S. 3
sten: Schon mit 58 in den Ruben	S. 4
SSR: Disziplin als Pflicht nach besserem Leben	S. 5
um: Personalien und die Meinung WELT-Lesern	S. 7
Wirtschaft: Die Westimporte Ost-Berlingens zurück	S. 9
Sport: Meneas - Comeback eines großen Sprinters	S. 14
Fernsehen: Italiens Staats-TV gegen die Kommerzellen	S. 14
Kultur: Medizin wie mit Florett - Transplantation	S. 15
Aus aller Welt: 11000 Gläubiger haben ein Dach über dem Kopf	S. 16

Wie und WELT behält den Vertrieb der WELT. Wir bitten die um Verständnis bei Verzögerung der Zeitungsstellung.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Modell Berlin

Von Rüdiger Karutz

Was lange währt, wird endlich gut“, verheißt das Sprichwort. Mehr oder weniger gespannt harren die Berliner in diesen Tagen darauf, ob der Volksmund auch bei der sich abzeichnenden Senats-Liaison zwischen der CDU und der FDP neuer, sprich bürgerlicher, Macht recht behält. Seit zwei Jahren fördern bekanntlich fünf der sieben FDP-Parlamentarier im Parlament die Arbeit des CDU-Senats – in erster Linie deshalb, weil Richard von Weizsäcker ihn führt.

Seit Monaten weben nun im politischen Windschatten des bundesweiten Wahlkampfes die jeweiligen Spitzenkräfte im verborgenen an dem gemeinsamen Regierungs-Segel, mit dem Berlin durch die kommenden harten Jahre kreuzen könnte. Zwei Jahre nach den Wahlen vom Mai 1981, die der CDU haarscharf die absolute Mehrheit versagten und die FDP um 6000 Stimmen vor dem Schicksal der Hamburger und hessischen Liberalen bewahrten, strebt die FDP nun fort – von den Galeeren-Bänken der Mit-Ruderer hinauf zur Kommandobrücke.

Es ist der letzte, folgerichtige Zeitpunkt, das Hilfswerk der FDP-Fraktionsmehrheit zu belohnen: Nur die gemeinsame Arbeit, nur der gerecht geteilte Erfolg von CDU und FDP im Senat kann die Liberalen über die Neuwahlen von 1985 retten. Unter den Berlinern könnte sich das Parteien-Duo zusammen in den nächsten Jahren eine solide, gar absolute Stimmenmehrheit erwerben.

In der Art, wie Weizsäcker mit äußerster Gelassenheit und Umsicht die Installation des neuen Senats vornimmt, zeigt sich: Er hat, ganz offenkundig, das Erscheinungsbild des bedrohten organisierten Liberalismus in der Bundesrepublik insgesamt im Auge.

Denn ähnlich wie die haltbare Saarland-Koalition seinerzeit Gräben ebnete, könnte das „Modell Berlin“ den überzeugenden Nachweis der Leistungsfähigkeit bürgerlicher Dauerbündnisse vorlegen. Ein Senats-Gespann Weizsäcker/Hermann Oxfort bürgt für Qualität.

Etappensieg

Von Evangelos Antonaros

Zyperns Staatschef Spyros Kyprianou ist in seinem Amt bestätigt worden, aber die wahren Sieger der Wahl vom Sonntag sind die Inselkommunisten. Ohne einen eigenen Kandidaten aufzustellen, haben sie jetzt mehr Einfluss denn je zuvor. Das ist so, wird sich demnächst zeigen, wenn die Kyprianou mit Forderungen aller Art überhäufen werden.

Die moskauhörige Partei AKEL ist seit Entstehen der Inselrepublik die stärkste und bestorganisierte politische Formation Zyperns gewesen. Aber Kyprianous Vorgänger, Erzbischof Makarios, hat es immer wieder verstanden, die Inselkommunisten auszutricksen. Unter seinem profillosen Nachfolger ist es den AKEL-Oberhen gelungen, aus dem politischen Abseits hervorzutreten.

Diese Machtentfaltung hat sich bisher in drei Etappen vollzogen: Bei der Parlamentswahl im Mai 1981 zogen die Kommunisten als stärkste Fraktion ins Parlament. Ein Jahr später zwangen sie Kyprianou zum Abschluss eines „Minimum-Programms“, das ihnen ein Mitspracherecht in wichtigen politischen Fragen einräumt. Mit der Präsidentenwahl jetzt haben sie einen Mann an der Staatsspitze, der ihnen politisch verpflichtet ist.

Mag sein, daß nur ein kleiner Teil der Inselgriechen, die der AKEL-Partei ihre Stimme geben, ideologisierte Kommunisten sind. Aber die AKEL-Führung hört vorbehaltlos auf das Kommando Moskaus. Eine „kommunistische Machtübernahme“ – wie sie vom unterlegenen Präsidentschaftskandidaten Klerides befürchtet wird – mag übertrieben erscheinen. Aber bei ihren Zwischenereignissen werden es die Kommunisten Zyperns nicht belassen. Einige Regierungssächer werden sie demnächst verlangen. Und die Außenpolitik der kleinen aber strategisch wichtigen Inselrepublik werden sie ganz gewiß mitzugestalten versuchen. Das Fazit: In keinem anderen Mittelmeerland hat Moskau so einflussreiche Gesinnungsfreunde wie auf Zypern.

Sprachlose Narren

Von Joachim Neander

In den Veranstaltungen mancher Karnevals- und Fastnachtsvereine wurde in diesem Jahr auffallend viel gesungen und geschunkelt. Über den wahren Grund wird nur hinter vorgehaltener Hand und gar nicht lustig geredet. Es gibt nicht mehr genug Büttenredner. Die wenigen Routiniers hasten nach einem Minutenfahrplan von Auftritt zu Auftritt. Nachwuchs ist rar oder indiskutabel. Selbst um die Fernsehauftritte wurde nicht wie früher gekämpft. Wo nichts ist, kann nicht verlangt werden.

Das läßt sich auf mehrere Arten deuten. Vielleicht geht es uns ja gar nicht so schlecht, wie wir uns einreden, denn in der wirklichen Not gedeihen Witz und Narretei bekanntlich ganz von selber.

Es könnte aber auch sein, daß es den Narren aus anderen Gründen die Sprache verschlagen hat. Seit Jahren fällt ein großer Teil der professionellen Zeitkritik pünktlich in blutiger Humorlosigkeit über den deutschen Karneval und seine Anhänger her und reißt ihnen so ziemlich alles Böse unter die Nase, was sich gerade finden läßt. Da kann einem der Jux, so überhaupt vorhanden, schon im Halse stecken bleiben.

Es gibt noch eine dritte Interpretation: Danach hätten Fastnacht und Büttenreden überhaupt ihre Funktion verloren. Wo die reale Welt angefüllt scheint mit Aberwitz und Absurditäten, wo in den Nachrichten oft mehr „Realsatire“ ist, als sich Witzbolde ausdenken können – warum da noch künstlich etwas zusammenbasteln? Was ist eine Büttenrede etwa gegen manche Parlamentsdebatte oder gegen ein hochschulpolitisches Juso-Papier aus den siebziger Jahren? Da bliebe dann tatsächlich nur noch Singen und Schunkeln.



ZEICHNUNG HICKS / COPYRIGHT DIE WELT

Aufschwung heißt Vertrauen

Von Heinz Pentzlin

Die „Neue Zürcher Zeitung“ hat in der letzten Woche einen Diskussionsbeitrag veröffentlicht, in dem dargelegt wurde, daß die frei schwankenden Wechselkurse, die nicht selten hektische Ausschläge aufweisen, weltweit zu einem Rückgang der Investitionen beigetragen haben. Denn wie kann ein Unternehmer, der hart an der Kostengrenze arbeitet – so wird am Beispiel eines kleinen Schweizer Unternehmens im Wettbewerb mit deutschen Konkurrenten bei einem Sinken des DM-Kurses gegenüber dem Schweizer Franken ausgeführt – wie kann er es verantworten, in Anlagen mit mehrjähriger Nutzungsdauer zu investieren, wenn er durch Veränderungen des Wechselkurses gegenüber seinen ausländischen Wettbewerbern nicht mehr wettbewerbsfähig bleibt?

Nun mag gewiß darüber gestritten werden, in welchem Umfang die freien Kurse mit ihren übermäßigen Schwankungen sich als Investitionshemmnis ausgewirkt haben. Bei manchen Unternehmen hat sicherlich die Risikovermehrung, die sie gegenüber, dazu geführt, daß sie Investitionen zurückgestellt haben; und sicherlich haben die Verluste, die nicht wenige Unternehmer als Folge von Kurschwankungen erlitten, zu dem großen Umfang des Unternehmenssterbens beigetragen, das wir in den letzten Jahren erlebt haben.

Doch der Hinweis auf die Risiken, die in den letzten Jahren aus den weltweiten währungspolitischen Veränderungen entstanden sind, ist nur ein Beispiel dafür, wie durch Entscheidungen, die auf höchster internationaler Ebene und stärker noch durch Entscheidungen, die von den Regierungen der einzelnen Staaten getroffen werden, der Wirtschaft Risiken erwachsen, die immer größer werden, während ihre Kraft, die Risiken zu tragen, immer mehr geschwächt wird. In gleicher Richtung wirkt die Politik der Regierungen, die immer mehr die Möglichkeiten der Wirtschaft, neue Kraft – und das heißt für sie vor allem: Kapital – zu schaffen und zu sammeln, einengt.

Da ist, zum Beispiel, Ungewissheit über Entscheidungen der



Das Risiko muß überschaubar sein: Industrieroboter in der Endmontage. FOTO: CLAUD HAMPEL

Regierungen etwa, die mit der Erhöhung von Steuern und Sozialabgaben, aber auch mit anderen Belastungen, neue Erschwerungen für die Wirtschaft befürchten lassen. Da besteht Unsicherheit über die Auswirkungen des Regierungskurses: Steigen die Währungskurse, oder fallen sie? Kommt es zu einer Verknappung auf dem Kapitalmarkt und zu Zinserhöhungen? Gibt es einen Rückgang der Nachfrage? All das schafft Risiken, die zusätzlich zu den zur Marktwirtschaft gehörenden Risiken hinzukommen. Und diese Risikovermehrung hat die Neigung zu neuen Investitionen geringer werden lassen; vor allem auch deshalb, weil die Existenzgefährdung in den letzten Jahrzehnten – wie es das gewaltige Answellen der Konkurrenzwellen 1981 und 1982 nur zu deutlich gezeigt hat – größer geworden ist.

Es gehört zum Wesen des Unternehmers in der Marktwirtschaft, Risiken einzugehen. Doch den Risiken müssen entsprechende Chancen gegenüberstehen. Nun sind seit langem die Chancen, allein schon durch die Steuerbelastung, stark geschnitten. Von dem Gewinn, den er erzielen kann, bleiben einem kleinen Unternehmen im besten Fall knapp vierzig, meist nur etwa dreißig Prozent. Rechnete man in den fünfziger und sechziger Jahren damit, daß Kapital, das neu investiert wurde, acht bis zehn Prozent Ertrag brachte, wenn die Erwartungen, die mit der Investition verbunden waren, sich erfüllten, so ist man heute froh, wenn es noch vier bis fünf Prozent bringt. Erfüllen sich die Erwartungen aber nicht, dann geht nicht nur das investierte Kapital verloren, sondern die Existenz des Unternehmens steht auf dem Spiel.

Denn infolge der Ertragsminderung ist das Eigenkapital der Unternehmen in den letzten Jahrzehnten nicht entsprechend den durch inflationäre Preissteigerungen aufgeblähten Umsätzen gewachsen, sondern sogar zurückgegangen. Neue, mit Risiko verbundene Investitionen können deswegen zumeist nicht mit eigenem Kapital – mit „Risikokapital“ – finanziert werden. Es müssen dafür Kredite aufgenommen werden. Bringt nun die Investition nicht das erwartete Ergebnis, dann sind die für ihre Durchführung aufgenommenen Kredite eine schwere Belastung, die für das Unternehmen tödlich wirken kann.

In dieser Situation ist jede Vermehrung der Risiken, die sich aus einer Ungewissheit über die künftige Regierungspolitik und deren unmittelbare Auswirkungen auf die Belastung der Unternehmen und den Wirtschaftsaufbau in seiner Gesamtheit ergibt, die schlimmste Hemmung für die Investitionen der Unternehmen. Gewiß, ein Teil von Investitionen wird auch bei trüben Ausichten durchgeführt werden, wie Ersatzinvestitionen und Investitionen, die über eine Rationalisierung Kosteneinsparung versprechen. Solche Investitionen helfen, die Wirtschaft weiter in Gang zu halten. Sie schaffen aber keine neuen Arbeitsplätze, keinen Aufschwung.

Investitionen, die diesen Erfolg bringen sollen, sind nur bei einer Minderung der Risiken möglich, die von einer der Wirtschaft in Unsicherheit haltenden Finanz- und Wirtschaftspolitik geschaffen werden; das heißt: in einem Klima, das vom Vertrauen in den Kurs der Regierung geprägt ist. Solange unübersehbare politische Risiken bestehen, können alle anderen Maßnahmen zur Belebung der Konjunktur keine dauerhafte Wirkung haben. Die einzige erfolgversprechende Konjunkturpolitik ist die Politik eines klaren, beständigen wirtschaftspolitischen Kurses.

IM GESPRÄCH Heinz Riesenhuber

Senkrechstarter mit Fliege

Von Peter Philipps

Heinz Riesenhuber wäre für jede Regierung ein Pfund, mit dem sie wuchern könnte. Konzentriert, kompetent und engagiert in der Arbeit, die mit der Gabe des Witzes und der Selbstironie ausgestattet und auch noch rhetorisch begabt, hat sich der neue Bundesforschungsminister in kürzester Zeit Respekt und Anerkennung in seinem Amt erworben.

Als promovierter Naturwissenschaftler und erfolgreicher Manager bei Töchtern der Frankfurter Metallgesellschaft AG weiß der heutige Herr über einen 8,9-Milliarden-Euro, womit er handelt. Im Bereich der deutschen Wissenschaft hatte man auch deshalb die Berufung des passionierten Fliegenträgers mit Freude vernommen und ist bis heute nicht enttäuscht worden.

Praxisbezug – dieses Leitthema leuchtet über all seinen Taten. Er legt es den jungen Wissenschaftlern ans Herz und versucht ihnen zumindest zeitweiligen Wechsel von Forschungslabors in den Elfenbeintürmen zur praktischen Betätigung vor allem in kleinen und mittleren Unternehmen schmackhaft zu machen.

Praxisbezug heißt auch die Formel mit der er versucht, die verkrustete und von seinen Vorgängern zum großen Teil auf Jahre festgefahrene Förderungspolitik im Wissenschaftsbereich zumindest an einigen Stellen zu öffnen. Objektförderung ist zwar auch für ihn ein unverzichtbares Instrument, doch will er sie nur für Einflüsse gelten lassen. Ansonsten steht Riesenhuber glücklicherweise auf dem Standpunkt, daß nicht Bürokraten, sondern Unternehmer über den Sinn von Forschung im Einzelfall entscheiden und das Risiko tragen sollen.

Praxisbezug ist auch für seinen persönlichen Weg der Leitstern.

Einmal Politiker, immer Politiker – dies ist für ihn eine Horrorgeschichte. Und so ragt der 47-jährige Frankfurter, der nicht nur wie ein Bayer heißt, sondern auch so kernig ausschaut, auch in diesem Punkt aus der Masse des vom öf-



Raus aus den Elfenbeintürmen: Minister Riesenhuber. FOTO: JUPP DACHRING

feentlichen Dienst geprägten Bürostages heraus.

Der erfahrene Bonner Chronist Walter Henkels erkannte schon früh bei dem seit 1976 im Bundestag Sitzenden: „Leute wie Herr Riesenhuber sind aus dem Stolz aus dem Bosse kommen.“ Riesenhuber ist in der Tat ein Mann mit Hintergrund. Neider „Senkrechstarters“ mit „eigenen Flügeln“ sprachen hingegen häufig von einem zu ausgeprägten Eigensinn. Doch Riesenhuber, der in einem ausgeprägten christlichen Glauben ruht, sieht das nichts Negatives, sondern als selbstbewußte „Was ist gegen das Ehrgeiz einzusetzen?“

Die Qualitäten des Heinz Riesenhuber in der politischen Auseinandersetzung, das im übrigen mehr als 17 Jahre schon ein angesehener Senkrechstarter der Frankfurter CDU am eigenen Leib erfahren müssen: In einer Kampfbildung unterlag Walter Willms Riesenhuber wurde Vorsitzender der Jungen Union in Hessen.

Mitstreiterin war Beatrix Woll, inzwischen verheiratete Riesenhuber, damals Kreisvorsitzende der Jungen Union in Frankfurt und seine vier Kinder nennt ohne Scheu „mein erstes Hobby“.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

SÜDKURIER

Das in Konstanz herausgegebene Blatt schreibt über die Nachrichtenpolitik in der Bundesrepublik.

Die Meinungen sind geteilt: Die einen halten für einen großen Fehler, wenn der Westen mit der ausgesprochenen Absicht in Genf verhandelt, die von Präsident Reagan eingebrachte Null-Lösung aufzugeben und mit einer irgendwie gearteten Verminderung der Mittelstreckenraketen der Sowjets zu friedigen zu sein. Von der Gegenseite wird ins Feld geführt, bei allen Verhandlungen müßten Abstriche gemacht werden, sollte ein tragfähiges Resultat erreicht werden. Auf der Wehrkunde-Tagung in München wurde deutlich, daß die maßgeblichen Politiker zwar die Null-Lösung – also den Abzug aller sowjetischen SS-20-Raketen und als Folge davon die Nichtaufstellung der amerikanischen Pershing-2-Raketen – für optimal halten, sie indes als nicht realisierbar betrachten. Eine vermutlich realistische Einschätzung der Verhandlungsmöglichkeiten, die allerdings einen für die innenpolitische Entwicklung in der Bundesrepublik gefährlichen Haken enthält. Sollten sich Sowjets und Amerikaner in Genf im Laufe dieses Jahres auf eine Verminderung der Zahl der SS-20-Raketen einigen, bleibt die große Frage für die Bundesrepublik: Was geschieht dann mit dem NATO-Doppelbeschluß? Soll dann der Westen ganz auf die Aufstellung der Pershing-Raketen verzichten, oder soll nur eine geringere Zahl stationiert werden? Die Auseinandersetzung in der Bundesrepublik um die Nachrüstung ging dann wohl weiter. Auf diese möglichen Folgen einer Kompro-

mißlösung in Genf mußten Parteien außerhalb des Westkampfes die Menschen in der Bundesrepublik vorbereiten.

Frankfurter Rundschau

„Hier heißt es über den PLO-Nachwuchs“.

Zur Debatte stehenden Fragen sind nicht nur für die Zukunft dieser Organisation, sondern auch für die des Westens und des Gebiets von Bedeutung: Wird Yassir Arafat, der in Zusammenarbeit mit Jordanien den diplomatischen Weg sucht, über die Krenzen hinaus durchsetzen, oder wird die radikale „Verweigerungshaltung“ einen solchen Kompromiß möglich machen? Allgemein wird zugestanden, daß die Zeit für Israels Arbeit und daß es im mehr etwas zu verhandeln gelte wird, wenn man der massiven jüdischen Siedlungstätigkeit nicht anders realistischen Program entgegenstellt.

LE FIGARO

Das Pariser Blatt merkt zum Tag der Palästina-Nationalrat in Algier an:

Am Ende des Treffens von Algier sollte klar sein, ob die PLO für die Zukunft bereit ist, ihre Ziele politischem Weg zu erreichen oder nicht mehr durch den bisher unerlässlichen Mittel des Terrorismus. ... Die PLO war bisher nie so nahe bei von den Mächtigen als wirkliche Gesprächspartner betrachtet werden. Aber nichts ist bisher entschieden, und die Partei wird den Führer der PLO sehr hart vordringen. Wenn die „Arafat-Linie“ dieser Woche siegt, ... so wenn die Palästinaer sehr viel gewonnen haben, als sie es in den des blinden Terrorismus konnten.

Israels Demokratie funktioniert, seine Regierung weniger

Der Kompetenz-Wirrwarr im Sicherheitsbereich hat schon

früher zu schweren Pannen geführt / Von Rafael Seligmann

Das Zustandekommen einer unabhängigen Untersuchungskommission zur Prüfung der Massaker in den palästinensischen Flüchtlingslagern Sabra und Schatilla, deren effektive Arbeitsweise und Votum sowie die hieraus gezogenen Konsequenzen – unter anderem der Rücktritt des Verteidigungsministers Sharon – sind als Beweis für das Funktionieren der israelischen Demokratie gewürdigt worden. Allerdings bleibt ein entscheidendes Problem auch weiterhin ungeklärt: die Verteilung der Kompetenzen im Sicherheitsbereich des jüdischen Staates. Nicht zuletzt der Zuständigkeitswirrwarr im Verteidigungssektor Israels hatte die Massaker in Beirut erst ermöglicht beziehungsweise ihren Abbruch verzögert.

In den nicht seltenen Krisen- und Kriegszeiten hatte das Fehlen eindeutiger Entscheidungsbefugnisse für Israel teilweise verheerende Folgen. Dieses Manko ist ein Erbe David Ben Gurions. Israels Staatsgründer hatte darauf bestan-

den, neben seinem Amt als Premierminister auch das Schlüsselressort Verteidigung zu übernehmen. Diese Personalunion bewährte sich unter Ben Gurions Führung aufgrund seiner unumstrittenen Kompetenz und Autorität. Nach einer gesetzlichen Definition fragte während Ben Gurions Amtszeit niemand. Alle akzeptierten, daß der „Alte“ das letzte Wort hatte, nicht zuletzt der von Ben Gurion ernannte Generalstabschef Moshe Dayan. Kaum hatte sich Ben Gurion jedoch 1954 für ein Jahr aus der aktiven Politik zurückgezogen, setzten bereits Zuständigkeitskonflikte im Sicherheitssektor ein.

Das Grundgesetz – Israel besitzt keine Verfassung – legt lediglich den Primat der Politik fest. Artikel 29 lautet: „Die Regierung ist befugt, im Namen des Staates, entsprechend dem Gesetz, jede ihr notwendige erscheinende Handlung auszuführen, sofern diese nicht durch Gesetz einer anderen Körperschaft zusteht.“ Wo allerdings die Grenze der Zu-

ständigkeit zwischen Armee, vertreten durch den Generalstabschef, und Regierung verläuft, blieb bis heute ebenso ungeklärt wie die genaue Umschreibung der Kompetenzen des Verteidigungsministers innerhalb des Kabinetts.

In der „Lavon-Affäre“ wurden erstmals die Gefahren deutlich, die sich aus der unklaren Kompetenzverteilung im Sicherheitssektor ergeben konnten. Zu Beginn des Jahres 1955 verübte der militärische Abwehrdienst Israels Anschläge auf britische Einrichtungen in Ägypten. Kairo gelang es rasch, das Komplott aufzudecken. Die Attentäter wurden zu hohen Strafen verurteilt, einige sogar hingerichtet. Das Bekanntwerden des Komplotts führte in Israel zu heftigen Diskussionen. Die Armee und der Verteidigungsminister, damals Lavon, schoben sich gegenseitig die Verantwortung zu. Daraufhin wurde der Verteidigungsminister entlassen und durch David Ben Gurion ersetzt, der kurze Zeit später auch an die Spitze der Regie-

rung zurückkehrte. Damit trat wieder Ruhe im Sicherheitsbereich ein – zumindest bis zum Rücktritt Ben Gurions im Jahr 1963. Gesetzliche Konsequenzen wurden aus der „Lavon-Affäre“ allerdings keine gezogen.

Die Personalunion zwischen Regierungschef und Verteidigungsminister blieb unter Ben Gurions Nachfolger Levi Eshkol zunächst weiter bestehen. Am Vorabend des Sechstagekrieges (1967) erzwang die öffentliche Meinung die Betrauung Dayans mit dem Sicherheitsressort. Damit war der nächste Konflikt bereits vorprogrammiert: Während des Krieges ignorierte der damalige Generalstabschef Yitzhak Rabin einen ausdrücklichen Befehl Dayans, die Truppen nur bis 30 Kilometer östlich des Suezkanals vorrücken zu lassen. Diese Entscheidung wurde nachträglich vom Premierminister gutgeheißen. Rabin gelang es, gegen die Einwände seines Ressortleiters Dayan, auch den Premierminister und die Kabinettsmehrheit

von der Notwendigkeit der Besetzung der Golan-Höhen überzeugen.

Auch 1973, zu Beginn des Yom-Kippur-Krieges, kam zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen der damaligen Regierungschefin Golda Meir, dem Verteidigungsminister Dayan und dem Generalstabschef Elazar. Die Ursache des Konflikts beschrieb nach dem Krieg unter Vorsitz des obersten Richter Agranat eingesetzte unabhängige Untersuchungskommission 1974 folgendermaßen: besteht keine eindeutige Kompetenzverteilung zwischen den Ämtern des Regierungschef und des Generalstabschefs und es fehlt eine klare Aussage über die Beziehung von Staat und Armeeführung.

Konsequenzen aus dem Verdikt unterblieben bis heute. Es ist zu hoffen, daß das israelische Parlament unter gegenwärtigen Schock zu eindeutiger Festlegung der Verantwortlichkeit im Sicherheitssektor entschließt.

هكذا قال

Ich will irgendwo in der Welt mein sagen können

Von ROLF GÖRTZ

Wo ich herkomme, da lebst du immer hinter Zäunen. Hast du einen Überwunden, du bald vor dem nächsten - im höchsten Zaun, der alle einschließt. Wenn du das irgendwo sagst, wenn du gar nicht, dann kommst du in einen Zaun. Mit jedem Programm enger - bis du ganz bist. Der lettische Seemanns Prokopovits hat in den 31 seines Lebens nie etwas Afrika gelesen. Er kennt nicht den Namen. Was er sagte, ist letzte, fast verzweifelte Art auf meine wiederholte warum er sich denn von Frau scheiden ließ, warum und seine kleine Tochter ließ und in den Westen floh, daß er durch Madrid, ist frei und nicht glücklich.

Sietinsone, eine Lettin, die andis auf einem sowjetischen See fuhr und wie er auf anarischen Inseln desertierte, eine andere Antwort auf die Frage: „Ich will irgendwo Welt mein sagen können, ich mein meine - und ja, ich ja meine. Und ich will für harte Arbeit gerade soviel erhalten, daß ich davon leben wie ein Mensch, der über sich verfügen kann.“ Mit dieser r wußten die Damen des nationalen Flüchtlingskomitees anzufangen. Sie wollten etwas Politisches hören.

beiden Flüchtlinge aus dem hatten Jahre gebracht, sich - jeder für sich - zu entschlossen. Und weitere ehe sie es wirklich riskieren von dem sowjetischen reistzeitpunkt auf den Kanarischen Inseln desertieren Jahr für 0 bis 35 Rumänen, Russen, und Ungarn in die Freiheit. blonde Lettin Iga fuhr elf zur See, zuletzt als Bäckerin in Süßwasserversorger „Si- zu viert hausten die Frauen engen Loch, in dem nur zwei zur gleichen Zeit wußten. Sie hielt durch, ne Frau kann je anderswo übel für ihre Arbeit bekommen.

Zuhause in Wilna erschien n Reise zu Reise trübseliger. Der Kapitän und Kommissare, die auf hoher m Mutterschiff regelmäßig unterricht an Bord kletterten, ihnen erzählt, die Armut Igar, weil sie soviel für die Kapitalismus unterdrücken willken abgeben, gabst überall in der Welt leben sie er als wir in der Sowjetrepublik. Selbst die Neger in haben glücklichere Gesicht-meine Leute zu Hause, und auch bessere Kleider und e.“

hause gab es gnation und Schnaps

hause stieß sie auf Resignad auf den Schnaps, mit dem as Elend herunterzuspielen. „Lauf weg, wenn du sagte die Mutter vor der Reise. In Santa Cruz de gingen sie zu dritt von wie immer ohne Papiere, und Seefahrtsbücher hält upitän unter Verschluss. El drei war der russische Auf-ohne den sich kein Balte im bewegen darf. Im Marktkomnte sie dann untertau-

Wochen später fuhr ich sie o durch Madrid. Sie erzählte vom Politunterricht, als ich e Gebäude zeigte, wo die enz für Sicherheit und Zuarbeit in Europa tagt. Iga nie etwas davon gabst, chten nahm an Bord der r auf, gab sie an den Kapitän und damit hatte es sich. Sie nie etwas von dem Papst len; sie weiß nicht einmal, Kirche“ etwas mehr als die meist verfallenen, manch-ihnen Gebäude in meiner t“ sind.

Iga lehnte auch Andris den rum Essen ab. Auch seine ichte fängt beim Alkohol der n an. Schnaps schwächt

Und die Russen, die sich in unse-rem Lande täglich mehr ausbrei-ten, wissen schon, wie man einem Volk das Rückgrat rausholt.“ Sechs Rubel kostet eine Flasche - bei einem Monatsgehalt von 140 Rubel, womit die meisten auskom-men müssen, ist das sehr viel. 28 Rubel zahlt man für die Wohnung - meist nur ein Zimmer - und 25 Rubel kostet die Nacht in der dreieckigen Ausnüchterungszelle der Polizei.

Der Alkohol, die anschließende Erniedrigung und schließlich die planvolle Verarmung lassen bei vielen Balten allmählich den nationalen Widerstand erlahmen. Andris konnte sich vor dem üblichen Militärdienst von drei Jahren drücken. Der Arzt, der ihn umtaug-lich schrieb, bekam dafür Ostsee-schollen von seiner Tante. Der junge Lette meinte, daß er ungewis-sig wegen seines Hasses auf die Russen für fünf Jahre im Strafta-billon gelandet wäre. Zusammen-schlüsse gibt es bestenfalls in Folkloregruppen - „aber deshalb gleich mehrere russische Lieder lernen, nur um ein lettisches oder estnisches Volkslied singen zu dür-fen - da habe ich lieber Deutsch gelernt“.

Die Schweden lehnten Andris' Asylgesuch ab

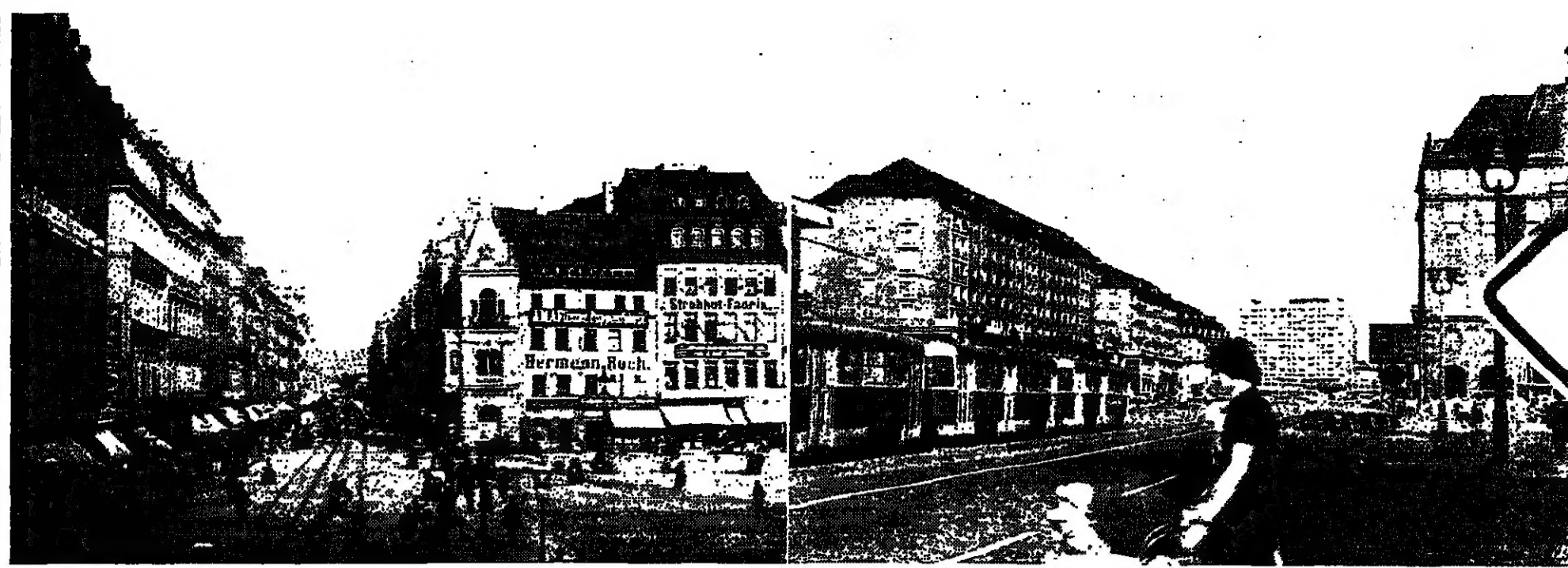
So sehen die Balten vor allem an der Küste zu, wie neben ihren Städten und Dörfern Lager aufge-baut werden, in die viele Sträflinge aus fernem Sowjetrepublik kommen. Sie bauen Fabriken auf oder wie in Tallin einen gewaltigen Kriegshafen. „Und dann besetzen sie Haus für Haus unserer Dörfer und Städte, bis die Statistiken ei-nes sagen: Das hier ist Rußland.“

Schon am zweiten Tag nach sei-ner Flucht erfuhr Andris, daß die Sowjetunion auch auf ein freies Volk starken Druck ausüben kann. Die schwedische Botschaft in Ma-drin lehnte sein Asylgesuch ab. Denn Stockholm fürchtet Unge-mach, wenn die sowjetische Regie-rung erfährt, daß „ein U-Boot-Spezialist“, von dem die schwedische Sensationspresse schrieb, Aufnahme fand. In ahnungsloser Naivität hatte Andris einem schwedischen Beamten auf dessen Frage erzählt, daß er die sowjetischen U-Boote in der Ostsee sehr wohl kenne. Er wußte nicht, daß dieser „Beamte“ ein Journalist war, der in seinem Bericht den jungen Letten zum U-Boot-Mann machte. Ein zweifel-hafter Erfolg: Andris muß jetzt vier Monate auf Asyl in den USA war-ten.

Um zu fliehen, beuerte Andris bei der größten Fischereikolchose der Sowjetunion in Libau an. Drei-mal verpflichtete er sich für eine Reise von je fünf Monaten. Das Mißtrauen, es könnte zu einer Meuterei kommen oder ganze Schiffs-bebesetzungen in Libau an. Drei-mal verpflichtete er sich für eine Reise von je fünf Monaten. Das Mißtrauen, es könnte zu einer Meuterei kommen oder ganze Schiffs-bebesetzungen in Libau an.

Drei Tage im Monat müssen die Kutter und Trawler ihr Geschirr verstauen und selber Krieg spielen. Die Befehle gibt oft ein ferner Stabschef, eingesetzt auf einem Mutterschiff. „Bei uns an Bord gab es Räume, die wir nie betreten oder öffnen durften.“ Kutter der klei-nen Kolchose des Baltikums sind mit Panzerplatten und Betondecks ausgerüstet, auf denen jederzeit Kanonen und Raketenwerfer mon-tiert werden können, die - so ver-muten die Matrosen - im Schiffsin-neren unter Verschluss liegen.

Drei Tage im Monat kam vom Versorgungsschiff der Politprofes-sor an Bord des Kutters von And-ri. In Zeiten der Übung und des Marxismusunterrichts können noch so viele Fischschwärme auf dem Oszillographen ihres Sonarge-rätes erscheinen - sie brauchen die Netze nicht zu fürchten. (SAD)



Die König-Johann-Straße im Dresden der Jahrhundertwende verlor bei der Verwandlung zur heutigen Ernst-Thälmann-Straße ihr Gesicht. In den 50er Jahren wurde noch versucht, stilistisch an den früheren Baustil anzuknüpfen (Gebäude ganz rechts); doch dann dominierten schon sehr bald die eintönigen Fassaden-Fronten. FOTO: SAMMLUNG KARISCH

Die Städteplaner werfen das Ruder herum

Von D. GURATZSCH

Vor 38 Jahren, am 15. Februar 1945, als die Quälwolken und der Feuersturm den Blick auf Dresden verhüllten und die Überlebenden der verheeren-den Bombenangriffe in endlosen Strömen über die Landstraßen flüchteten, erschütterte noch ein-mal ein gewaltiges Beben den Boden der furchbar verwundeten Stadt: Die Kuppel der Frauenkir-che, die 200 Jahre lang allen Krie-gen und auch dem Inferno der Bombennacht getrotzt hatte, stürzte krachend in sich zusammen. Die Feuergrut hatte ein Filmarchiv im Keller des mächtigen Gotteshaus-es, das zu den bedeutendsten Wer-ken der Weltarchitektur gezählt wurde, entzündet und eine gewalti-gere Explosion ausgelöst.

Der riesige Trümmerberg, an dessen Fuß vor einem Jahr junge Christen zur größten Kundgebung der Friedensbewegung in der „DDR“ zusammenkamen, ist bis heute Symbol für eine der tiefsten Zäsuren in der europäischen Stadtgeschichte: für die tiefe Ver-wundung der Lebens- und Identifi-kationsmittelpunkte ganzer Natio-nen durch den Krieg.

Diese Erinnerung tut not, um die Dimension der kulturellen Ver-wundung zu verstehen, die auf diese Erfahrung erst noch folgte. Inzwi-schen nämlich wird, mindestens im westlichen Deutschland, die sich anschließende Aufbauphase als noch tieferer Einschnitt gewer-tet. Mehr noch als alle Verwüstun-gen des Krieges, sagte der Präsi-dent des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz, Hans Mai-er, zum Auftakt des Europäischen Denkmalschutzjahres 1973, hätten die Bombenkisten und die Abrißwut der Nachkriegs-Städtebauer das Gesicht der Städte zerschlagen.

Die Radikalität dieser zweiten Zerstörung ist selbst noch in Dres-den zu spüren, wo schon die erste Zerstörung die gesamte Innenstadt auf 15 Quadratkilometer Fläche ausgelöscht hatte. Beim Neuauf-bau der Stadt ließen sich die Plan-ner von den alten Strukturen des einst für seine Schönheit berühm-ten „Elbflorenz“ nicht beirren und behandelten den leerraumten Altstadtbereich (18 Millionen Ku-bikmeter Schutz) wie eine grüne Wiese am Rand der Stadt.

Wo einmal ein Straßennetz war, wurden die Häuserzeilen kreuz und quer auf die freie Fläche ge-stellt. Lediglich im Gebiet rings um den Altmarkt schloß sich die Bebauung in vergrößertem Raster alten Straßenvorläufen an. Die neue Prager Straße, Ersatz für die alte Hauptgeschäftstraße gleichen Namens, wurde mit überdimension-ierten Betonklötzen jeder städte-baulichen Einbindung entzogen. Daß an der Anfängen dieser Struk-turplanung auch westliche Exper-ten wie der hannoversche Stadtplan-ner Rudolf Hillebrecht mitgewirkt haben, das beweist die Korrum-pierbarkeit des Sachverständigen durch die schrankenlosen Macht-mittel zentralistischer Planung.

Es relativiert zugleich die Lieb-lingsauffassung westlicher und östlicher Ideologen des Städte-baus, daß Architektur ihrem Wes-sen nach das getreue Abbild her-schender Gesellschaftsverhältnis-se sei. Die verquere Ethik des Zel-lenbaus, der Glaube an die Priori-tät des Verkehrs, die Anbetung der „Charta von Athen“, die eine räum-liche Trennung der Funktionen Akti-vität und Lebensfreude, Schönheit und Leistungsbereitschaft fördert und deren Verbundenheit zur sozialistischen Heimat vertie-fen hilft. Dafür gebirgt sie so zwei-felhafte Erscheinungen wie die Großtafelbauweise (sie beherrscht heute die Neubautätigkeit zu 85

Weise recht. Daß in Dresden so verschwenderisch (und städte-störnerisch) mit dem Boden umge-gangen werden konnte, hat seinen natürlichen Grund in der „Ge-sellschaftsordnung“. Hier sind die privaten Hausbesitzer nämlich nicht nur durch die Bomben der Gegnerstaaten des Zweiten Welt-krieges um ihren Besitz gebracht, sondern danach auch noch durch den eigenen Staat endgültig enteignet worden. Sie durften nicht einen einzigen Ziegelstein von ihren aus-gebrannten Häusern forttragen und mußten sogar noch die Ab-bruchkosten für die Ruinen bezah-len.

Die schrankenlose Verfügung über Grund und Boden führte aber nicht zu Städten, die, wie der Dresdner Aufbau-Slogan verließ, „schöner denn je“ gestaltet wur-den, sondern zur Auflösung der Stadt in monotone Betonmonoli-then und in maßstablose Vorstadt-siedlungen, die den Charakter der Stadt negierten. In der Bautechno-logie brachte die angestrebte „äu-ßerste Optimierung“ keine schne-lere „Lösung der Wohnungsfrage“ als in der Bundesrepublik (1973 wurde ein Fehlbestand von 850 000 Wohnungen errechnet). Sie be-scherte den Städten der „DDR“ auch nicht jene städtebaulich-architektonische Gestaltung, die, wie inzwischen die „Grundsätze für die sozialistische Entwicklung von Städtebau und Architektur“ fordern, „durch emotionale Wir-kung bei den Bürgern unserer Re-publik Lebensfreude, Schönheits-empfinden, gesellschaftliche Akti-vität und Leistungsbereitschaft fördert und deren Verbundenheit zur sozialistischen Heimat vertie-fen hilft“. Dafür gebirgt sie so zwei-felhafte Erscheinungen wie die Großtafelbauweise (sie beherrscht heute die Neubautätigkeit zu 85

Prozent) und den Typenbau, die heute das ganze Land mit außer-lich völlig identischen Kreaturen der „WBS 70“ (Wohnungsbauserie 70) überziehen.

Die Monopolisierung der gesam-ten Wohnungsbauplanung in der Hand des Staates (der private Woh-nungsbau erreicht in der „DDR“ einen Anteil von ganzen zehn Pro-zenz) erzeugte eine selbst im Absolu-tismus nur andeutungsweise er-reichte Eintönigkeit und Gleichförmigkeit des Bauens. Wenn die „Bauschaffenden“ der „DDR“ ein-mal angestregt waren, „die durch den Bau- und Bodenwucher zer-küffelten Städte neu zu ordnen und vor allem das Wohnungseind des Proletariats beseitigen zu hel-fen“ (der greise Erbauer der Stalin-allee, Hermann Henselmann, in ei-nem Rückblick), so müssen sie sich von einem gerade in der „DDR“ mit Ausstellungen und Festreden gefeierten Zeugen be-schämen lassen: Karl Friedrich Schinkel. Als Chefarchitekt im an-gelobten „reaktionären“ Preußen erkannte dieser Mann schon vor 150 Jahren: „Die Einförmigkeit im Stil der Wohnhäuser hat etwas Un-angenehmes, weil jedermann so-fort das Gezogene empfindet, den Besitzern von sehr verschiede-nen Vermögens- und Berufsver-hältnissen und überhaupt von verschiedenen Ansichten des Le-bens eine so gleichartige Form der Wohnungen aufzudrängen.“

Dieses „Gezogene“, das in der Tat etwas über den Gesellschafts-zustand der „DDR“ aussagt, ist heute das Erkennungszeichen der gesamten Neubautätigkeit in die-sem Land, und zwar in einem Um-fang, der auch den Regierenden inzwischen unheimlich geworden ist. Denn das Ziel des Städtebaus in der „DDR“ war ja einmal die gebaute Proklamation der „Befreiung des Menschen durch den Men-schen“ gewesen. Die „sozialisti-schen Großstädte“ sollten weltweit vom „humanistischen Menschen-bild“ und von der Überlegenheit des Sozialismus über den Kapitalismus kündigen. Wie sie sich indes-sen entwickelt haben, bewirken sie das Gegenteil.

Mit großem publizistischem Auf-wand, aber ohne sonderliches Echo in der Bundesrepublik, wur-de deshalb vor wenigen Monaten das Ruder im Städtebau der „DDR“ herumgeworfen. Zwar soll die „Lösung der Wohnungsfrage“ in unverminderter Anstrengung weitergehen (nach dem Programm von 1976 sollen bis 1990 für 200 Milliarden Mark drei Millionen Wohnungen gebaut oder moderni-siert werden). Zwar sollen die gi-gantischen, alle Maßstäbe sprengenden Trabantenstädte zu Ende gebaut werden (wie Halle-Neustadt sind auch Leipzig-Grünau und Berlin-Ost) - Marzahn für jeweils 100 000 Einwohner projektiert, also doppelt so groß wie das vielzitierte Märkische Viertel in West-Berlin, aber das Schwerk Gewicht der Bau-tätigkeit soll sich nun auf die Er-haltung, Modernisierung und Re-konstruktion, auf das Bauen in den innerstädtischen Bereichen sowie in den Klein- und Mittelstädten verlagern.

Plötzlich ist wieder von der „vor-handenen Bausubstanz“ die Rede, die „aufgewertet“ werden müsse, von der Gleichwertigkeit „bau-

künstlerischer und ökonomischer Aspekte“, von der „harmonischen Verbindung von Altem und Neu-em“, von der „Einmaligkeit der Stadt, des Ortes“. Die Flächenaus-dehnung der Städte soll „sinnvoll begrenzt werden“, ihre Funktio-nen will man, ganz im Gegensatz zur Charta von Athen, nun wieder verflechten, der „übermäßigen Ballung“ in bestimmten Regionen entgegenwirken.

Wie ist es zu diesem radikalen Umschwung in der zentralisti-schen Städtebauplanung gekom-men? Gewiß gibt es auch in der „DDR“, wo Bürgerinitiativen nach westlichem Vorbild verboten sind, so etwas wie einen Druck von der „Basis“, von der Bevölkerung her. Nicht zufällig ist deshalb in den neuen Richtlinien immer wieder vom „Wohlbefinden und der Ver-haltensweise der Menschen“ die Rede, auf die der Städtebau künf-tig eine stärkere „soziale Wirksam-keit“ entfalten müsse. Den Aus-schlag aber gaben handfeste öko-nomische Belange. So sind die volkswirtschaftlichen Gesamtauf-wendungen für den Wohnungsbau am innerstädtischen Standort nach „DDR“-Berechnungen um 30 bis 40 Prozent geringer als in Stadt-randlage. Bei der Modernisierung von Altbau können an Zement und Stahl sowie an Transportkos-ten sogar 70 bis 80 Prozent eingespart werden.

Deshalb sollen die Modernisie-rungsmaßnahmen bis 1985 auf 150 Prozent, die Instandhaltung auf 200 Prozent gesteigert werden. Bei Fassaden- und Dachreparaturen soll die „industriemäßige Durch-führung“ von heute fünf auf drei-ßig Prozent zunehmen. Beim Woh-nungsneubau werden weitere Ra-tionalisierungsschritte vorge-schrieben: Senkung des Bauauf-wands um 15 Prozent, des Raum-beheizungsbedarfs um 40 Prozent. Insgesamt soll die Zahl technolo-gischer „Linien“ von heute 500 auf das Vierfache erhöht werden, um „Erscheinungen der Eintönigkeit und Schematismus“ entgegenzu-wirken.

Es wäre überraschend, wenn sich diese Ziele nur halbwegs er-füllen. Wie um sie zu beschwören, werden sie in diesen Tagen erst-mals auch einem westlichen Lesepublikum verkündet: im neuen Heft der Hamburger Zeitschrift „Stadt“. Auf 80 Seiten schreiben hier - ein Novum im ost-westlichen Kulturaustausch - ausschließlich „DDR“-Architekten und -Planer über „Elbflorenz und Spreethen - Städtebau in der DDR“ (so der Titel des Heftes). Mit seinen rei-chen Illustrationen und seiner aus-führlichen Bibliographie ist das Heft ein kulturelles Ereignis. Eine Garantie für die Einlösung der Ver-sprechen ist es nicht.

„Da fließt noch viel Wasser die Elbe hinunter“, haben sich die Dresdner angewöhnt zu sagen. Im-merhin könnten sie dem Heft ent-nehmen, daß die Pläne für den Wiederaufbau ihrer prominentes-ten Ruine erst einmal wieder auf Eis gelegt sind. „Die Ruine der Frauenkirche“, schreibt ihr Stadt-architekt Heinz Michalk, „ist als Mahnmahl - alles nur Mögliche für den Frieden zu tun - weiter zu gestalten. Weitergehende Maßnah-men bleiben künftigen Generatio-nen vorbehalten.“



Auf den Trümmern alter Villen entstanden Großtafelbauten. Wie hier auf der Rücknitz-Straße in Dresden prägen sie seit den 70er Jahren vielerorts in der „DDR“ die Baulandschaft.

Durch die Gewinnbeteiligung wächst eine Lebensversicherung von Jahr zu Jahr.

So kann sich nach dem heutigen Stand die Versicherungssumme in etwa 30 Jahren verdoppeln. Dadurch haben Sie im Alter mehr auf der Hand.



Sicherheit mit Dividende

Lebensversicherung

Verband der Lebensversicherungs-Unternehmen e.V.

Angriff auf Sowjet-Flughafen in Afghanistan

dpa/UPI, Islamabad
Afghanische Widerstandskämpfer haben nach eigenen Angaben einen Angriff auf den Flughafen der Provinzhauptstadt Jalalabad 41 sowjetische Soldaten getötet und sieben Helikopter sowie daranlagende Zerstörer zerstört. Wie die Nachrichtenagentur der Widerstandskämpfer weiter mitteilte, sei der Angriff der dritte innerhalb von vergangenen zwei Monaten gewesen. Insgesamt seien bei diesen Aktionen 117 sowjetische Soldaten getötet und 30 Helikopter zerstört worden.

Amnesty klagt heimtückisches Regime an

dpa/AFR, Bonn
Die Bürger Irans genießen heute noch weniger rechtlichen Schutz als die Zeit unmittelbar nach der Revolution vor vier Jahren. Dies geht aus Berichten hervor, die Amnesty International jetzt in einer Broschüre veröffentlicht hat. Hinrichtungen gibt es auch in den Fällen überhaupt kein Gerichtsverfahren mehr. Außerdem führen sich in jüngster Zeit Informationen über Folterungen an Gefangenen oder willkürlicher Gegner des Regimes. In der Broschüre wird von zahlreichen Hinrichtungen von Kindern und schwangeren Frauen berichtet, sei ein elfjähriger Junge, der als Isel für seinen untergetauchten Vater ins Gefängnis gebracht wurde, hingehängt worden, weil sich sein Name "geheimlich" frech benommen habe. In Kommunikation der "Volksbefreiung", das jetzt in Paris veröffentlicht wurde, untermauert den Bericht von Amnesty International. Unter Berufung auf zuverlässige Quellen aus Iran heißt es dort: "In der letzten Januarwoche 1380 politische Häftlinge im Gefängnis in Teheran hingen, auf einem Friedhof mit verscharrten Leichen - auf und von Folterungen - vollständig verstümmelt gewesen."

Regimekritiker Kyncl flieht Heim

dpa/Waldhaus
Der tschechoslowakische Regimekritiker und Unterzeichner Charta 77, Karel Kyncl, hat sein Heimat verlassen. Die bayerische Grenzpolizei teilte gestern mit, daß er über den Grenzübergang Roßhaupt-Waldhaus bereits am Sonntag in die Bundesrepublik Deutschland gekommen sei. Kyncl, der mit seiner Ehefrau Irina den Westen kam, wurde von dem Sohn Iwan, der seit 1980 als Marxist in Großbritannien arbeitet, an der Grenze erwartet. Der 40-jährige Kyncl erklärte, daß er der sowjetischen Invasion in Tschechoslowakei 1968 von der Polizei überwacht worden war und für 20 Monate ins Gefängnis kam. Nach der Unterzeichnung Charta 77 war er ihm unmöglich gemacht worden, als Journalist zu arbeiten. Das Ehepaar Kyncl ist in der Tschechoslowakei ein "Führer" zurückgefallen.

Disziplin allein schafft noch kein besseres Leben

FRIED H. NEUMANN, Moskau
Jurij Andropow ist seit einem Vierteljahr "Generalsekretär des ZK der KPdSU". Wie er in den ersten Stunden nach dem Tode Breschnevs am 10. November an die Macht kam, wird noch lange das Geheimnis weniger Eingeweihter bleiben. Bald wurde Andropow in Moskau gemunkelt, Andropow sei vom zweiten starken Mann des Politbüros, Verteidigungsminister Ustinow, durch rasche Vorentscheidung in einem Teil dieses obersten Führungsgremiums an die Macht gebracht worden.

SOWJETUNION

Bisher hat sich die Remedur Andropows im Parteiparagrafen auf Leuten zweiten Ranges beschränkt. Die Veränderungen im ZK-Sekretariat, einer Art Überwachungsorgan der Sowjetunion, umfassen knapp ein halbes Dutzend Namen. Darunter befindet sich der aus Paris zurückgekehrte Botschafter Tschernenko, der jetzt offenbar für Auslandsarbeit der Partei zuständig ist. Da sich der Generalsekretär eine wirksamere Propaganda wünscht, wozu auch die normale Pressearbeit zählt, hat er die entsprechende ZK-Abteilung mit Boris Stukalin besetzt und den Vorgänger Tscholnikow als Botschafter nach Bukarest abgeschieden.

Das Bestreben Stukalins, die gesamte Parteipropaganda in seine Hand zu bekommen, ließ Beobachter längere Zeit eine Auflösung der ZK-Abteilung für Auslandspropaganda erwarten. Deren Vorsitzender Samjatin ist aber unverändert im Amt. Nur sein Stellvertreter, der frühere Botschafter Fajin, mußte gehen - offenbar aus Gründen, die in seinem familiären Bereich zu suchen sind. Der geschickte Diplomat landete wenig komfortabel als Kommentator bei der "Iswestija", während die Freigeistige Chefredaktion der Regierungszeitung an einen anderen fiel.

Sechs Mitglieder der Unionsregierung sind in dem Vierteljahr der Regentschaft Andropows abgelöst worden; kein einziger wurde durch den Regimechef entlassen. Sie räumten einfach ihre Sessel, und die sowjetische Öffentlichkeit erfuhr praktisch nichts davon: Nur in einigen Fällen sind sie und die Nachfolger wenigstens in ihrer neuen Funktion von den Zeitungen beiläufig erwähnt worden. Minister sind nicht wichtig, wo die Partei regiert. Wenn sie gehen müssen, haben sie wohl ihre Ämter nicht zufriedenstellend geführt, sind den Versuchen ihrer hohen Position erliegen oder haben aus anderen Gründen dem Parteichef mißfallen. Mit solchen Annahmen muß sich das Volk begnügen; Begründungen werden ihm nicht zugemutet. Sie könnten Unruhe stiften, mindestens aber das Ansehen der Führung beeinträchtigen.

Immerhin handelt es sich um ein stellvertretendes Ministerpräsidenten (wovon es allerdings

gleich 14 gibt), um den Innenminister (Schtischolokow, einen alten Breschnew-Freund) und um die Minister für Binnenhandel, Eisenbahntransport sowie Landbau. Außerdem mußte der Sportminister und NOK-Vorsitzende als neuer Botschafter in die Mongolei entweichen. Wohl als einziger war Genosse Pawlow aller Welt ein guter Bekannter. Der Reiz seiner neuen Tätigkeit dürfte in einem umgekehrten Verhältnis zu seinen bisherigen Einflußmöglichkeiten stehen. Das Innenministerium und damit der Parteiparagrafen wird jetzt vom KGB-Mann Fjodoritschuk geführt.

Der Wechsel an der Parteispitze ist für die meisten Menschen ein abstrakter Vorgang und wird nur nach seinen konkreten Auswirkungen auf die eigenen Lebensumstände beurteilt. Was bringt mir der Mann, und was mutet er mir zu? Nach dieser Elle gemessen, hat Andropow keine Wende bewirkt. Die Versorgung mit Lebensmitteln hat sich etwas verbessert. Was sonst noch besser werden soll, muß sich erst noch als Wirklichkeit zeigen: funktionierende Dienstleistungen, günstigere Einkaufsmöglichkeiten etc. Solche Ankündigungen werden schon erheblich durch den höheren Zweck entwertet, dem sie dienen sollen: den Verlust an Arbeitszeit entgegenzutreten.

Seit Wochen trommeln die Medien für mehr Arbeitsdisziplin in allen Bereichen. Allmählich geht das Wort den Menschen auf die Nerven, zumal von einem höheren Lebensstandard nichts zu hören ist. Statt dessen wird überall Einsparung gepredigt, von Brot über Strom bis zu den Rohstoffen. Preiserhöhungen sind zu erwarten. Die gesellschaftliche Moral soll gestärkt werden.

Nach dem Geschmack vieler Russen führt sich Andropow mit seiner Vorliebe für Ordnung und Effizienz ausgesprochen "deutsch" auf. Es gibt sogar Gerüchte, die seiner Mutter einen deutschen Namen zuschreiben; ihr zweiter Mann habe Andropow nur adoptiert. Für diese Stimmungslage ist bezeichnend, daß über den neuen Parteichef so gut wie keine Witze kursieren. Der kühl blickende, in sich gekrümmte Herr bietet dafür keine Ansatzpunkte.

Mit verhaltener, etwas banger Ungeduld warten die Sowjetbürger auf deutlichere Anzeichen eines neuen Kurses. Niemand kann sich vorstellen, daß die Kräfte der Gesellschaft dabei etwas mehr Spielraum erhalten könnten. Allen ist bewußt, daß es die harte Hand Andropows war, die zu Zeiten Breschnevs für eine fortschreitende "Reinigung" der Sowjetgesellschaft von Dissens und Opposition gesorgt hat. Regungen individueller und nationaler Eigenständigkeit gibt es kaum noch.

Neben den Bemühungen, die Wirtschaft auf Trab zu bringen, ist alles vorrangig, was der inneren und äußeren Sicherheit dient. Dem geistigen Leben wird "Erziehung" als Hauptaufgabe nahegelegt. Nicht nur die Jugend soll damit an die Kadaver genommen werden. Das ganze Volk hat sich auf seine patriotischen Pflichten zu besinnen. Dafür will die Parteiführung die "Kulturschaffenden" mobilisieren.

Bessere Zeiten für die Menschen? Nein, ein besser funktionierendes Regime ist offenbar das Ziel des neuen Mannes an der Spitze.

Die Entente Moskau-Paris ist gestört

Frankreich läßt Einbeziehung seiner Raketen in die Genfer Verhandlungen nicht zu / Cheysson reist in die Sowjetunion

A. GRAF KAGENECK, Paris
Frankreichs Außenminister Claude Cheysson ist ein fast so reisefreudiger Mann wie sein deutscher Amtskollege Genscher. Auch Präsident Mitterrand steht er an Flugkilometern kaum nach. Morgen unternimmt er eine Reise, die über die Routine-Besuche in Afrika und Nahost (von wo Cheysson heute zurückkehrt) weit hinausgeht. Zum ersten Mal fliegt der sozialistische Außenminister nach Moskau, um mit Andrej Gromyko den Stand der nicht gerade guten Beziehungen zwischen beiden Ländern zu besprechen.

Im Quai d'Orsay legt man Wert auf die Feststellung, daß diesem Besuch nichts Außergewöhnliches anhaftet. Die beiden Minister haben sich bereits viermal gesehen, aber jeweils nur in einem Drittland, am Rande dreier UNO-Vollversammlungen oder Sonderkonferenzen und zuletzt bei Breschnevs Beisetzung in Moskau im Januar 1982. Die Begegnungen waren kurz und eher eiskalt. Das Frankreich-Mitterrand ist nicht mehr das Frankreich Pompidou oder Giscard. Die Beziehungen sind nicht mehr "automatisch gut", die Besuche französischer Präsidenten und Minister in Moskau nicht mehr "die Norm", heißt es in Paris.

Zur "Norm" kann man erst zurückkehren, wenn Moskau positiv auf einige massive Vorhaltungen antwortet, die von französischer Seite seit Mai 1981 erhoben werden. Diese richten sich gegen die anhaltende sowjetische Besetzung

von Afghanistan, die Frankreich als einen klaren Bruch des Völkerrechts und als eine durch nichts gerechtfertigte Aggression ansieht. Sie richten sich außerdem gegen den Druck Moskaus auf das polnische Militärregime, mit dem Streben von "Solidarität" nach größerer gewerkschaftlicher Freiheit kurzen Prozeß zu machen, und schließlich gegen die sowjetische "Überbevölkerung".

Außenpolitisch unabhängig

In Paris wird gerne daran erinnert, daß Frankreich zwar fest in die atlantische Allianz eingebunden, aber in seiner Außenpolitik völlig unabhängig ist und daher gerade in Moskau eine sehr offene, ja schonungslos Sprache sprechen kann. Es mangelt nicht an Hinweisen, daß Paris da in gewisser Hinsicht weniger die Hände gebunden hat als etwa Bonn, das zu einer gewissen Rücksicht auf

die gesamtdeutsche Politik gezwungen ist. Cheysson wird vor allem da freier argumentieren können, wo es um den NATO-Doppelbeschluss und die immer wieder von sowjetischer oder dritter Seite ins Spiel gebrachten französischen Atomraketen geht. Erst kürzlich sprach die sowjetische Agentur "Novosti" in einer durchaus positiven Wertung der französischen Politik von dem "unverständlichen Bestehen Frankreichs auf den amerikanischen Positionen in Genf, obwohl Frankreich an den dortigen Verhandlungen nicht teilnimmt und nicht in sie hineingezogen zu werden wünscht".

Cheysson wird in Moskau klar machen, daß Frankreich auf der Aufstellung neuer amerikanischer Raketen in Westeuropa besteht, falls es in Genf nicht zu einer Einigung kommt, die das Rüstungsgleichgewicht in Europa wiederherstellt, das von der Sowjetunion einseitig und unverändert gebrochen ist. Er wird seine sowjetischen Gesprächspartner ausdrücklich auf die Rede verweisen, die Präsident Mitterrand vor dem Bundestag in Bonn gehalten hat, und auf dessen entscheidenden Passus, in dem Mitterrand sagt: "Wer immer glaubt, eine Wette auf die Abkoppelung des europäischen von amerikanischen Kontinenten abschließen zu können, vergrößert sich nach unserer Ansicht am Gleichgewicht der Kräfte und damit der Aufrechterhaltung des Friedens." Der französische Sozialist

ist also sehr viel deutlicher als die deutschen Parteigenossen vor Illusionen warnen, man könne Europa von Nordamerika trennen und auf irgendeine "Sicherheitspartnerschaft" zwischen übergerüsteter Sowjetunion und einem Westeuropa hoffen, das des amerikanischen Schutzes entbehrt wäre. Eine solche Politik wird in Frankreich als selbstmörderisch angesehen, daß die Wünsche französischer Regierungskreise für den Ausgang der Wahlen in der Bundesrepublik eindeutig in Richtung auf einen CDU-Sieg zielen.

Souveräne Streitkräfte

Das gleiche gilt für deutsche Annahmen in Paris, sich doch endlich zu einem Bittzählen der französischen (und britischen) Nuklear-Systeme in Genf zu begeben. "Die Genfer Verhandlungen sind nicht die unseren", heißt es dazu immer wieder im Quai d'Orsay. "Unsere nuklearen Streitkräfte sind und bleiben souverän. Sie sind gerade ausreichend, um uns gegen einen Angreifer zu verteidigen. In Genf geht es darum, daß zwei übergerüstete Großmächte ihr Ziel abbauen und sich gegen einseitig auf dem niedrigstmöglichen Niveau ausbalancieren. Wir warten mit verschränkten Armen, was dabei herauskommt." Was bleibt an Positivem? Vielleicht dieses: Beide Staaten befürworten eine Regelung der Nahostfrage, welche die Rechte des palästinensischen Volkes auf eigene Existenz einbezieht.

Streitkräfte bleiben Suhartos Stütze

Diskussion über die Doppelfunktion der Armee / Generale der 45er Generation treten ab

CHRISTEL PILZ, Bangkok
In Indonesien haben die meisten der Generale und Admirale der 45er Generation das Pensionat erreicht. An ihre Stellen rücken die Offiziere der "Magelang"-Generation, so benannt nach der 1960 gegründeten Stabschule in Zentraljava. Um sie einzuführen, will Präsident Suharto noch weitere fünf Jahre die Zügel in der Hand behalten. Am 11. März stellt er sich zur dritten Wiederwahl.

Die 45er Generation war es, die das Indonesien von heute baute. Als junge Männer erkämpften sie die Freiheit von einer 300 Jahre dauernden holländischen Kolonialherrschaft. Sie formulierten die Rechtsgrundlagen des Staates, wehrten 1965 den Putsch der Kommunisten ab und hoben die "Neue Ordnung" aus der Taufe, die den Weg zur Demokratie ebnete. Parallel dazu verließ ein Wirtschaftsaufschwung. Nach einer Statistik der Weltbank stieg das jährliche Pro-Kopf-Einkommen von einst weniger als 100 Dollar im vergangenen Jahr auf mehr als 500 Dollar.

Rückgrat der Regierung

Auf all dem soll die junge Garde weiterbauen, kontinuierlich, im Sinne ihrer Väter, die sich aus dem Ursprung ihres Soldatenums nicht nur als Verteidiger von Sicherheit und Freiheit verstanden. Sie nannten das "dwi-fungsi", eine Doppelfunktion. Die Diskussion darüber, ob diese Rolle der Streitkräfte auch für spätere Generationen gelten soll, zog sich über Jahre hin.

Als Indonesien Mitte der siebziger Jahre den Osten der Insel Timor annektierte, zeigten sich die

Schwächen der Armee an hohen Verlusten. Mangelnder Professionalismus, war das nichterneute Urteil der jüngeren Offiziere über sich selbst. Sie forderten eine bessere Ausbildung und bessere Ausrüstung. Überforderte die "Doppelfunktion" die Streitkräfte?

Es galt den Zweifeln entgegenzuwirken. 1978 versetzte Präsident Suharto den bisherigen Industrieminister General Jusuf in das Doppelamt des Ministers für Verteidigung und Kommandeurs der Streitkräfte.

Jusuf machte sich in Windeseile daran, die Truppen auf Vordermann zu bringen, bei Meer, Flotte und Luftwaffe überschüssiges Personal abzubauen und mit moderneren Waffen auszurüsten. Er bemühte sich zugleich, "Abri" (so die landesübliche Abkürzung für die Streitkräfte), soweit wie möglich aus den Querelen der Politik herauszuhalten. Die Streitkräfte, so ließ er wissen, seien eine Volksarmee, die gehörten allen Indonesiern, nicht irgendeiner Regierung.

Die Diskussion um die Fortsetzung ihrer Doppelfunktion flachte ab. Das Konzept Jusufs erlaubte die Beibehaltung der sozialen Funktion wieder akzeptabel zu machen, zumal Beobachter davon ausgehen, daß die Militärs noch weitere 15 bis 20 Jahre das Rückgrat der Regierung bilden müssen.

Die Militärs verfügen über ein landesweit funktionsfähiges Organisationssystem. Sie erhalten eine Ausbildung, die weit über der Durchschnittszivilisten steht, und die sie obendrein zu Führern erzieht.

Offen bleibt die immer wieder diskutierte Frage: Wie soll "dwi-fungsi" in der Praxis aussehen? So beeindruckend das Erbe der 45er

Generation ist, so hat es auch Schwächen, ja Risse. Da ist die den gesamten Staatsapparat durchziehende Korruption. Da ist die umstrittene Entwicklungsstrategie, die Großprojekten Vorrang vor arbeitsintensiven Vorhaben gab. Da sind die wenig blühenden Chinesen, die die Privatwirtschaft dominieren und riesige Gewinne aus dem Aufschwung ziehen. Da ist auch der Islam, dessen Vertreter auf mehr Mitsprache in der Regierung pochen.

"Wir wollen lernen"

Wenig bekannt ist, was die junge Garde, die als kritisch, verantwortungsbewußt und intelligent gilt, über all diese Fragen denkt. Selbst diejenigen, die schon in führenden Positionen stehen wie der Chef des "strategischen Kommandos", Brigadegeneral Rudini, oder der Stabschef der Diponogoro-Division, Serwono, sprechen darüber nur selten in der Öffentlichkeit. "Wir sind weder Revolutionäre noch Jungtürken", erklärte einer von ihnen gegenüber der WELT. "Wir wollen lernen und uns auf die Aufgaben der Zukunft vorbereiten."

Mit dem Ausscheiden der 45er Generation braucht Präsident Suharto nicht länger Rücksicht auf alte Loyalitäten zu nehmen. Er hat seine Kameraden gut versorgt. Sie können Ämter in der zivilen Administration erhalten oder in die Wirtschaft gehen. Ohnehin sind die führenden Positionen der Staatsapparats sowie die Hälfte des Kabinetts von ehemaligen Militärs besetzt. Suharto hat jetzt freie Hand, bei der Aufstellung seiner Mannschaft Können und Kenntnisse als Kriterien zugrunde zu legen.

Polen will freie Arztwahl „zur Probe“ zulassen

J. G. GÖRLICH, Bonn
Als erstes osteuropäisches Land will Polen demnächst die freie Arztwahl einführen. Drei Varianten werden dabei den Patienten angeboten. Bei Variante A muß der Arzt 2500 Krankenschwestern (Kinderärzte 1200) vorlegen, um seinen Monatslohn zu erhalten. Bei Variante B werden dem Arzt zwei Krankenschwestern zugeteilt, dafür muß er monatlich 4000 Scheine (Kinderärzte die Hälfte) vorlegen. Variante C sieht vor, daß der Patient sich den Arzt seines Vertrauens in der staatlichen Gemeinschaftspraxis unter vielen aussucht.

Polens Militärregierung will offenbar die miserable Lage im Gesundheitswesen verbessern. Die Versorgung der Krankenhäuser mit medizinischem Gerät, Zubehör, Medikamenten und Lebensmitteln ist katastrophal. Es herrscht akuter Personalmangel, weil Ärzte und Krankenschwestern lieber in Betrieben und staatlichen Gemeinschaftspraxen arbeiten. Sie verdienen dort zwar nicht viel mehr, haben aber eine geregelte Arbeitszeit.

Es gibt kaum Medikamente. Den Mangel an Heilkräften hat man lediglich beseitigt, seit ganze Armeekorps in Krankenhäusern abkommandiert wurden.

Die Regierungszeitung "Rzeczpospolita" räumt ein, daß die neue Maßnahme, die ja vorerst als "Experiment" gilt, nur halbherzig von den Gesundheitsfunktionen unterstützt wird.

Wer in Polen bevorzugt und ordentlich medizinisch betreut werden will, schneller unter Messer möchte oder Hausbesuche wünscht, muß Ärzten und Pflegepersonal ein "Trinkgeld" geben.

Mit der EUROCARD können Sie sich rund um die Welt wie zu Hause fühlen



Je öfter Sie unterwegs sind, desto mehr wird sich für Sie die EUROCARD als bequemes und sicheres Zahlungsmittel herausstellen. Allein schon die Bequemlichkeit, mit der Reisen gebucht und bezahlt oder Hotel- und Restaurant-Rechnungen beglichen werden, ist ein Vorteil. Die Unabhängigkeit und Mobilität, die Sie dadurch gewinnen, wird sich in zusätzliche Flexibilität und Effizienz bei der Abwicklung Ihrer Geschäfte umsetzen.

Ihre EUROCARD wird weltweit akzeptiert
Überall dort, wo Sie die EUROCARD, Access- und MasterCard-Zeichen sehen, wird Ihre EUROCARD wie Bargeld angenommen. In Hotels und Restaurants, in Boutiquen und beim Flugscheinkauf: bei insgesamt über 3,2 Millionen Vertragsunternehmen.

Und besonders interessant: Mit der EUROCARD können Sie auch in Amerika rechnen. Denn mehr als 2,4 Millionen Vertragsunternehmen in Nord-, Mittel- und Südamerika vertrauen Ihrer Unterschrift.

In besonderen Fällen hilft Ihnen die EUROCARD auch, Bargeld zu bekommen. Über 1.200 Banken und Sparkassen in Deutschland zahlen Ihnen bis zu DM 2.000,- in bar aus. Und bei 70.000 Bankstellen rund um die Welt erhalten Sie den Gegenwert von 500 Dollar in der jeweiligen Landeswährung.

Die EUROCARD als Zeichen Ihrer Zahlungsfähigkeit
Die EUROCARD ist weltweit ein Zeichen Ihrer Zahlungsfähigkeit, bei dem Ihre Ausgaben keinem festgesetzten Limit

unterworfen sind. Sondern Ihren ganz persönlichen finanziellen Verhältnissen.

Lohnt sich die EUROCARD auch für Sie?
Wir bieten Ihnen an, es selbst zu prüfen. In einem Drei-Monats-Test werden Sie sicher feststellen, daß sich die EUROCARD für Sie lohnt.

Dieser Service hat allerdings auch seinen Preis: 100 Mark im Jahr. Aber diesen Betrag haben Sie meist schnell wieder heraus. Denn je häufiger Sie Ihre EUROCARD nutzen, desto schneller macht sie sich bezahlt.

Es gibt also viele gute Gründe, sich bei Ihrer Bank oder Sparkasse nach der EUROCARD zu erkundigen. Oder fragen Sie Ihr Postcheckamt.



EUROCARD
Ein Service der deutschen Banken und Sparkassen. Weltweit

Zur Airline des Jahres gewählt

Köln, 24. Januar

Die amerikanische Fachzeitschrift „Air Transport World“ hat jetzt die Deutsche Lufthansa zur Fluggesellschaft des Jahres 1982 gewählt. Vorstandsvorsitzender Heinz Ruhnau nahm die Auszeichnung kürzlich in Washington entgegen. „Air Transport World“ begründet die Wahl in der neuesten Ausgabe des Magazins damit, daß sich die Lufthansa nicht nur durch gleichbleibende Qualität in ihren Passagier- und Frachtdiensten auszeichnet, sondern auch durch einen besonderen Pioniergeist auf technologischem Gebiet.

In der Begründung heißt es, „die Bereitschaft und Fähigkeit, in neue Technologien zu investieren und diese effizient und zum Wohl des Luftverkehrs einzusetzen, ist nur ein Schritt auf dem Erfolgsweg einer Fluggesellschaft.“ Allein in dieser Hinsicht habe sich die Airline einen Namen gemacht.

Besonderes Lob ließ das amerikanische Fachmagazin der Rolle des Carriers als Initiator der Boeing 737, des Boeing 747-Frachters und neuerlich auch des Airbus 310, zukommen.

Aus „DVZ“ vom 25. 1. 1983



Der Unterschied ist Lufthansa

Fragen Sie Ihr Reise- oder Frachtbüro mit Lufthansa-Agentur.

هكذا مع لوفثانزا

Alternativen zur Null-Lösung bringen Bewegung in den Abrüstungspoker

ATO muß „globalen Ansatz“ für Gewichtung der Mittelstreckenwaffen beibehalten

on RÜDIGER MONTAC

Jach der Ankündigung des amerikanischen Vizepräsidenten George Bush, die USA überlegten gemeinsam mit ihren Verbündeten Alternativen für die Genfer Verhandlungen, kommt die vielstimmig geforderte „Bewegung“ in den Abrüstungspoker um die Mittelstreckenwaffen.

Nun wird verwirklicht, was Bush f seiner jüngsten Europa-Reise müde wurde, immer wieder sagen. Der Westen beharrt nicht auf einer Position des „Alles oder Nichts“. Er zeigt sich flexibel, auch um die Sowjetunion den Einzug zu verbieten, versucht, die USA seien schuld daran, wenn die Mittelstreckenverhandlungen „in der Sackgasse“ stecken. Das war der Fall.

Paul Nitze, der amerikanische Verhandler in Genf, wies bei der in der Woche Tagung nochmals darauf hin, daß die Sowjetunion am Verhandlungstisch vorher so verhalten habe, als suche sie auf die westlichen Sicherheitsinteressen nicht einzugehen. Die Diplomatsprache, ins ndfeste übersetzt, besagt, Moskau ist in Genf keineswegs auf einen Kompromiß aus gewesen, d hat auch nicht auf einen Ausgleich der eigenen wie der westlichen Interessen gesehen. Es hat glich die Taktik verfolgt, mit öffentlichen Meinung im Westen als „Verbündetem“ der NATO-Verhandlungsposition die Unterstützung der Bevölkerung zu ziehen.

e mehr die politischen und militärischen Hintergründe, die seiner zur Formulierung des NATO-Peibeschlusses führten, den rgen, besonders den Bürgern der Bundesrepublik, einsichtig rden, um so weniger vermag t sowjetische Konzept.

hmidts öffentliche
armung in London

enn die NATO, voran die USA, die Genfer Verhandlungen r Alternativvorschläge zur Lösung nachdenkt, tut sie das dem Hintergrund der Entstehungsgeschichte des Doppelbeschlusses. Er muß einmal in Erinnerung gerufen werden.

islang kursiert in der Öffentlichkeit eine die Tatsachen nicht erfassende Version, die mit der letzten Rede Helmut Schmidts Herbst 1977 in London beginnt, t wieder der damalige Kanzler ig zu Recht auf die Tatsache r Veränderung der sowjetischen Nuklear-Angriffsoptionen in

Gestalt der SS-20-Raketen hin. Indem er das tat, wollte er die USA mahnen, bei den Rüstungsverhandlungen über die strategischen Waffen (damals SALT) die Grenze bei der Reichweite nicht so willkürlich zu ziehen, daß dabei die Sicherheitsinteressen Westeuropas in der später dann so genannten „Grauzone“ verschwänden.

Parallel zu Schmidts öffentlichen Warnungen war längst in den zuständigen NATO-Gremien die Überlegung angestellt worden, wie angesichts der unaufhörlich gewachsenen sowjetischen Angriffsfähigkeiten – vor allem aber nicht nur bei konventionellen Streitkräften – die Glaubwürdigkeit der NATO-Strategie der flexiblen Reaktion erhalten werden könne. Die NATO suchte nach militärischen Instrumenten, mit denen sie die sowjetischen Militärverbände der Zweiten Strategischen Staffel wirksam bekämpfen könnte.

Dies war der Ansatz zur Steigerung der Reichweiten für die Pershing-Raketen auf 1800 Kilometer. Im NATO-Kalkül war vorgesehen, atomare Angriffsmittel zur Verhinderung des sowjetischen Kräfte nachschubs für die Front gegen Mitteleuropa in Dienst zu stellen. So dachten die militärischen Planer.

Die Entwicklung der Politik in der NATO jedoch verdrängte dieses Konzept. Statt des „operativen“ Ansatzes rückte der „rüstungskontrollpolitische“ in den Vordergrund. Die Pläne zur Modernisierung des taktischen Atompotentials der Allianz in Europa (früher unter dem Kürzel TNF geführt) gerieten so in das Kräftebild US-Mittelstreckenwaffen gegen sowjetische SS 20, und dies vor allem dank des Engagements von Helmut Schmidt. Er propagierte im Bunde mit Giscard d'Estaing (Frankreich) und Callaghan (Großbritannien) beim Vierergrüßel in Guadeloupe die These: Wenn die NATO die atomare „Nachrüstung“ als Faustpfand am Verhandlungstisch gegen den Abbau der SS 20 setzt, müßte das die Sowjetunion zu Konzessionen bewegen.

Nach diesem Konzept wird nun seit mehr als einem Jahr am Genfer INF-Tisch verhandelt (aus TNF wurde INF, entsprechend der Akzentverschiebung vom operativen zum rüstungskontrollpolitischen Ansatz des NATO-Modernisierungsprogramms).

Daß die vom Westen vorgeschlagene Null-Lösung der NATO die Möglichkeit nähme, Atomwaffen gegen die Staffel verfügbar zu haben, ist in der öffentlichen Auseinandersetzung bislang völlig unbeachtet geblieben. Kritiker des Doppelbeschlusses haben niemals an-

erkannt, daß die westliche Allianz damit eine wichtige Option zur militärischen Verteidigung aufgibt, die sich die Sowjetunion, unabhängig davon, was rüstungskontrollpolitisch mit den SS 20 geschieht, spiegelbildlich trotzdem erhalten kann. Auch geriet in Vergessenheit, daß das ursprüngliche Modernisierungsprogramm für das TNF-Potential der NATO weit mehr umfaßte als die Reichweitensteigerung über tausend Kilometer hinaus. Es enthielt den neuen Sprengkopf „Neutronenwaffe“ zur Begrenzung von ungewollten Nebenschäden wie auch höhere Treffgenauigkeit für neue Raketen mit Reichweiten unter tausend Kilometer, dazu sogenannte „Erdeindringer“ zur Zerstörung verbunkelter Anlagen und Rollbahnen.

Die Prinzipien der militärischen Balance

Wenn Moskau nun in Genf, wie sich zeigt, die Null-Lösung trotz der in ihr enthaltenen westlichen Konzessionen nicht akzeptiert, müssen westliche Alternativ-Vorschläge militärisch-operativ wie rüstungskontrollpolitisch ausgewogene Bedingungen zwischen Ost und West schaffen. Das ist angesichts des ungleichen militärischen Kräfteverhältnisses ohnehin schwer genug.

An folgenden Prinzipien haben sie sich zu orientieren: 1. Die NATO darf ihren „globalen Ansatz“ für die Gewichtung der Mittelstreckensysteme nicht aufgeben. Würde sie es tun, wäre der Sowjetunion vertraglich das Recht verbrief, SS-20-Raketen aus dem Reichweitenbereich gegenüber Europa herauszunehmen und ihren „Beeinflussungsdruck“ zusätzlich gegen asiatische Länder zu richten. 2. Zur Berechnung des Kräfteverhältnisses müssen Sprengköpfe gezählt werden, nicht Abschusstrampen. Jede Reduzierung muß am Ende zahlenmäßigen Gleichstand in Ost und West ergeben, und dies ohne Einrechnung der französischen und britischen Raketen.

Franz-Joseph Strauß hat dies auf die treffende Formel gebracht, die Sowjetunion sinke auf ein Potential minus X, die NATO steige auf eins von null plus Y. Hinter dem Ypsilon verbirgt sich die westliche Nachrüstung. Wie umfangreich sie werden muß, hängt davon ab, was Moskau zur Verschärfung anbietet. Die NATO kann nur eine Alternative zur Null-Lösung akzeptieren, wenn mehrere hundert sowjetische Sprengköpfe zur Disposition gestellt werden.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Loskauer Arithmetik

shmet Schmidt hätte nach „stagnant“ herabgesetzt“, WELT vom 22. Januar

beedruckt, in welcher umfasser und subtiler Strategie die jects die Propagandakampagne in die Nachrüstung der NATO eiben. Admiral Gorskow, rbehlshaber der Seekriegs- e und Stellvertreter des Verteidigungsministers der UdSSR, ver nlichte jetzt in Nr. 193 der RINERUNDSCHAU, einer der en führenden Marinefachzeit- iften unseres Landes, einen be- bewerten Aufsatz über „Die ke der Seestreitkräfte des So- staates – ein wichtiger Faktor Sicherheit der UdSSR“. Be- kenswert nicht zuletzt wegen er Abstimmung auf die aktuel- Diskussion in unserem Land : das Kräfteverhältnis NATO- schauer Pak.

ar Admiral trägt sein Schwarz- ß-Gemälde der aggressiven Im- alisten und der friedliebenden jetunion zwar reichlich dick, aber wahrscheinlich ent- cht diese Zumutung (so emp- e ich diesseits des Eisernen hangt sein einschlägiges Voka- ur) seiner Lagebeurteilung über Ostdrift in der veröffentlichten ung im Westen Deutschlands, tiler und raffinierter pflegt schkow jedoch den Umgang den Fakten. Diese internatio- amerikante Größe auf dem Ge- der Seemachtspolitik und der itimen Rüstung beweist schla- d mit Zitaten des US-Verteid- gministers und dessen Mari- nister-Kollegen den aggressi- und hegemonistischen Kurs hingtons. Wer erkennt schon, die Zitate aus dem jeweiligen tex herausgelöst sind? Der so- sche Admiral unterstreicht e Aussage durch die wirkungs- e Schilderung der dreifachen riegenheit der NATO bei gro- Kriegsschiffen. Er verschweigt el nicht die eigene Überlegen- ei Bereich der U-Boote, je- h – ohne sie zu quantifizieren! m es kurz zu machen, aller- gs nicht nach Gorskow zi- t: Die USA haben z. Zt. 32 m-U-Schiffe im Dienst, deren seten maximal 4768 Sprengköp- nit 324 Megatonnen einsetzen. Die Sowjetunion unter- 62 Atom-U-Schiffe mit maxi- 3636 Sprengköpfen von 723 atonnen Sprengkraft. U-Boote l, weil schwer zu entdecken, zu unverwundbar und damit t nur ein höchst wichtiger Teil nuklearen Abschreckung, son- h auch ideale Zweitschlag- ite.

Redaktion behält sich das Recht Leserbriefe sinneentsprechend zu en. Je kürzer die Zuschrift ist, desto ter ist die Möglichkeit der Veröf- lichung.

Ich meine also, daß man beim Vergleich der Zahlen und im Hinblick auf die wischen den USA und der UdSSR ausgehandelten Rahmenbedingungen für eine Gleichwertigkeit der strategischen Nuklearwaffen von sowjetischer Unterlegenheit und Bedrohung durch die NATO nicht sprechen kann. 8884 nukleare Sprengköpfe mit 1047 Megatonnen Sprengkraft auf kaum verundbaren Atom-U-Schiffen: mir kann keiner einreden, daß angesichts dieses irrealen Vernichtungspotentials der beiden Supermächte die 98 französischen mit je einem und die 84 britischen ballistischen Raketen mit je drei Sprengköpfen, also weitere 350 thermonukleare Ladungen in durchweg älteren, flächendeckenden Systemen, das Gleichgewicht in der Abschreckung verändern.

Mit freundlichen Grüßen
Fritz Sievert,
Wilhelmshaven

Dauer-Phönix

„Hendelknecht und mit alter Kraft die Weltwunder drängen“, WELT vom 22. Januar

Was die SPD mit der Glamour-Reklame für „Vogel-Superstar“ auf Wahlplakaten und -Broschüren dem Gedächtnis und dem Durchblick des von ihr kreierten „politisch mündigen Bürgers“ zumutet, ist vielleicht agitatorisch gekonnt, ansonsten absurdes Theater und nur peinlich. Diese Punktstrahler-Werbung macht den brennenden Ehrgeiz des sozialistischen Bannerträgers Vogel, der es an sich doch besser wissen müßte, jedermann sichtbar.

Vogel ist ja auch über diese Charaktereigenschaften wiederholt gestolpert. In der Bayerischen Landtagswahl 1974 versuchte die SPD ihren Mann mit der heute geradezu harmlos klingenden Parole „Bayern braucht Dr. Vogel!“ zu verkaufen. Nun – die Bayern waren anderer Ansicht: Die CSU fuhr mit dem Traumergebnis von 62,1 Prozent ihren größten Sieg in die Scheuern.

Mich wundert, daß dieser 74er Totalerfolg des heutigen „Retters der deutschen Interessen“ von der CDU/CSU bisher noch garnicht unter die Wähler gebracht worden ist. Mit demagogischer Chuzpe versucht die SPD ihren dreimal geschickerten Kandidaten Vogel – OB München, Bayerische Landtagswahl 1974, Berlin-Wahl 1981 – als Phönix aus der Asche“ darzustellen.

Ob die deutschen Wähler 1983 auch so klar sehen wie die bayerischen 1974?
Mit freundlichen Grüßen
Walter Benecke,
Lichtenfels

Personalien

GEBURTSTAG

Zu einem Empfang anlässlich des 80. Geburtstages des Journalisten Hans Wendt bitten am kommenden Donnerstag in Bonn die Vereinigung Europäischer Journalisten, die Deutsche Welle Köln und zahlreiche andere Institutionen. Hans Wendt gehörte in der Bundeshauptstadt einmal zu den „Erfindern“ und Vorantreibern des Fernsehens aus dem Bundesland. Ab 1950 war er Leiter des Bundeshaus Studios des Nordwestdeutschen Rundfunks und gehörte früher zu den engeren Vertrauten des damaligen Bundespräsidenten Hermann Ehlers. Die ersten Übertragungen aus dem Bundeshaus begannen vor genau 30 Jahren. 30 wichtige Debatten wurden anschließend unter der Leitung von Wendt gesendet. Hans Wendt war Mitbegründer der Bundespressekonzern in Bonn.

EHRUNG

Ewald von Kleist, Organisator der Internationalen Wehrkundetagung, die jetzt zum 20. Mal in München stattfand, wurde von Bundespräsident Kai Carstens das Große Bundesverdienstkreuz verliehen. Zur Tagung am letzten Wochenende hatten sich mehr als hundert Politiker, Wissenschaftler und Journalisten zum Gedankenaustausch über die Bedingungen der Friedenssicherung getroffen. Der amerikanische Senator John G. Tower, ein langjähriger Teilnehmer der Münchner Besessung, ehrte von Kleist bei einem Toast mit der Bemerkung, er habe mit dieser Tagung wesentlich zum Zusammenhalt im atlantischen Bündnis beigetragen.

GESTORBEN

Hans Reiser, Mitglied der Chefredaktion der Süddeutschen Zeitung und Leiter des innenpolitischen Ressorts, starb im Alter von 53 Jahren an Herzversagen. Reiser arbeitete seit 20 Jahren für diese Zeitung, deren Bonner Redaktion er 1964 übernommen hatte. In der Bundeshauptstadt leitete Reiser von 1968 bis 1970 die Bundespressekonzern, die Vereinigung der Parlamentarischen Journalisten. 1971 wechselte Reiser nach München über. Der Chefredaktion gehört er seit 1976 an.

Wort des Tages

„Gerechtigkeit gibt jedem das Seine, maß sich nichts Fremdes an und setzt den eigenen Vorteil zurück, wo es gilt, das Wohl des Ganzen zu wahren.“
Ambrosius, Kirchenvater (4. Jahrhundert)

SIEMENS

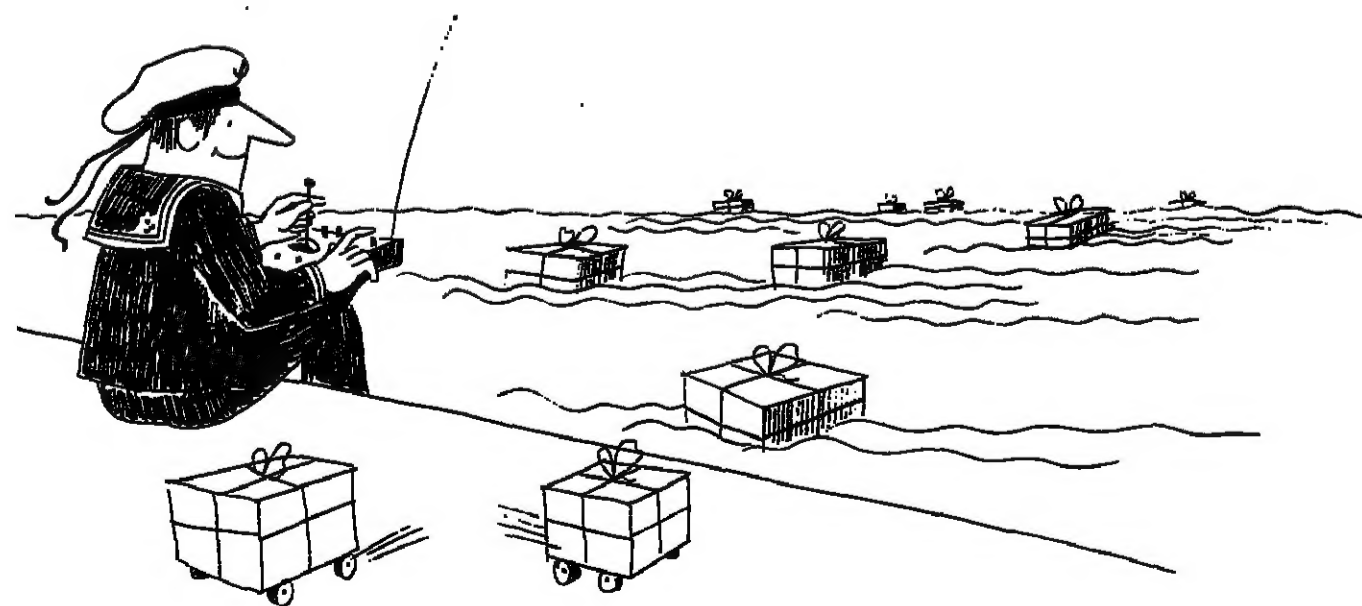
Auch Seehäfen haben Siemens-Computer. Und den schnellen Warenumschlag.

Expeditionen, Umschlagbetriebe, Schiffsmakler, Ladungskontrollbetriebe ... über 100 Unternehmen in den Bremischen Häfen nutzen den Siemens-Computer: rufen Informationen ab, erstellen Dokumente, planen und steuern den Warenumschlag. Der tägliche Hafenbetrieb wird schnell und übersichtlich – von A wie Anlieferung bis Z wie Zollabfertigung.

Siemens-Computer arbeiten überall, wo es auf schnelle und wirtschaftliche Bearbeitung von Informationen und Dokumenten ankommt. In den Bremischen Häfen gemeinsam mit dem Kommunikationssystem COMPASS. In den saudiarabischen Häfen Jeddah und Damman über eine Zentrale in Riyadh. Im Flughafen Frankfurt bei der Luftfracht-abwicklung mit ALFA. In zahlreichen Unternehmen bei der LKW-Tourenplanung mit TRAFIC...

3 000 Universal-Computer und 18 000 Bürocomputer und Prozessrechner sind in allen Bereichen bei Wirtschaft und Verwaltung installiert.

Weitere Informationen über die Datenbank Bremische Häfen oder ALFA oder TRAFIC: Siemens AG, Infoservice 131/8 Postfach 156, 8510 Fürth



Siemens-Computer sind überall zu Hause

Streit über Bahrs Thesen zu NATO-Beschluß

RÜDIGER MONIAC, Bonn
In Bonn sind die Äußerungen des SPD-Bundestagsabgeordneten Egon Bahr zum Einfluß der im NATO-Doppelbeschluß notfalls vorgesehenen Nachrüstung auf die innere Stabilität der Bundesrepublik mit Sorge und Skepsis aufgenommen worden. Bahr hatte auf der Münchener Wehrkundentagung die Ansicht vertreten, die Stabilität von NATO und Bundesrepublik habe für ihn Vorrang vor neuen Waffen.

Bahr brachte die Auseinandersetzung um den Doppelbeschluß auf die Formel: Die Alternative lautet, Stabilität der NATO oder neue Waffen. Wenn die neuen Raketen kämen, würde es zu einer inneren Destabilisierung der Bundesrepublik und damit des atlantischen Bündnisses kommen. Er, Bahr, gebe aber der Stabilität des Bündnisses Vorrang vor neuen Waffen.

In Bonn wurde darauf hingewiesen, daß Bahr selbst den Boden für eine mögliche Destabilisierung in der Bundesrepublik mit seinem Aufsatz in der SPD-Wochenzeitung „Vorwärts“ vom 10. Februar gelegt habe. Dort hieß es: „Das Gerüde über ein Zwischenabkommen ist der Versuch, die Menschen an die Raketen in kleinen Dosen zu gewöhnen... Wir sollen uns gedanklich wegbewegen von einer Lösung, die die Stationierung amerikanischer Raketen überflüssig macht. Das ist nicht akzeptabel.“

Bereits in München hatte der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Alois Mertens, Bahr entgegnet, mit seiner These „Innere Stabilität oder neue Waffen“ lege er die Art an die Wurzeln der repräsentativen Demokratie und der Glaubwürdigkeit der Abschreckung. Offenbar sei Bahr willens, in einer für die westliche Friedenssicherung vitalen Frage zurückzuweichen von einer Minderheit, die ihren Standpunkt notfalls mit Gewalttaten gegen die Beschlüsse der demokratisch gewählten Mehrheit durchzusetzen versuchen.

In Bonn wurde darauf hingewiesen, daß bereits die Regierung Schmidt/Genscher für den Fall, daß die Genfer Mittelstreckenverhandlungen mit der Sowjetunion ein „Null“ in der westlichen Nachrüstung nicht erlaubten, die Stationierung der neuen US-Waffen (Pershing 2 und Marschflugkörper) vom Herbst 1983 an eindeutig beschlossen habe. Diese „Automatik“ scheine Bahr aufbrechen zu wollen.

Kiep: Unmut in USA über Zweifel der Europäer

Wenig Verständnis für Abrücken von Null-Lösung

BERNT CONRAD, Bonn
In der amerikanischen Regierung herrscht - trotz der positiven Reaktion auf die Europareise von Vizepräsident George Bush - Betroffenheit darüber, daß viele Westeuropäer an dem Willen der USA zweifeln, bei den Genfer Mittelstrecken-Verhandlungen (MDP) zu einem Ergebnis zu kommen. Die USA-Einrichtung hat CDU-Präsidentin Walther Leisler Kiep, wie er gestern der WELT mitteilte, bei einem soeben beendeten Besuch in Washington gewonnen.

Kiep war unter anderem mit Verteidigungsminister Caspar Weinberger, Staatssekretär Lawrence Eagleburger, Zentralbankpräsident Paul Volcker sowie führenden Wirtschaftsexperten und Kongreßabgeordneten zusammengetroffen. Der Unionspolitiker berichtete, obwohl die Amerikaner auf Drängen der Europäer jetzt eher zu Zwischenergebnissen in Genf bereit seien, bestünde doch wenig Verständnis für den Wunsch nach Aufgabe der von den Europäern übernommenen Null-Lösung, „nur weil die Sowjetunion ihrerseits eine Null-Lösung ablehnt“.

Kiep betonte gegenüber der WELT: „Die Neigung, ständig Verhandlungsziele, die man aufgestellt hat, bei einem zögernden Verhalten des Gegenübers, in diesem Fall der Sowjetunion, selbst in Frage zu stellen und neue Kompromisse anzubieten, bedeutet in letzter Konsequenz, den Verhandlungserfolg in Frage zu stellen.“ Nach Ansicht des CDU-Politikers sollte der Westen in Genf dabei bleiben, den Sowjets zu sagen: Wir haben einen vernünftigen Vorschlag auf den Tisch gelegt - jetzt sind Sie an der Reihe. Wenn Sie etwas anderes vorschlagen, werden wir es gründlich prüfen.

Bei seinen Gesprächen in Washington habe er auch eine „große, weitverbreitete Betroffenheit“ über die gewandelte Außen- und Abrüstungspolitik der SPD festgestellt. Kiep fort: „Diese Sorge läßt sich in der Aussage zusammenfassen, daß zum erstenmal seit 1949 vor einer Bundestagswahl die Grundlagen der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik von den beiden großen Parteien unterschiedlich beurteilt werden und daß die SPD einen Kurs eingeschlagen hat, der dem gemeinsamen Bündnisverständnis nicht entspricht.“

Sollte sich die offizielle Position der Bundesrepublik zum Nachrüstungsbeschluß der NATO verändern, würden die Vereinigten Staaten nach Ansicht des CDU-Präsidenten ihre Gesamtbeziehungen zur Bundesrepublik und zu Europa überprüfen. Dann könnte ein Handelskrieg zwischen den USA und der EG noch sehr viel bedrohlicher werden. Kiep: „Ich glaube, es wird nach der Wahl am 6. März einer großen Anstrengung der Bundesregierung als Präsidialmacht der Europäischen Gemeinschaft bedürfen, um diese Dinge auf höchster Ebene zu besprechen.“

Demgegenüber hat sich nach den Eindrücken des CDU-Politikers in der Frage des Ost-West-Handels in letzter Zeit eine weitgehende Übereinstimmung zwischen Europäern und Amerikanern ergeben, die sich vor allem auf drei Punkte bezieht:

- Die Cocom-Liste soll unter dem Gesichtspunkt überprüft werden, ob darin strategische Güter wirklich in ausreichendem Maße enthalten sind und damit sichergestellt ist, daß solche Güter nicht an die Sowjetunion geliefert werden.
- Der Handel mit der Sowjetunion darf nicht subventioniert werden.
- Der Osthandel muß dem beiderseitigen Nutzen dienen.

Derzeit werde versucht, aus der gemeinsamen Aufstellung aller handelspolitischen Instrumente der westlichen Länder, einschließlich Japans, zu einer Gesamtstrategie zu kommen, meinte Kiep. Dies sei besonders wichtig, weil nur auf diese Weise der Ost-West-Handel als ein Instrument der Außenpolitik benutzt werden könne.

Kiep hat in Amerika nach seinen Worten „eindeutige Zeichen für eine konjunkturelle Belebung“ festgestellt. „Ein Beispiel: Von den großen Automobilfabriken werden viele tausend Arbeiter eingestellt; zeitweise geschlossene Fabriken werden wieder eröffnet. Dies gilt auch für den ganzen Bereich des Wohnungsbaus. Darüber hinaus haben die fallenden Ölpreise eine weitere konjunkturelle belebende Wirkung.“ Diese Faktoren könnten „für unsere wirtschaftliche Belebung, auf die wir warten, ebenfalls große Bedeutung haben.“

Lambsdorff warnt vor Fehlern der Vergangenheit

HANS J. MAHNKE, Bonn
Für eine international koordinierte Wirtschaftspolitik in der aber die Zeit für einen Kurswechsel hin zu einer expansiveren Gestaltung noch nicht gegeben sei, hat sich Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff ausgesprochen.

Vor der deutsch-amerikanischen Handelskammer in New York sagte er gestern, „wer schon heute umsteuern wollte, hätte aus den Fehlern der Vergangenheit nichts gelernt“. Er warnte vor der „Illusion, man könnte durch eine Politik des billigen Geldes die Zinsen mit Gewalt nach unten drücken, um auf diese Weise mehr Investitionstätigkeit und mehr Wachstum zu erzeugen“. Vielmehr würde sich dann der Preisauftrieb wieder beschleunigen, die Zinsen steigen und die Investitionstätigkeit der Unternehmen belastet. „Für mehr dauerhafte Beschäftigung und den Abbau von Arbeitslosigkeit wäre nichts gewonnen.“

Lambsdorff reagierte damit auf Vorschläge von Wissenschaftlern und Politikern - wie SPD-Kanzlerkandidat Vogel -, die für eine Rückkehr zu einer gemeinsamen europäischen Währungsunion all der Industrieländer plädiert haben, die „angenehm den erforderlichen Manövrierspielraum besitzen.“

Ein erheblicher Teil der heute bestehenden Arbeitslosigkeit in den Industrieländern sei „Ausdruck dafür, daß der Faktor Arbeit zu teuer geworden ist“, sagte Lambsdorff. Zu hohe Arbeitskosten schwächen wegen ihres negativen Einflusses auf die Kapitalrentabilität Investitionen und Wachstum. Darüber hinaus induzierten sie Produktionsprozesse mit überhöhter Kapitalintensität. „Beide Prozesse verschärfen auf längere Sicht das strukturelle Ungleichgewicht am Arbeitsmarkt.“

Eine Ausnahme mache die USA: „Hier hat es in der Lohnpolitik gerade in den vergangenen Jahren eine ganze Reihe hoffnungsvoller Entwicklungen in Richtung Zurückhaltung und höherer Flexibilität gegeben.“

Auch international gebe es inzwischen Anzeichen, die auf eine wirtschaftliche Wende zum Besseren hinwiesen. Die Probleme hätten sich weltweit dank einer wieder stabilierten Wirtschaftspolitik entspannt. Die Inflation und die Zinsen seien deutlich zurückgegangen.

„Die Polizei ist das Schlußlicht der Nation“

GdP-Chef Schröder gegen Nebenbeschäftigungen

EVI KEIL, Bonn
Von der Heranziehung auf frischer Tat gefasster Demonstranten zu den Kosten, die der Polizei bei der Abwehr von Übergriffen entstehen, hält die Gewerkschaft der Polizei (GdP) nicht viel. In einem Interview der WELT wendet sich GdP-Chef Schröder, Vorsitzender der GdP, gegen die Vollstreckungskosten-Ordnung in Baden-Württemberg und gegen die entsprechende Polizeigebührenordnung in Niedersachsen: „Das bringt in der Sache nichts, nur eine höhere Aggression, die die Beamten ausbaden haben.“

WELT: Warum sollen Demonstranten, die Schäden anrichten und die Polizei vor allem am Wochenende auf Trab halten, nicht zur Kasse gebeten werden? Schröder: Derjenige, der sich friedlich wegträgt, wird mit einer Geldstrafe bestraft. Derjenige, der aus der Menge heraus Plakate steine oder sogar Molotow-Cock-

INTERVIEW

tails wirft und nicht weggetragen werden kann, weil er nicht ermittelt wird, kommt ohne Kosten und ohne Strafe davon. Die Erfahrungen von 1968 ergeben, daß man nur an die Randgruppen herankommt, an die Rädelsführer aber nicht. Deshalb unsere Bedenken. Wir werden der Exzesse nur Herr, wenn wir an die Ursachen herangehen und diejenigen, die sich nicht als Demonstranten bewegen, sondern als Täter, als Kriminelle, mit den vorhandenen Mitteln zur Kasse bitten. Man muß sie vorher allerdings ermitteln und dem Richter zuführen. Das halten wir aber für erfolgversprechender, als zu sagen: Wenn jemand weggetragen wird, zahlt er dafür 38 DM.

WELT: Was halten die Polizeibeamten von der neuen Regelung? Schröder: Viele sahen zunächst vorgerückt eine Möglichkeit, den Demonstranten Einhalt zu gebieten. Viele Wochenenden der Beamten sind bekanntlich „futsch“, weil sich Demonstrationen meistens samstags und auch sonntags abspielen. Wenn man monatlang nicht zu seinem freien Wochenende kommt, wird es kritisch. Die Polizei leistet zehn Millionen Überstunden pro Jahr. Inzwischen sehen die Beamten aber

ein, daß die neue Regelung nicht mehr freie Wochenenden, sondern härtere Auseinandersetzungen bringt. Wir haben seit Jahren gefordert, den Rechtsrahmen auszu-schöpfen, die Demonstranten mit entsprechenden Auflagen zu belegen: keine Vermummung, ohne Helm kommen, keine Waffen mitbringen. Und siehe da, die ersten Erfolge sind spürbar. Die Berliner Polizei sagt neuerdings, mit diesen Auflagen sei die Gewalt, die Aggression, zurückgegangen.

WELT: Sie sprechen von den vielen Überstunden der Polizei. Werden die Polizeibeamten erhebliche Gehaltsforderungen stellen?

Schröder: Die Struktur des öffentlichen Dienstes muß insgesamt überprüft werden. Da gibt es heute große Schereffekte. Wir sind auch der Meinung, daß die vielen Nebenbeschäftigungen verboten werden müssen, damit andere einen Arbeitsplatz bekommen. Wenn ich von meinen Kollegen verlange, sie sollen das Taxifahren als Nebenbeschäftigung ausüben, verlange ich mit noch stärkerem Recht, daß - zum Beispiel - Professoren, die das Dreifache ihres Monatsgehalts mit Nebenbeschäftigung verdienen, diese Arbeit auch ausüben.

WELT: Wird die Polizei so schlecht bezahlt, daß Beamte nebenher Taxi fahren müssen?

Schröder: Die Polizei steht immer noch am untersten Ende der gesamten Skala des öffentlichen Dienstes. Sie ist das Schlußlicht der Nation. Hier heißt es, eine Angleichung herbeizuführen. 75 Prozent aller Beamten des Landes und des Bundes sind mit A-12 aufwärts eingestuft, das sind mindestens 4500 DM im Monat. Dazu gehören aber nur vier Prozent aller Polizeibeamten.

WELT: Gibt es heute im Rahmen der zahlreichen Sparmaßnahmen auch Personaleinsparungen bei der Polizei?

Schröder: Man muß dem neuen Bundesinnenminister Zimmermann zugestehen, daß er beim Bundesgrenzschutz einem Kürzungsvorschlag, der eingebracht wurde, nicht zugestimmt hat. In den Ländern gibt es bei der Polizei Personalkürzungen. In Nordrhein-Westfalen zum Beispiel in diesem Jahr um ein Prozent, obwohl wir in diesem Lande vierhundert Millionen Überstunden im Jahr machen.

Dresden: Tausend bekennen ihren Friedenswillen

Fortsetzung von Seite 1

mühen um Vertrauen, das ein kritisches Gespräch ermöglichte. Alle Dinge hänge von der Bereitschaft der Menschen gerade damit zusammen, daß „unsere Kreativität, unser selbständiges Denken nur in Grenzen gefragt“ sei. Als gefällig bezeichnete Schönherr die Denken in festen Fronten.

Bei den Fragen während der Veranstaltung spielten auch die Festnahmen von regimetreuen Personen in Jena eine Rolle. Der erklärte der Berliner Konsistorialpräsident Stolpe, es gebe in der „einigen Meldungen, die aus westlichen Medien stammen und von Vorgängen berichten, die wir beunruhigen“. Die Thüringische Kirchenleitung habe dazu angemerkt, daß weder kirchliche Veranstaltungen noch kirchliche Mitarbeiter betroffen seien. Stolpe bestätigte das Vorgehen des Staatschefs der DDR, das als indirekt als er seiner zunächst vorsichtige Beschreibung die Bemerkung hinzufügte: „Ich habe mit jemandem sprechen können, dessen Angehörige betroffen sind, und wir haben gemeinsam besprochen, ob wir nicht durch einen Rechtsanwaltschaftlichen Beistand doch im Einzelfall helfen können.“

An den „Friedensgesprächen“ vier Gotteshäusern Dresdens nahmen 3000 bis 4000 Jugendliche teil an einer ökumenischen Feierstunde in der Hofkirche rund 2000.

dpa, Frankfurt
Freiheitsrechte für die in der verhafteten Person aus der Friedensbewegung in Mitteldeutschland haben gestern Professoren Intellektuelle und Politiker aus der Bundesrepublik Deutschland gefordert. Die Professoren Hans Eberhard Richter und Andreas Bloch, ebenso Helga Einsele, Cam Bloch, Inge Aicher-Scholl und Petra Kelly erklärten in ihrer in Frankfurt veröffentlichten Stellungnahme: Es könne der Friedensbewegung in der Bundesrepublik Deutschland nicht gleichgültig sein, wenn andernorts Frieden arbeiterinnen und -arbeitern demokratische Grund- und Freiheitsrechte entzogen werden.

Das Papier, das auch der aus der FDP ausgetretene William Boh und der frühere General Gert B. Stian (Würzburg) unterschrieben haben, erklärt unter anderem, die Friedensbewegung bedürfe über der Ermüdung, um „eine offene Diskussion über die Grenzen hinweg zu führen.“

Durch einen tödlichen Herzinfarkt verlor ich meinen geliebten Mann und treuen Kameraden

Prof. Dr. med. Burkhard Schloßhauer

* 16. 4. 1920 † 12. 2. 1983

Dr. med. Hedda Schloßhauer geb. Hackbarth im Namen aller Angehörigen

2800 Bremen 33, Rassowweg 7

Bitte keine Beileidsbesuche.

Die Trauerfeier findet am Freitag, dem 18. Februar um 12.00 Uhr in der Kirche zu Bremen-Oberneuland statt.

Beerdigungs-Institut Tietz, Bremen, Friedhofstr. 19.

An Stelle von Blumen und Kränzen wäre eine Spende an die Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger im Sinne des Verstorbenen, Konto-Nr. 107 2016 bei der Sparkasse Bremen, BLZ 290 501 01.

Ruth Willis

geb. Stern

* 14. August 1923 † 4. Februar 1983

Viel zu früh hat uns unsere liebe Schwester, Schwägerin, Tante und Großtante für immer verlassen.

In Liebe und Dankbarkeit

Robert Gray und Frau Ursula geb. Stern
Klaus Rihs und Frau Helga geb. Stern
Klaus Biesterfeldt und Frau Ingrid geb. Stern

Carpsweg 21

2000 Hamburg 63

Beerdigung findet statt am Freitag, dem 18. Februar 1983, um 10 Uhr von der Kapelle 2 des Friedhofes Hamburg-Ohlsdorf.

Dr. Mildred Scheel



Viel ist erreicht.
Viel mehr bleibt zu tun:
Spendenkonto
909090 bei allen
Banken, Sparkassen
und Postscheckamt
Köln 909090-501.
Dem Leben zuliebe
Deutsche
Krebshilfe e.V.

Wir trauern um unseren persönlich haftenden Gesellschafter

Helmut Sturm

* 4. Juli 1920 † 11. Februar 1983

In unserem Familienbetrieb war Helmut Sturm ein beherzter, dynamischer und zugleich lebenswürdiger Unternehmer. Sein Tod hinterläßt eine schmerzliche Lücke.

Inhaber, Beirat und alle Mitarbeiter der
Weinbrennerei Asbach & Co.
6220 Rüdesheim am Rhein

Die Trauerfeier findet am 17. Februar in Wiesbaden im engeren Familienkreis statt.

Viele behinderte Kinder könnten gesund sein

Zweidrittel aller angeborenen Behinderungen lassen sich vermeiden oder doch wesentlich bessern

Jedes zehnte Neugeborene, das in der Bundesrepublik zur Welt kommt, trägt das Risiko in sich, behindert zu werden. Sie tragen einen auf Vererbung beruhenden Defekt in sich oder erlitten während der Schwangerschaft oder unter der Geburt Schaden, den es zu beheben gilt. Rechtzeitige Vorsorge und Früherkennung können die Entstehung dieser Behinderungen vermeiden oder doch, ganz wesentlich bessern. Die Stiftung für das behinderte Kind zur Förderung von Vorsorge und Früherkennung bemüht sich durch gezielte Vor- und Nachsorgeangeboten Kindern und Jugendlichen zu helfen.

Ihre Spende hilft uns helfen!

Spendenkonto: Postscheckamt Frankfurt/Main 606 609 (BLZ 500 100 60). Bank für Gemeinnützige BIG Frankfurt 100 900 1900 (BLZ 500 100 11). Die Spenden sind steuerlich absetzbar. Wenn Sie sich über das Vorsorgeprogramm für behinderte Kinder informieren möchten, fordern Sie mit dem Coupon die Freigabe eines Informationsbroschüre an. Die Broschüre enthält die Namen der Stellen, die Sie anrufen können, um die Chancen, ein behindertes Kind zu bekommen, zu erfahren, durch welche Vor- und Nachsorgeangeboten Sie sich informieren lassen können. Galtene von Freier und Arbeiterinnen können

Coupon
Name _____
Straße _____
PLZ/Ort _____

Stiftung für das behinderte Kind zur Förderung von Vorsorge und Früherkennung
Postfach 10 15 1
D-6000 Frankfurt 10

Wir trauern um Tausende Opfer der Todesstrafe in Iran seit dem Februar 1979. Unter ihnen Kinder und schwangere Frauen.

Viele wurden hingerichtet, weil sie von ihrem Recht auf freie Meinungsäußerung Gebrauch gemacht hatten. Sie alle mußten sterben, weil Ihr Staat das garantierte Recht auf Leben mißachtet und so gegen ihr elementarstes Menschenrecht verstößt.

amnesty international
- Sektion der Bundesrepublik Deutschland e.V. -

Aus dem Tagebuch
von Gerhard Reddemann



Das aktuelle Buch von Gerhard Reddemann

Die AUSSTEIGER

Mit einer Einführung von Alfred Dregger

Spannend wie ein Krimi!

Aus dem Inhalt:

- Der Schmidtleideffekt ● Epplers Mann: H-J. Voge
- Die Marxisten regen sich ● Schwächling im Geschichtsbuch ● Der Marsch ins grüne Abseits

Coupon

Name _____
Vorname _____
Straße _____
PLZ/Ort _____

An den Verlag v. Hase & Koehler
Abteilung Buchversand
Postfach 22 69 - 6500 Mainz 1
Ich/Wir bestelle(n) _____ Exemplar(e)
„Die Aussteiger“ zum Einzelpreis
von 14,80 DM.

Anzeige

CP Hotels 
Canadian Pacific Hotels

OECD / Inflation sinkt weltweit

Ölpreisschock verkräftet

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris
Der durchschnittliche Preisanstieg in den westlichen Industriestaaten (OECD), der sich unter dem Eindruck des zweiten Ölpreisschocks von 9,8 Prozent (1979) auf 12,9 Prozent (1980) erhöhte und 1981 auf 10,6 Prozent abgeschwächt hatte, erreichte 1982 nur noch 8,0 Prozent. Dazu wesentlich beigetragen hat außer der Energieverbilligung vor allem der „brutale Rückgang“ der anderen Rohstoffpreise auf ihr niedrigstes Niveau der Nachkriegszeit sowie die Verlangsamung des Lohnanstiegs, teils das OECD-Sekretariat mit.

Vor allem in den letzten Monaten des vergangenen Jahres kam es zu einer ausgeprägten Abflachung. Die monatliche Teuerung schrumpfte von September bis Dezember von 0,8 auf 0,5, 0,2 und 0,1 Prozent, was im Jahresvergleich eine Inflationsrate von 6,5 Prozent ergab. Dies war das beste Ergebnis seit März 1973, dem Monat vor dem ersten Ölpreisschock. An den jüngsten Monatsraten gemessen, muß man sogar auf August 1985 zurückgreifen, um eine

geringere Inflation vorzufinden. Dies lag nach Angaben der OECD auch an der Zinssenkung, welche die in den Lebenshaltungskostenindizes enthaltenen Kosten für Hypothekendarlehen entlastete. Weniger stark abgeschwächt haben sich die Lebensmittelpreise und zwar von 9,5 Prozent (1981) auf 7,25 Prozent (1982).

Das preisstabile Land der OECD war 1982 Japan (plus 2,7 Prozent), gefolgt von der Bundesrepublik (plus 5,3 Prozent), Österreich (plus 5,4 Prozent) und der Schweiz (plus 5,6 Prozent). Die USA reduzierten die Inflationsrate von 10,4 auf 6,1 Prozent.

Praktisch alle Länder erzielten zum Jahresende niedrigere Raten als im Jahresdurchschnitt 1982, dabei sieben Länder im Dezember sogar Minus-Monatsraten. Für dieses Jahr erwartet das OECD-Sekretariat eine durchschnittliche Teuerungsrate von 6,75 Prozent, dabei von nur 3,75 Prozent in der Bundesrepublik, die damit praktisch das japanische Niveau (plus 3,25 Prozent) erreichen würde.

EG / Mehr Kooperation mit Japan

Paris noch skeptisch

HAJ. Sch. Brüssel
Die Bereitschaft Japans, seine Exporte nach Europa zu mäßigen hat nach Meinung von EG-Vizepräsident Wilhelm Haferkamp den Weg für eine generelle Verständigung der beiderseitigen Zusammenarbeit freigemacht. Wie Haferkamp gestern nach seiner Rückkehr aus Tokio berichtete, interessieren sich die Japaner seit längerer Zeit für eine engere Kooperation auf dem Gebiet der Industrie, der Forschung und der Entwicklungspolitik. Als Beispiele nannte er die Zusammenarbeit im Bereich der Kernfusion, der Sonnenenergie und der nuklearen Sicherheit. In Aussicht genommen seien aber auch die gemeinsame Finanzierung von Entwicklungsprojekten und eine bessere Abstimmung bei internationalen Konferenzen.

Haferkamp gewann den Eindruck, daß die japanische Regierung es auch mit der Zusage ernst meint, die Einfuhr europäischer Erzeugnisse zu erleichtern. Bis Ende März soll ein interministerieller Ausschuss über Möglichkeiten zur Beseitigung der bestehenden Handelsbarrieren im Bereich der Standardisierung und Testverfahren berichten. Zum ersten Mal hätten sich die Japaner auch bereit erklärt, die betroffene europäische Industrie zu den Beratungen hinzuziehen.

Haferkamp ist - wie auch sein belgischer EG-Kollege Etienne Davignon - der Meinung, daß die Vereinbarungen über eine Mäßigung der japanischen Exporte nur dann sinnvoll wären, wenn Industrie und Regierung in der EG die gewonnenen Atempause nutzen. Dabei gelte es - so meinte Davignon - stärker als bisher auf die Existenz des einheitlichen europäischen Marktes zu setzen, gewisse Umgruppierungen im Firmenbereich vorzunehmen, die gemeinsame Forschung zu stimulieren und ein investitionsfreundliches Klima in der EG zu schaffen. Der Ministerrat wird sich am 22. Februar mit dem Ergebnis der Handelsverhandlungen befassen.

Die französische Regierung will die Aufhebung ihrer importverzögernden Zollpraktiken insbesondere gegenüber japanischen Videorecordern (Fall Poitiers) davon abhängig machen, wie weit Tokio die mit der EG getroffenen Absprachen über die Mäßigung seiner Exporte beachtet. Außerdem äußert man im Pariser Außenhandelsministerium Bedenken, ob sich die Brüsseler Kommissare Davignon und Haferkamp voll an ihr Mandat gehalten haben. Es sei noch zu früh, ein Gesamturteil über das Ergebnis des gesamten Verhandlungspakets abzugeben.

BRASILILIEN / Zur Sanierung des Staatshaushaltes wird das Nuklearprogramm gekürzt

Der Euphorie folgt die finanzielle Ernüchterung

W. THOMAS, Rio de Janeiro
Wenn die staatliche brasilianische Atomgesellschaft Nuclebras an diesem Aschermittwoch einen neuen Präsidenten erhält, ist auch dieses Ereignis ein Signal der Ernüchterung. Die euphorischen Zeiten des zurückgetretenen Behördenchefs Paulo Nogueira Batista, eines früheren Diplomaten, sind zu Ende gegangen. Nachfolger Dario Gomes, ein Energieexperte, muß jetzt ein auf die bitteren Realitäten reduziertes Entwicklungsprogramm steuern.

Das 1975 unterzeichnete deutsch-brasilianische Rahmenabkommen, das die atomare Zukunft der Nation bestimmt, war in den letzten Wochen wieder Anlaß lebhafter Diskussionen gewesen. Veränderte Zeitpläne werden die Bauarbeiten verschiedener Projekte um Jahre verzögern. Gerüchte künden, daß die Nuclebras-Strategie das gesamte Programm drastisch zusammenstreichen wollen. Ein Vertreter der deutschen Botschaft in Brasília spricht von „unrealistischen Erwartungen“. Das Abkommen sei nicht in Gefahr. Er glaubt, daß sich die Brasilianer

wieder stärker auf die nuklearen Ziele konzentrieren werden, wenn sie ihre wirtschaftlichen Schwierigkeiten überstanden haben. Bei der Kraftwerkunion in Rio de Janeiro herrscht eine Stimmung der Enttäuschung, entmutigt ist jedoch niemand. Man habe Verständnis für die Situation der Brasilianer, heißt es. Die Siemens-Tochter ist der wichtigste Vertragspartner auf deutscher Seite.

Mit rund 90 Milliarden Dollar führt Brasilien die Liste der hochverschuldeten Länder der Welt an, gefolgt von Mexiko. Die Nation muß umschulden und die Hilfe des Internationalen Währungsfonds (IWF) in Anspruch nehmen. Für einen Kredit von 5,9 Milliarden Dollar fordert die IWF tiefgreifende Sanierungsmaßnahmen. Dazu zählen einschneidende Kürzungen des Budgets. So soll Nuclebras 30 Prozent einsparen.

Die Brasilianer stellen zudem fest, daß sie den Energiebedarf überschätzt hatten. Mitte der siebziger Jahre, als das Atomabkommen geschlossen wurde, verzehnfachte das Land noch wirtschaftliche

Wachstumsraten von acht Prozent. In diesem Jahr droht eine Minuszahl. Und wenn die Nation diese Krise hinter sich gebracht hat, wird nicht mehr ein so dynamisches Wachstum wie in der Vergangenheit erwartet.

Nuclebras hat im Sparrahmen zunächst beschlossen, den Bau der beiden Kernreaktoren Angra II und Angra III hinauszuschieben. Angra II soll erst 1989 statt 1988 in Betrieb genommen werden, Angra III frühestens 1990. Beide Kernkraftwerke werden bereits an der malerischen, 200 Kilometer südlich von Rio de Janeiro gelegenen Atagrados-Bucht (Bucht der Könige) gebaut. Nebenbei steht Angra I, der erste kommerzielle Reaktor Brasiliens, der von der amerikanischen Firma Westinghouse errichtet wird und dessen geplante Inbetriebnahme sich ständig verzögert. Der letzte genannte Termin lautet Ende dieses Jahres.

Im Staat São Paulo gelegen, sollen zwei weitere KWU-Reaktoren gebaut werden: Iguaçu I und II. Die Infrastruktur-Angebote um mehr als ein Jahr auf die zweite Hälfte 1984 verschoben worden.

Wann mit dem Bau begonnen wird, weiß niemand. Unbekannt ist weiter, ob die Brasilianer noch vier andere Reaktoren in Auftrag geben, wie 1975 in Aussicht gestellt worden war. Das Angebot der Deutschen hatte ursprünglich acht 1300-Megawatt-Kraftwerke des Typs Biblis sowie eine Anreicherungs- und Wiederaufbereitungsanlage umfaßt.

Die Anreicherungsanlage in Resende (Bundesstaat Rio de Janeiro) wurde am 20. Oktober vergangenen Jahres von Staatspräsident João Baptista Figueiredo eröffnet. Die Pläne für das kontroverse Wiederaufbereitungs-Projekt sind dagegen ungewiß. Manche Beobachter fragen, ob sich eine eigene Wiederaufbereitung lohnt, wenn es nur bei vier Atomkernbleiben soll. „Man muß abwarten“, sagte ein Vertreter des Energieministeriums über den Stand dieses größten nuklearen Kooperationsunternehmens der Geschichte (geschätztes Kostenvolumen: zwischen 10 und 15 Milliarden Dollar). „Es hängt vieles in der Luft. In einem Jahr werden wir weiter sehen können.“ (SAD)

Irlands Agrarexport sinkt leicht

Brennende Probleme

H. HILDEBRANDT, Bielefeld
Wenn die Umsatzergebnisse auf der Grünen Woche Maßstab für die Nachfrage nach irischen Agrarprodukten wären, beständen hierfür sicher keine Absatzschwierigkeiten. Immerhin verzehrten die Berliner in wenigen Tagen rund 8600 Steaks und mehr als 10 000 Portionen Lachs. Im nichternen Alltag aber mußten sich Irlands Exporteure mit der gewachsenen Konkurrenz der deutschen Verbraucher abfinden.

Nach Jahren des Wachstums gingen nämlich 1982 die irischen Agrarexporte in die Bundesrepublik um 3,5 Prozent auf 284,8 (295,4) Mill. DM zurück. Eine wesentliche Rolle bei dieser Entwicklung spielten die Exporte von Fleisch und Fleischwaren, deren Wert immerhin von fast 127 Mill. DM auf 99 Mill. DM sank. Die Butterexporte nach Deutschland, 1981 noch für 45 Mill. DM, wurden sogar fast halbiert, sie erreichten 1982 nur noch knapp 25 Mill. DM.

Angestiegen sind dagegen die Exporte pflanzlicher Nahrungsmittel, erstmals wurde beispielsweise für mehr als 12 Mill. DM Gerste ausgeführt. Positiv für die irische Wirtschaft ist jedoch auch das Gesamtresultat ihrer Exporte in die Bundesrepublik, es stieg 1982 um 6,4 Prozent auf 1,82 (1,71) Mrd. DM. Der Anteil der Agrarprodukte daran sank allerdings auf 15,6 (17,3) Prozent.

„DDR“ / Schwerpunkt Landwirtschaft

Brennende Probleme

dpa/VWD, Berlin
Das Thema Landwirtschaft brennt der „DDR“-Führung auf den Nägeln. Bei ungezählten Veranstaltungen werden die Steigerung der Erträge und die Reduzierung der Verluste bei Ernte, Transport und Lagerung sowie die Verminderung der Tierverluste in den Stallungen beschworen. Im Januar war es der XII. Bauernkongreß der „DDR“ in Markkleeberg, es folgten die Konferenzen auf Bezirksebene, und derzeit laufen in den 3800 Genossenschaften der Pflanzen- und Tierproduktion der „DDR“ die Jahreshauptversammlungen.

Auf allen Veranstaltungen bestätigte sich die Tendenz zum extensiven zum intensiven Wachstum in der „DDR“-Landwirtschaft. Die SED hat der Idee, je größer, desto besser, klar abgesprochen, obwohl erklärtemaßen daraus nicht die Konsequenz gezogen wird, bestehende Betriebseinheiten auch wieder zu verkleinern. Auch die Trennung von Ackerbau und Viehzucht in landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften Pflanzen- und Tierproduktion dürfte auf absehbare Zeit nicht rückgängig gemacht werden, die Reibungsverluste und Unstimmigkeiten sollen durch sogenannte Kooperationsabläufe überwunden werden. Insbesondere die gekürzten Treibstoffkontingente bringen für die überdimensionierten Produktionsgenossenschaften der „DDR“ schier unüberwindliche Probleme.

Auf der Tagung der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften betonte SED-Politikbüromitglied Werner Felke, künftig sei eine Getreideernte von mehr als zehn Millionen Tonnen notwendig. Zuerst geht es um die Ertragssteigerung je Hektar und um einen erweiterten Anbau, der durch die intensive Nutzung der Futterflächen ermöglicht werden soll.

1983 erreichte die „DDR“ eine Rekordgetreideernte von knapp über zehn Millionen Tonnen. Neben der Züchtung neuer Getreidesorten sollen die Weidewirtschaft intensiviert, verstärkt Klee und Luzerne angebaut sowie Ertragssteigerungen durch die Züchtung neuer Gräser und effektivere Anbauverfahren bei Grobfuttermitteln erreicht werden.

Prof. Arno Winkel, Direktor des Instituts für Pflanzenzüchtung Göttingen/Güstrow, berichtete auf der Akademietagung, in den letzten beiden Jahren seien aus der Getreideforschung zwölf neue Sorten „der Praxis übergeben“ worden. Bis 1990 sollten weitere zwölf bis 15 Sorten folgen. Schwerpunkt der Forschung seien Sorten für leichte Böden in den Nordbezirken der „DDR“, auf die 44 Prozent des Getreideanbaus der „DDR“ entfallen.

Mehr Verpackungen aus Kunststoff

aus Kunststoff

dpa/VWD, Frankfurt
Die deutschen Hersteller von Kunststoffverpackungen konnten das Jahr 1982 mit einem realen Umsatzzuwachs von 1,5 Prozent abschließen. Die Produktion erhöhte sich noch leicht auf 1,30 (1,18) Millionen Tonnen, der Umsatz stieg auf 6,32 (6,13) Milliarden DM, teilte der Industrieverband Verpackung und Folien aus Kunststoff, Frankfurt, mit.

Unzureichende Kapazitätsauslastung, Billigimporte und Preisdruck in Teilmärkten führten jedoch zu deutlichen Absatzeinbußen, unter anderem bei Produkten aus Standardfolien, wie Beuteln, Tragetaschen und Säcken. Hier war die Mengenentwicklung rückläufig. Bei Hohlkörpern aus Kunststoff wurde insgesamt eine Steigerung der Absatzmenge um etwa drei Prozent erzielt. Sie fiel bei kleineren Kunststoffflaschen etwas stärker aus als bei größeren Gebinden. Die Wettbewerbsverschärfung infolge von Überkapazitäten führte jedoch auch hier zu erheblichen Erlösschmälerungen. Bei gespritzten Verpackungen (Verschlüsse, Dosen, Eimer und Becher) konnte der Absatz im vergangenen Jahr um etwa vier Prozent verbessert werden, doch wird dies vor allem auf den Mehrbedarf an Verpackungen für Erfrischungen und Molkereiprodukte während der warmen Sommermonate 1983 zurückgeführt.

Der größte Teil der angekündigten Arbeitsplatzkürzungen konzentriert sich auf das Werk Falkirk in Schottland, dessen Mitarbeiterzahl von gegenwärtig 1060 auf 360 reduziert werden soll. In dieser Gegend liegt die Arbeitslosenrate derzeit schon bei knapp 18,5 Prozent. Die Gewerkschaften wollen dort die geplanten Streichungen mit allen Mitteln verhindern.

Falkirk hat eine Produktionskapazität von 50 000 Jahrestonnen. Diese können nur mit großem Aufwand ausgenutzt werden, während das Werk in Rostow (Schottland) mit 250 000 Tonnen Kapazität für einen Drei-Schichten-Betrieb ausgelegt ist, gegenwärtig aber nur mit einer Schicht gefahren werde, argumentiert die Geschäftsleitung.

BRITISH ALCAN ALUMINIUM / Hohe Verluste

Entlassungen angekündigt

WILHELM FURER, London
Der größte Aluminium-Produzent Großbritanniens, British Alcan Aluminium, wird in den kommenden Monaten die Belegschaft um 1200 reduzieren. British Alcan beschäftigt zur Zeit rund 13 000 Mitarbeiter. Das Unternehmen war erst im November letzten Jahres aus der Verschmelzung von Alcan Aluminium und British Aluminium hervorgegangen. Nach Angaben der Geschäftsführung wären die Arbeitsplatzverluste höher ausgefallen, wenn die beiden Unternehmen nicht zusammengelegt worden wären, sondern Wettbewerber geblieben wären.

Im Geschäftsjahr 1981 erreichten die Verluste beider Unternehmen zusammen 50 Millionen Pfund. Sie ermäßigten sich im vergangenen Jahr auf 40 Millionen Pfund. British Alcan Aluminium betreibt gegenwärtig eine Vielzahl von Werken, die vor der Verschmelzung den vielfältigen Produktionsansprüchen beider Unternehmen genügt hätten, inzwischen aber in vielen Fällen überflüssig geworden sind oder überschüssige Kapazitäten bedeuten.

Der größte Teil der angekündigten Arbeitsplatzkürzungen konzentriert sich auf das Werk Falkirk in Schottland, dessen Mitarbeiterzahl von gegenwärtig 1060 auf 360 reduziert werden soll. In dieser Gegend liegt die Arbeitslosenrate derzeit schon bei knapp 18,5 Prozent. Die Gewerkschaften wollen dort die geplanten Streichungen mit allen Mitteln verhindern.

Falkirk hat eine Produktionskapazität von 50 000 Jahrestonnen. Diese können nur mit großem Aufwand ausgenutzt werden, während das Werk in Rostow (Schottland) mit 250 000 Tonnen Kapazität für einen Drei-Schichten-Betrieb ausgelegt ist, gegenwärtig aber nur mit einer Schicht gefahren werde, argumentiert die Geschäftsleitung.

Ich weiß, daß wir gerade in der gegenwärtigen Krise vor einer besonderen Bewährungsprobe stehen. Es knieft an allen Ecken, und manche Bürokraten können der Versuchung einfach nicht widerstehen, Grenzen neu zu errichten, andere Europäer zu diskreditieren oder zu benachteiligen, Importe zu behindern, Exporte unkontrolliert zu fördern, öffentliche Ausschreibungen zu verfälschen. Die EG-Kommission ist mit den gegebenen Instrumenten und das sind allein die Mittel des Rechts - unabhängig bemüht, ohne Ansehen der Person und Unternehmen, der Branchen und der Mitgliedstaaten, dem Gemeinschaftsrecht Geltung zu verschaffen. Wir scheuen uns auch nicht, zum Europäischen Gerichtshof zu gehen. Die Urteile beweisen, daß Hoffnung besteht.

Ein besonderes Ärgernis ist das Fortbestehen der Kontrollen und Formalitäten an den Binnengrenzen. Für den Handel bedeuten diese Verfahren alles in allem eine Verzerrung der Waren bis zu 5 Prozent, gelegentlich sogar mehr. Daß Erleichterungen in der Praxis möglich sind, haben die Regelungen im Handel der drei Benelux-

staaten beider Unternehmen genügt, inzwischen aber in vielen Fällen überflüssig geworden sind oder überschüssige Kapazitäten bedeuten.

Der größte Teil der angekündigten Arbeitsplatzkürzungen konzentriert sich auf das Werk Falkirk in Schottland, dessen Mitarbeiterzahl von gegenwärtig 1060 auf 360 reduziert werden soll. In dieser Gegend liegt die Arbeitslosenrate derzeit schon bei knapp 18,5 Prozent. Die Gewerkschaften wollen dort die geplanten Streichungen mit allen Mitteln verhindern.

Falkirk hat eine Produktionskapazität von 50 000 Jahrestonnen. Diese können nur mit großem Aufwand ausgenutzt werden, während das Werk in Rostow (Schottland) mit 250 000 Tonnen Kapazität für einen Drei-Schichten-Betrieb ausgelegt ist, gegenwärtig aber nur mit einer Schicht gefahren werde, argumentiert die Geschäftsleitung.

Ich weiß, daß wir gerade in der gegenwärtigen Krise vor einer besonderen Bewährungsprobe stehen. Es knieft an allen Ecken, und manche Bürokraten können der Versuchung einfach nicht widerstehen, Grenzen neu zu errichten, andere Europäer zu diskreditieren oder zu benachteiligen, Importe zu behindern, Exporte unkontrolliert zu fördern, öffentliche Ausschreibungen zu verfälschen. Die EG-Kommission ist mit den gegebenen Instrumenten und das sind allein die Mittel des Rechts - unabhängig bemüht, ohne Ansehen der Person und Unternehmen, der Branchen und der Mitgliedstaaten, dem Gemeinschaftsrecht Geltung zu verschaffen. Wir scheuen uns auch nicht, zum Europäischen Gerichtshof zu gehen. Die Urteile beweisen, daß Hoffnung besteht.

Ein besonderes Ärgernis ist das Fortbestehen der Kontrollen und Formalitäten an den Binnengrenzen. Für den Handel bedeuten diese Verfahren alles in allem eine Verzerrung der Waren bis zu 5 Prozent, gelegentlich sogar mehr. Daß Erleichterungen in der Praxis möglich sind, haben die Regelungen im Handel der drei Benelux-

TOURISMUS

Aga Khan bleibt an Costa Smeralda

GÜNTHER DEPAS, Mailand
Der Aga Khan, Hauptaktionär des Konsortiums der Costa Smeralda, hat am Wochenende den Posten des Präsidenten wieder eingenommen, von dem er im Dezember 1981 gegen die Verschleppungstaktik der regionalen Behörden zurückgetreten war. Die Rückkehr an die Costa Smeralda nach der großen Werksanbahnung, die den Bau von 1500 Touristikhäusern (Marinas, Hot-Villen und Apartmenthäusern) in ihrer Infrastruktur um 4,5 Prozent der Gesamtfläche bedecken.

Abomieren Sie weltweite Sicht

90 Korrespondenten an 35 wichtigen Plätzen des In- und Auslandes schreiben für die WELT. Sie berichten aus nächster Nähe über Ereignisse und Hintergründe. Am besten: Sie beziehen die WELT im Abonnement. Dann sind Sie stets weltweit informiert.

DIE WELT

Abonnenten
Sie haben das Recht, Ihre Abonnement-Bestellung innerhalb von 14 Tagen (Kalender) zurückzugeben. Bitte geben Sie die Adresse an, unter der Sie die WELT erhalten möchten.
An: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 30
An: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 30

Bestellchein
Bitte füllen Sie mit und nachfolgendes Formular aus und senden Sie es an: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 30. (Anzahl 31,00, Luftpostversand) auf Anfrage, einzelne Versand- und Auslandsendungen sowie Mehrverleiher eingeschlossen.

Name: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Beruf: _____
Telefon: _____ Datum: _____
Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 14 Tagen (Kalender) zurückzugeben. Bitte geben Sie die Adresse an, unter der Sie die WELT erhalten möchten.
Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 30
Unterschrift: _____

hören und dem Konsortium) troffene Abkommen, mit dem nach Jahrzehnten endlich ein neues Licht für die Weiterführung Bau- und Investitionstätigkeit der Nordostküste Sardiniens ert wurde.

Das Abkommen setzt das Konsortium in die Lage, in den nächsten zwanzig Jahren 5 Millionen Kubmeter umzubauen Raum in dem (bet der Gemeinde Arzachena u. weitere 0,6 Millionen in dem Gemeinde Olbia zu erstellen. Das eine Million Kubmeter wenn als die Pläne des Konsortiums v. gesehen haben. Die Projekte sei die Erschließung neuer Touristenzentren und den Bau von Villen Apartmenthäusern vor.

Zusätzlich verpflichtete sich das Konsortium, zur Förderung wirtschaftlicher Aktivitäten der Insel eine Reihe von Initiativen auf halb der Touristikbranche ins Leben zu rufen. Dazu gehört die schließung eines Granitbergwerks und der Bau eines Hippodroms. Investitionssumme wurde auf 11 Milliarden Lire veranschlagt, das 600 Millionen Lire im Touristikreich. Geschäften werden sollen mit 35 000 ständige und 25 000 saisonale Arbeitsplätze.

Das Konsortium der Costa Smeralda verfügt über ein Territorium von 2700 Hektar und über 55 Kilometer Küste. Damit handelt es sich um das größte zusammenhängende Touristikgebiet in Italien. Nach schluß der letzten freigegebenen Bauphase werden die gesamte Touristikbauten (Marinas, Hot-Villen und Apartmenthäuser) in ihrer Infrastruktur um 4,5 Prozent der Gesamtfläche bedecken.

Wie geht es weiter?

Die Profis helfen mit Rat. Und Tat.

Bei der irischen Industrie-Entwicklungsbehörde treffen Sie auf echte Profis: Unternehmensberater, die kleinen, mittleren und großen Firmen in aller Welt bei der Lösung ihrer Probleme helfen. Eine Organisation, die in den letzten 20 Jahren 850 Unternehmen erfolgreich in Irland angesiedelt hat!

Neben Neugründungen gibt es viele Möglichkeiten der wirtschaftlichen Zusammenarbeit: Die Erschließung neuer Märkte, die Entwicklung neuer Produkte, Lizenzabkommen.

IDA Ireland

Ihr erster Schritt zum lukrativsten Standort Europas

5000 Köln 51, Bayernhofgürtel 13.
Telefon (0221) 371007
Direktor: Jim Hayes
7000 Stuttgart 1, Jägerstrasse 12
Telefon (0711) 221 468
Direktor: Barry Flannery.

REPUBLIK IRLAND

Joint-Ventures, stille oder tätige Beteiligungen. Durch das Investitionsförderungsgesetz der Republik Irland können Sie stets mit der höchsten Rentabilität Europas rechnen.

Sprechen Sie jetzt mit unseren Repräsentanten in Köln oder Stuttgart. Sie werden sehen, daß ein kleines Land wie die Republik Irland Ihnen große Sorgen abnehmen kann.

* lt. Statistik des US-Handelsministeriums betrug die Eigenkapitalverzinsung 1978-81 durchschnittlich 31,7%.

Handwritten signature: H. Hildebrandt

[NORDI] B

Schwerpunkt bei den Hofkrediten

werden 22,1 (4) Mill. DM den Rücklagen zugeführt. Gleichwohl verringert sich die Eigenkapitalquote von 22,9 auf 22,2 Prozent (Brantzk: „Nicht überragend“). Die Bilanz ist nach wie vor durch keine Bankschulden getrübt.¹⁾ An die Pensionskassenspekulanten (60 Mill. DM) wird eine von 12 auf 28 Prozent erhöhte Dividende ausgeschüttet.

Porsche AG	1981/82	±%
Verk. Fahrzeuge	32 213	+15,1
davon Typ 824	10 978	+28,0
814	5 360	+21,0
911	10 172	+21,0
828	4 702	+15,5
Umsatz (Mill. DM)	1 488	+27,7
dav. Fahrzeugums.	929	+25,7
Cash flow	38	(16,6)
Bestatfugte	2 283	+7,3
Investition (Mill. DM)	125,7	+ 58,1
Abschr.-u. Abgänge	51,4	+ 7,7
Cash flow	97,0	+ 16,9
Jahresüberschuß	27,8	+27,0

¹⁾ 1944er-Produktion begann im Laufe des Berichtsjahres; 7 Jahresüberschuß - Abschreibungs- u. Abgänge - Zuführung zu Pensionsrückstellungen.

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Das Agarkreditgeschäft der Norddeutschen Landesbank war 1982 maßgeblich beeinflusst von dem verhaltenen Investitionsneigung der Landwirtschaft, vom hohen Umschuldungsbedarf und einem nach wie vor unbefriedigenden Ertragsentwicklung der bäuerlichen Betriebe. Diese Situation schlug sich nach den Worten von Johannes Runge, in Nord-LE Vorstand zu, vor allem für die Agarkreditwirtschaft, in der hohen Zahl abgelehnter Kreditanträge nieder. Fehlende Sicherheiten bei den Antragstellern und mangelnde Leistungsfähigkeit der Betriebe ließen das Ablehnungsvolumen von 3,8 Mrd. Mark steigen. Diese Runge machte deutlich, daß die Zahl der gefährdeten Betriebe noch zunehme.

Der geschäftliche Schwerpunkt lag im Bereichsfinanz erneut bei den Hoffrediten. Die Kreditengagements nahmen bei einem Antragsvolumen von 186,8 Mill. DM um 33,9 Prozent auf 127,4 Mill. DM zu. Bei der Verwendung der neu herausgegebenen Hoffredite zeigt sich, daß der Anteil der Investitionskredite auf 63 (72) Prozent zurückgegangen ist. Gleichzeitig erhöhten sich die zu Umschuldungskrediten verwandten Kredite auf 43 (13) Prozent. Ausgezahlt hat die Bank im Hoffreditgeschäft 135,7 (128) Mill. DM; das entspricht einem Plus von 5,7 Prozent. Damit erhöhte sich der Darlehensbestand auf 1,3 (1,27) Mrd. DM am Jahresende.

Weiter verringert haben sich die Siedlungskredite. Sie gingen um 15,5 (15,4) Prozent auf 45,7 (54) Mill. DM zurück. Hierbei handelt es sich um öffentliche Mittel, die an Vertriebene, Flüchtlinge und Spätaussiedler ausgezahlt werden.

Runge empfiehlt der Landwirtschaft, angesichts der gesunkenen Zinsen die Chancen zur Umschuldung noch stärker zu nutzen. Gegenüber dem Vorjahr habe sich der Kreditzins für fünfjährige Darlehen um 2,3 Prozent verringert. Die NordLB gehe davon aus, daß die 80er Jahre in der Landwirtschaft von Konsolidierungsbemühungen geprägt sein werden. Die eigene Ertragsentwicklung beurteilt Runge, ohne konkrete Zahlen zu nennen, positiv.

Die Trio Gruppe

Die TNG-Gruppe legt Schiffe still

nung der Berliner Muttergesellschaft betrug, erreichte 1982 rund 17 bis 18 Mill. DM.

Die Geschäftsentwicklung im Jahr 1982 sei durch eine abwartende Haltung der Kundschaft geprägt gewesen, betont Betzin, vor allem beim Umbau- und Modernisierungsgeschäft.

Am Gesamtumsatz der deutschen Schindler-Gruppe ist die Hamburger Firma mit rund 17,4 Prozent beteiligt. Für die in Berlin produzierte Schindler Aufzugsfabrik GmbH wird ein Umsatz von 285 Mill. DM angegeben. Schindler beschäftigt in Berlin 1400, im Bundesgebiet weitere 1100 Mitarbeiter.

Für die Schweizer Muttergesellschaft Schindler Aufzüge gibt der Vorsitzende der Konzernleitung, Zeno Schindler, den weitesten Umsatz für 1982 mit mehr als 1,2 Mrd. DM an. Das Unternehmen mit Sitz in Schaffhausen, Schweiz, hat insgesamt etwa 22 000 Mitarbeiter und dürfte der zweitgrößte Aufzugshersteller der Welt sein.

Fünf der 20 größten Containerschiffe des Trio-Dienstes sollen in diesem Jahr jeweils für mehrere Monate stillgelegt werden. Der Trio-Dienst wird von der Hamburg-Lloyd, Hapag-Lloyd mit zwei britischen und zwei japanischen Reedereien für den Containerschiffverkehr zwischen Nordeuropa und Ostasien. Dadurch soll die Anzahl der Abfahrten in jeder Richtung von 111 auf 106 verringert werden. Betroffen sind auch die beiden deutschen Großcontainerschiffe Hamburg Express* und Hongkong Express*, die erst im vorigen Jahr auf treibstoffsparenden Antrieb umgestellt worden sind. Die Ausdünnung des Fahrplans wird damit begründet, daß einmal das Ladungsaufkommen in diesem Fahrgebiet ganz allgemein zurückgegangen sei, und daß konferenzunabhängige Reedereien einen größeren Ladungsanteil an sich ziehen könnten. Das galt vor allem für die Südkoreaner, die Japaner und die Sowjets, die in Ostasien und Taiwan und für die sowjetischen Staatsreedereien

KONKURSE

Konkurse eröffnet: Beckmann & K. Reinhold, Bielefeld; Bräsecke, R. H. Bergerhoff GmbH & Co. KG, Dierdorf, Dierdorf, Langenfeld; Nachl. d. Friedrich Eberhard Müller, Schreinermeister, Hilden; Duisburg: Horn-Schmidt GmbH Apparatebau; Cöppingen: Nachl. d. Heiss Zimmermann, Inh. d. Fa. Haas Zimmermann-Zentralbetriebe, Haas, Geiselungen/St.; Gummaroth: GRIBO-Fußboden-Verarbeitung, Haselwiesen; Hainau: Pfundgrube Grube GmbH, Hannover; Profunda Grundstücks-ges., mbH; Nachl. d. Klaus Robe; Kaufbeuren: Karl Grünberg; Neustadt/Wstr.: A. Heiss GmbH & Co. KG, d. Heiss Verwaltungen, mbH; c) Dollson-Pressen GmbH, Nachl. d. Luise Deutch geb. Rothaug, Hafslach; Osnabrück: Intercontinental Bauwerk, ROE & Co. KG, Reckhausen; Wunstorf: Hoebusch Industrie-Montagen OHG; Wolfgang Hoebusch GmbH; Wolfgang Hoebusch, Erd-Isenkruschmacher; Regensburg: KG in Fa. J. J. Depiaz, Hagelstadt; Soest: Auto Redder GmbH; Strömberg: Franz Helmreichert, Bogen-Obersteich; Uelzen: Einzelunternehmer Horst Ohland; Völs: Stefan, Ebbsdorf; Wildenburg-Tienzen; Zwickau: Walter Mühlbauer; Waldrade: Theodor Polmann

1967

Anschlußkonnern eröffnet: Neues Technowa, wissenschaftliche u. optische Instrumente GmbH; Bontlingen: Gerhard Benz Bühlgen

Vergleich beauftragt: Duisburg:
Klaus Meier KG, Mülheim a. d. Ruhr; M
und M Werbeges. mbH, Mülheim a. d.
Ruhr; Maximal-Kredit-Vermittlungs-
Ges. mbH, Mülheim a. d. Ruhr; Harald
Rump, Schiffseigner, Hann.-Münden:
HSV Holz- u. Strohverbrennungsanla-
gen Dr.-Ing. Klotz GmbH & CO., Mün-
den.

Zeschäpftjahr 1983 investierte MGE 13 Mill. DM in weitere Verbesserungsbauten ihres ortes. Allein 10 Mill. DM ent auf den Bau eines neuen ausens mit 1200 Einstellplätzen das angelaufene neue Gesejahr rechnet Claassen mit Umsatz, der am Ende die 30-nen-Markte überspringen "Bereits im ersten Halbjahr schlagen wir unser Gelände mal um, und wir sind bereits zu fast allen Veranstaltungen bucht. An neuen Ausstellungen ist die MGE die "Internatio-nalen-Messe" als reine Oranstellung und die "Internationale Konferenz Thermischesen" (ITSC) in ihr Programm nommen.

Investitionen sind für 1983 80 Mill. DM eingeplant, davon 25 Mill. DM für den Bau eines Messehauses.

Mit der Zustimmung zu der jüngsten Maßnahme verhinderten die mächtigen Betriebsräte des Stahlkonzerns allerdings zugleich die vom Vorstand bereits beschlossene Übernahme des Werkes Judenburg von der Voest-Töchtergesellschaft Vereinigte Edelmetallwerke (VEW), den zweitgrößten Unternehmen Österreichs. Einen Teil dieses Betriebes, nämlich ein Walzwerk, hatte die Voest bereits vor geraumer Zeit übernommen. Zwecks Strukturumgestaltung schien auch eine Übertragung des restlichen Werkes mit rund 1000 Mitarbeitern sinnvoll, da der überwiegende Teil von Vor materialien von der Voest geliefert wird.

Dies wäre für das schwerdefizitäre Edelstahlunternehmen insofern eine Erleichterung gewesen, als damit die Verluste um rund 150 Mill. Schilling (21 Mill. DM) reduziert worden wären. Insgesamt werden bei der VEW angesichts schrumpfender Auftragspolster 1983 rund 1,8 Mrd. Schilling Verluste erwartet.

1

ZEIT-MÄRKTE / Konsum steigt weiter an – Trend zur Individualisierung

chst

HANNA GIESKES, Berlin
 eizet ist eine wesentliche
 usetzung für Konsum, denn
 un braucht Zeit. Heide
 f, Vorsitzende der Geschäfts-
 der Basler Prognos AG, lie-
 mit dieser Feststellung gewis-
 sen den Anhänger für ein
 chaftspolitisches Unterneh-
 espräch, das in diesen Tagen
 der Axel Springer AG mit
 Verband deutscher Drogerien
 und, Thema: „Freizeit als
 stundsfaktor in einer sich
 elnden Umwelt“. Freizeit be-
 : allerdings in diesen Tagen,
 rbeitspräsident Fredi Guth,
 manche eine Last, die, weil
 tslos, „Arbeit als Luxus emp-

annoch werde, wie Afsherd be-
zeuget, der Freizeitkonsum weiter
steigen. Er glaube nicht an eine
Krise oder ein abruptes Ein-
bruch der Industriegesellschaft", son-
dern an ein eher bescheidenes
Wachstum zwischen zwei und drei
Prozent „nach dem Ende des Krisen-
periodes". Der private Ver-
brauch werde zwar insgesamt mit
kleinen Raten wachsen,
aber die Afsherd, innerhalb dieses
Zeitraums, aber doch einen stärke-
ren Anstieg der Freizeitenaus-
gaben wahrscheinlich, so daß „in
den nächsten zehn Jahren eine
Verdoppelung des Marktes nicht
unmöglich erscheint".

Doch welche Märkte im großen Spektrum des Freizeitangebots sind es, die wachsen werden? Ingo Zuberbier, Vorsitzender der Geschäftsführung der Werbegesellschaft Lintas: „Deutschland hält alle diejenigen Bereiche für wachstumsfähig, die mit Gesundheit und Fitness, Service und Erholung verbunden sind. Hier versteht er Kochen, Nähen, Heimwerken – und Weiterbildung zu tun haben.“ Gefährdet hingegen seien Bereiche, die vor allem gesellige Abwechslung bieten – Restaurants etwa oder Freizeitparks, aber auch Sportveranstaltungen. Wenn die Zeiten härter würden, seien die Verbraucher eher geneigt, ihre Geselligkeiten ins eigene Heim zu verlegen.

Außerdem habe sich in den letzten Jahren ein zunehmender Trend zur „Individualisierung“ bemerkbar gemacht mit der Folge einer Polarisierung der Nachfrage in zahlreichen Konsumgütermärkten. Hochwertige, relativ teure Qualitäten für die persönlichen Bedürfnisse würden immer stärker nachgefragt; gleichzeitig wachse aber auch die Nachfrage nach Standardqualitäten zum günstigen Preis für die Bedürfnisse der Familie.

Die Schlußfolgerung für die Marketing-Strategien in Industrie, Handel und Dienstleistungsunternehmen liegt nahe: Der gesamte „Do-it-yourself“-Bereich wird wachsen.

nicht nur, weil die eigene handwerkliche Leistung Freude macht und zur Selbstverwirklichung beiträgt, sondern auch wegen der damit verbundenen hohen Preise, die heute für Handwerker zu bezahlenden sind. Gesundheit und Fitness bieten weitere Chancen – sei es bei der Bekleidung, beim Sportgerät, beim Reisen oder bei der Ernährung. Und schließlich ist es der Vorreiter moderner modischer Trends zu erliegen.

In jedem Fall wird jedoch das Geld für den Freizeitkonsum nicht mehr so reichlich fließen wie noch vor einigen Jahren; alle Aktivitäten, die den Einsatz größerer Summen erfordern, sind damit gefährdet. Dies betrifft freilich eher teure Hobbys wie Fotografieren oder das Sammeln von Kunst.

Das von Prognos avisierter
Wachstum des Freizeitmarktes
verlaufe deshalb unterschiedlich ver-
laufen. Jene Produkte aber, die In-
dividualbedürfnisse abdecken,
werden nach der Vorhersage des
Werbelabors am meisten pro-
fitieren. Die Kosmetikbranche zäh-
le ebenso zu den Leistungen,
die im Dienst der Gesundheit, Fit-
ness und Schönheit stehen. Ver-
bandspräsident Fredi Guth, für
den die Drogerie „das Pachge-
schäft für Gesundheit, Schönheit
und Freizeit“ ist, braucht mithin
nicht zu fürchten, dass er sich
um das Schicksal seiner Mitglieder
nichts zu fürchten.

Wie Sie in Ihrem Auslandsgeschäft das Währungsrisiko vermeiden.

Eine entscheidende Voraussetzung für Ihren Erfolg im Auslandsgeschäft ist eine schnelle und zuverlässige Kursstellung, wenn in Fremdwährung fakturiert werden soll.

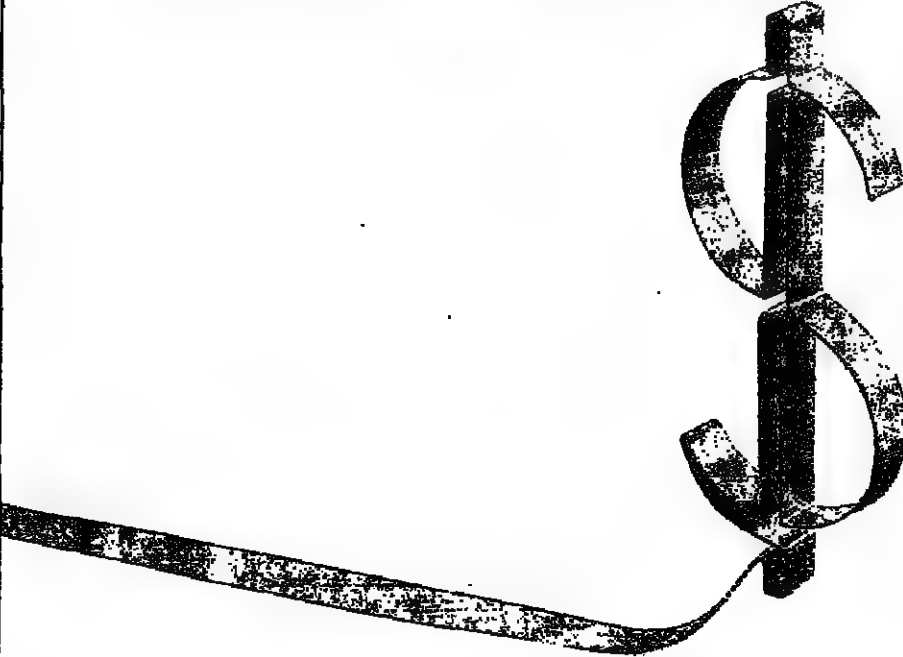
Das Währungsrisiko für Sie und die Beratung von uns beginnen schon in der Angebotsphase Ihres Auslandsgeschäftes. Sie müssen wissen, mit welchen Kursen Sie bei Angebotsabgabe kalkulieren können. Und Sie müssen wissen, mit welchen Veränderungen Sie dann in dem kritischen Zeitraum bis zur Vertragsunterzeichnung zu rechnen haben. Ist der Kontrakt geschlossen, brauchen Sie wahrscheinlich eine Wechselkursicherung. Das heißt: Sie geben Ihr Kursrisiko an die Bank weiter und stellen damit Ihre Kalkulation in DM auf eine feste Basis.

Also brauchen Sie einen Bankpartner, der Sie schnell und umfassend informiert und

Ihnen eine Prognose geben kann. Eigene Devisenhandelsbüros der Dresdner Bank an den bedeutendsten Finanzplätzen der Welt stehen mit der Frankfurter Zentrale durch Telefon, Telex und Bildschirm in ständigem Kontakt.

Frankfurt gibt dann wiederum per Bildschirm alle Kurse und Informationen unmittelbar an unsere Devisenhandelsexperten in den wichtigsten Orten der Bundesrepublik weiter.

Es gibt keine Nachricht im Devisenhandel, die es bei uns nicht gibt. Und wir haben die Spezialisten, um diese Nachrichten auszuwerten. Nutzen Sie die Vorteile der Dresdner Bank zum Vorteil Ihres Unternehmens. Sprechen Sie mit unserem Firmenkundendienst – er nimmt Ihnen Ihre Kurs-Probleme ab.



100

In Berlin: RH

Inlandsterftilfælde

[illegible]

Plattes Fäustchen

Was - Pingeligen Philologen werden die Haare zu Berge stehen: Ein „neuer“ Urfaut, hemmungslos aus Fragment und Faust! - zusammengeknüpft und mit Vorspiel und Prolog im Himmel ungeniert ins Plättchen übertragen und auf die Bühne des Hamburger Ohnsorg-Theaters gehievt, wo sonst Heidi Cabell als Kartenlegerin gelächelt und küssen, die Kassen füllen. Da kann man doch nur mit frecher, aufstöhnender „Hürr!“ ni kummt vor di dat Gräsen auh. Ja, wenn beim Osterspaziergang die Bauern Platt palavern, wenn sich Mephisto, nachdem er les Pudels Fell abgestreift, die Ändart als neue Maske aufsetzt, um Faust schneller einzufangen, und das für gestrenge Goethe-Verwalter vielleicht gerade noch annehmbar. Und auch, wenn die Platte verzeihen, wenn er als Ausgleich für all sein ruhloses gelehrt Deklamieren mal ins Niederdeutsche eintaucht. Aber warum um alles in der Welt, müssen auch noch die Erzengel Platt nacken und Gottvater den Meistot fragen „Wat ligt di stünst op den Meigen?“

Aber gemacht: Empörung ist es diesem neuen norddeutschen Faust-Spiel, das dem heute 47-jährigen pensionierten Student Friedrich H. Schaefer aus der Feder floß, fehl am Platze, wenn die Ohnsorgler, fauststüblich, wie sie sind, können natürlich auf jene alte Volksbuch-Puppenspiel-Tradition des norddeutschen Faust-Spiels zurückgreifen, die seit Jahrhunderten in der osthannischen Schaefer hat die prach- und erkenntnistheoretische Diskurse auf annuitiert-herzafte, zum Teil regelrecht originale und piffige Weise in plattdeutsche Redewendungen und eine gebracht, die Goethe selbsten plattent Tont antun.

Wo's kritisch wird, allzu verack philosophisch, wo Erdgeist und Hexen warten, hat er ohnneies weise den Rotstift angesetzt und das Ganze zielstrebig auf raffe, verwickelte, aufsteufakt und Grotchen-Banalität gespritzt. Da läuft es dann stück und schnell auf immer aus bühnenreife Über-Sättungen zu vom Schläger „Blot'n vigelischen Saft“. Die hätten bei der Hamburger Premiere noch mehr entdecken können, hätte die Inszenierung mehr vigeischen Saft gehabt.

Aschenbrödel-Ballett

Frischzellen für Strauß in Mannheim

Jahrscheinlich müßte man doch noch einmal einen Wettbewerb wagen. Denn das Ergebnis, das die Freunde von Johann Strauß anno 1898 angestrichelt hatten, brachten mit seinen 700 Einträgen wohl die erhoffte Publikumsunterstützung. Aber ein einziger, der indes nicht ein einziges Mal den Walzerkönig wirklich leistete. Widerwillig machte er an die Ausarbeitung eines Aschenbrödel-Balletts, das ein visser Kollmann à la mode vert hatte - und verstarb im darauffolgenden Jahr, ohne sein Werk zu vollenden. Josef Bayer, seiner „Puppenfee“ selbst unähnlich erfolgreich auf der Bühne, stellte das Stück damals als Skizze des verehrten Meisters zusammen.

Verständlich, daß das erste und zige Ballett von Johann Strauß bald das Aschenbrödel-Dasein fand. Erst Peter Kemp erinnerte vor ein paar Jahren wieder des schollenen Stücks. Richard Borge, Spezialist für vergessene Rituale, spielte das Werk auf Ballplatte ein und schuf so zu den Voraussetzungen einer neuaufbau, doch mit dem Modemilieu um die Jahrhundertende kann heutige Kunst ja nicht etwas entgegen. Nostalgie ist hilft da nicht.

Ob die Frischzellen-Therapie von my Kampen „Aschenbrödel“ oder auf die Bühne bringt, muß erst noch erweisen. Für das Nationaltheater Mannheim erwartete der Nachwuchskritiker aus atigart jedenfalls ein Konzept, das Märchen aber auf eine rechaus intelligente Weise mit r Biographie des Komponisten anwand. Der alternde Strauß lebt mit einer blutigen Ballerine eine Love-Story im sommerlichen Pawlowitz, die schließlich am gesellschaftlichen Ehegiz der au, vielleicht auch an der Eitelkeit des Künstlers scheitert.

Vielleicht brauchte es einigen Aufwand, um die Ballatmosphäre maliger Zeiten wiederaufleben lassen. Doch auf der großen Bühne des Nationaltheaters wirkt eine Vauxhall an der Endstation der senbahnlinie Sankt Petersburg - uskoje Solo tatsächlich wie der ste Wartesaal in einem x-beliebigen Bahnhof. Stimmung will nicht kommen. Die unendliche Abfolge von Walzern, Polkas und arschen kennt in der Choreographie Joachim Gersders weder Maß noch Ziel. Sie ermüdet und verhinert so die Aufmerksamkeit, die an gerade diesem „Aschenbrödel“ während eines „Sommers in wlowitz“ eigentlich gewünscht ite.

Cyclosporin A gegen die Abwehr - Neue Chancen für Transplantationen

Medizin wie mit dem Florett

Die Transplantationschirurgie, wohl eine der spektakulärsten Errungenschaften der modernen Medizin, steht vor einem neuen Boom. Der Grund dafür liegt aber nicht, wie so häufig, in neuen technischen Verbesserungen. Nein, die Technik der meisten Transplantationen, gleichgültig ob Nieren-, Herz- oder Lebertransplantation, ist heute weitgehend standardisiert. Limitierend auf die Erfolgsquoten wirken sich bisher vielmehr die rebellierenden Abwehrkräfte des Empfängerorganismus aus.

Das Funktionschema des Immunsystems (es beeindruckt durch die außerordentliche Komplexität und ist darin nur noch dem Zentralnervensystem vergleichbar) sieht nicht vor, fremde Organe zu tolerieren, auch wenn diese Toleranz zu einer Überlebensfrage wird. Das Immunsystem ist auf Verteidigung programmiert. Es leistet harte Arbeit, um Schädlinge fernzuhalten, um Bakterien, Viren und Pilze zu vernichten, die die Menschen zu ihrem Nährboden machen. Auch entartete Gewebe machen die zellulären Kampfgruppen des Immunsystems nieder und alle anderen Gewebe, die nicht die gleiche unverwechselbare molekulare Kennkarte auf der Zelloberfläche tragen.

Organtransplantationen sind überhaupt nur möglich, wenn die Körperabwehr zumindest vorübergehend lahmgelegt wird. Mit schweren medikamentösen Geschützen, den sogenannten Immunsuppressiva, ist dies auch möglich. Freilich, dieser Eingriff in das Immunsystem, der den Abwehrkampf gegen fremde Gewebe war bislang noch recht grobschlächtig. Wo eigentlich mit dem Florett gefochten werden sollte, hatte man mit dem schweren Säbel dazwischen. Entsprechend waren auch die Resultate. Obwohl man inzwischen einiges dazugelernt hat und zumindest versucht, den Säbel wie ein Florett zu führen, kommt es immer noch in einem beachtlichen Prozentsatz zu Abstoßungsreaktionen: Das Immunsystem des Organempfängers verweigert trotz aller Manipulationen das Spenderorgan. Und häufig leiden die Geschwächten in Nebenwirkungen der Immunsuppressiva. Die geschwächte Infektabwehr macht sie anfällig. Sind es Kinder, die ihre Überlebenshoffnung auf eine Transplantation setzen, so kommt es meistens zu Wachstumsverzögerung, wenn nicht gleich zum -stap.

Vor diesem Hintergrund ist es verständlich, daß jeder Fortschritt in der Beherrschung der Abwehrreaktion begierig aufgenommen wird. Mit der Substanz Cyclosporin A haben die Mediziner nun eine Substanz in der Hand, die spezifisch

schon alle bisher bekannten Medikamente die Abstoßungsreaktion unterdrückt. In den USA spricht man bereits von einem revolutionären Arzneimittel, und „Life“ widmete dem Mittel eine Teilstory. Auf einer kürzlich in Basel von der Herstellerfirma Sandoz einberufenen Informationskonferenz sprachen Experten der Universität von Kalifornien aus, daß das neue Präparat ebenfalls Cyclosporin ist ein Musterbeispiel für die mühselige Suche nach neuen Therapieprinzipien. Es entspringt keiner Molekülvariation bekannter Substanzen. Im Gegenteil, man entdeckte es mit einem altmodisch amutenden, aber doch irgendwie originellen Verfahren. Die Industrieforscher haben die Anweisung, in ihren Ferien wenigstens für einige Minuten an ihre Firma zu denken und eine Bodenprobe mitzubringen. Die darin enthaltenen Pilze werden dann im Screeninglabor zu Hause auf antiinfektöse und wachstumshemmende Eigenschaften überprüft. In einem solchen Unkrautsovenur aus Norwegen entdeckten die Schweizer Forscher den Pilz Trichoderma polysporum, an dem erst eine Anti-Pilz-Wirkung, dann aber immunsuppressive Eigenschaften auftraten. Verantwortlich dafür waren Stoffwechselprodukte, Oligopeptide, die wegen ihrer zyklischen Konfiguration Cyclosporin genannt und von A bis D katalogisiert wurden. 1972 erkannte man in A den Wirkstoff, den man genauer unter die Lupe nehmen wollte.

Schon bald fiel die spezifische Wirkung auf das Immunsystem auf. Eine Schlüsselstellung darin nahmen die Lymphozyten ein, eine Untergruppe der weißen Blutkörperchen. Sie kommen in verschiedenen Untergruppen vor, die sich vor allem durch besondere Aufgabenstellung im Ablauf immunologischer Reaktionen unterscheiden. Dringen fremde Eiweißstoffe in den Körper, sogenannte Antigene, erreicht diese Information immunkompetente Lymphozyten. Dies löst bei ihnen einen Aktivitätsschub aus, der zur raschen Zellteilung führt. Schließlich werden zwei Angriffslinien gegen den Eindringling aufgebaut: zum einen Plasmazellen, die Antikörper bilden, sowie Lymphozyten, die direkt angreifen, zum anderen Gedächtniszellen, die sich den spezialisierten Reaktionen unter dem nächsten Kontakt einen raschen und wirkungsvollen Angriff mobilisieren. Cyclosporin verhindert nun die Feindmeldung, unterdrückt die Signale von Antigenen zu den verschiedenen Fraktionen der Lymphozyten. Nicht minder wichtig ist, daß im übrigen keine Regelsysteme des Immunsystems gestört werden, so daß im Knochen-

mark weiter ausreichend Blut gebildet wird, die Infektionserreger wie sonst auch abgefangen und Wachstumsprozesse nicht unterdrückt werden.

An zahlreichen Tiermodellen konnte inzwischen die Tauglichkeit von Cyclosporin belegt werden. Ein besonders bemerkenswertes Modell haben sich Experten der Universität von Kalifornien ausgedacht. Sie entfernten einer weißen Ratte eine Pforte und pflanzten statt dessen eine schwarze Pforte ein. Unter dem Schutz von Cyclosporin heilte das gewebeunverträgliche Bein ein und erlangte sogar eine normale Funktion.

Die klinischen Erfahrungen mit Cyclosporin umfassen inzwischen weltweit etwa 1500 Transplantationen, darunter 900 Nieren- und 400 Knochenmarktransplantationen. In der Schweiz ist das Präparat inzwischen für den Einsatz bei Knochenmarktransplantationen offiziell zugelassen, in der Bundesrepublik erwartet man die Zulassung für diese Indikation wie auch für die Nierentransplantation im Herbst.

Die größte praktische Bedeutung wird Cyclosporin wohl für die Nierentransplantation erlangen. Dank dieses Stoffes funktionieren ein Jahr nach dem Eingriff noch achtzig Prozent der Nieren, ohne ihn wären es nur fünfzig. Damit wird die Frage immer drängender, ob nicht mehr Nierenkranke als bisher transplantiert werden sollten. Von der Erfolgsquote des Eingriffs her spricht alles dafür, 12.000 Patienten in der Bundesrepublik sind derzeit auf eine künstliche Niere, die Dialyse, angewiesen. Das kostet die Krankenkassen jährlich eine Milliarde DM. Die Transplantation könnte die Patienten nicht nur unabhängig machen von der Dialyse, sie wäre auch ungleich kostengünstiger.

Dieserzeit werden in der Bundesrepublik knapp tausend Nieren jährlich transplantiert, etwa das Dreifache wäre nötig. Was nicht mehr transplantiert wird, liegt in erster Linie an der mangelhaften Spenderbereitschaft der Bevölkerung. Trotz nachhaltigster Bemühungen hat die Idee der Organspende und damit der lebensrettenden Hilfe für einen Kranken noch nicht richtig Fuß gefaßt. Vielleicht auch setzen sich die Ärzte, die für die Entnahme der Organe sorgen müßten, nicht genügend dafür ein. Sicher ist jedenfalls, daß künftig nicht nur mehr Nieren, sondern auch Herzen, Lungen und Lebern benötigt werden. Unter anderem dank der medikamentösen Unterstützung der Abstoßungsreaktion sind die Erfolge heute so gut, daß man nicht mehr von Abenteuer-Chirurgie sprechen kann.

JOCHEN AUMILLER

Berlin: Ferdinand Bruckners „Krankheit der Jugend“ im Schloßparktheater

Ein Engel des Bösen in der Beletage

Geht das denn noch? Sonderbar: Auf seine verschrobene, überhitze und immer wieder blindwütig skandalöse Weise geht es partiell wirklich noch! Die „Krankheit der Jugend“ war, als sie neu war (1926), ein Skandalmacher. Theodor Taggar hatte es geschrieben, allerdings unter dem Pseudonym „Ferdinand Bruckner“, mit dem er ein halbes Jahrzehnt ziemlich erfolgreich die gesamte deutsche literarische Welt foppte.

Das Stück ist grundsätzlich. Ein Panorama jugendlicher Morbidität und schrecklicher Verlassenheit wird ausbreitet. Sind junge Leute, 1928, wirklich so gründlich von Gott und allen Menschenregeln verlassen? Zwei Morde passieren in der trübseligen Etagenpension, in der diese frühe Kommune haust. Geschlechtertausch wird freizug betrieben. Eine schüttende Lesbierin (hier gespenstisch attraktiv von Sabine Sinjen gespielt) nimmt Veron.

Ein Engel des Bösen (Dieter Laer spielt ihn mit wunderbar negativer Intensität) geht durch das fürchterliche Stück. Er knickt die Mädchen alle. Er verführt aus reiner Lust an der Sünde eine schilich-

te Dienstmagd zur Prostitution. (Baratta macht dann wieder Heidi Baratta ein fast komdienhaftes Kabinettstück.)

Der männliche böse Engel mit den toten Augen proklamiert in die totale Bürgerlichkeit, also in den schlimmsten Zustand des Abgestorbenseins zurückkehren zu wollen. Vorher vollbringt er noch Mord auf Verlangen. Er tötet das Mädchen, das ihm anhängt und das er vorher in die arglistige Lesbi geziehen hat. Dies Mädchen wird nun wieder von Angelika Domröse geradezu fulminant gespielt und dargestellt, eine eher vitale, verderbte Medizinstudentin, die immer nur an Abgründe getrieben wird. Wie die Domröse das gestaltet, ist ebenso schaukelig wie überzeugend, wie am Ende tröstlos mittelebend.

Ein Alt-Aussteiger hockt in der Etage des Unheils herum. Er mumpelt Ideologie. Er zitiert Platon und Nietzsche. Er ist ausgebrannt. Er gibt immer noch trostlosen Tiefsein von sich und ist eine Art Voyeur und geiler Auskundschafter auf dieser Szenerie trübseliger Verirrungen. Rainer Piggulla macht seinerseits aus dieser Ge-

stalt eine schauspielerische Sehenswürdigkeit.

Friedrich-Karl Praetorius steht den anderen in diesem Panoptikum trister Verkommenheit nicht nach. Er ist ein „Dichter“. Er ist feige und frech. Er beknabbert die Mädchen alle und schwimmt im Spüllüch der Gefühle. Wie er das zeigt, hat wiederum ebenso scheußliche wie auch komische Qualitäten.

Die Darsteller retten ein altes Stück. Und Michael Haneken, Regie, führt sie sorgsam und meisterlich durch die alten Höhlen. Er läßt die Szene wohlweislich undatiert. Sieht man nur Höhlen von vorvorgestern? Oder erlebt man vergleichbare von heute? Die Frage wird angedeutet, deutlich gestellt wird sie nicht. Hans Ofers blendend abstoßendes Bühnenbild tut ein übriges, daß ein altes Schauspiel, das man seit fünfzig Jahren für mausert halten wollte, doch wieder ansehbar und trotz seiner vielen sprachlichen Überschwengungen plötzlich wieder durchaus mitteilbar wird. Der Abend ist erstaunlich. Bruckner ist, wenn so gespielt, immer noch spielbar. Wer hätte das gedacht?

FRIEDRICH LUFT

Hannover: Karikaturen von Vazquez de Sola

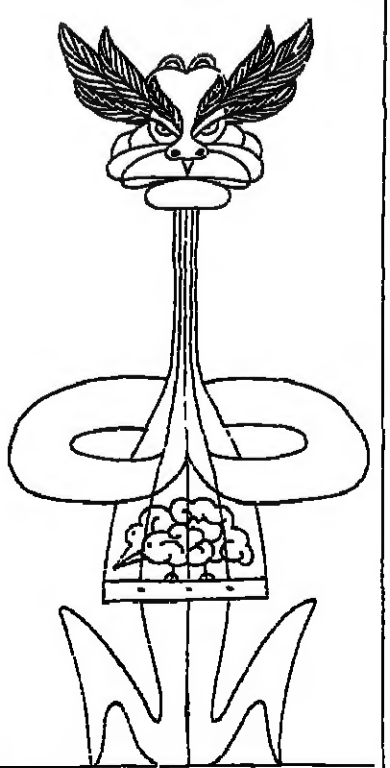
Der Witz der Konturen

Manchen mag das spanisch vor kommen. Denn der Karikaturist Vazquez de Sola macht es dem Betrachter nicht immer leicht. Die „Bekannten“, die er im Kabinett des Wilhelm-Busch-Museums vorstellt, wissen sich manchmal trefflich zu tarnen; es sind keine Zeichnungen, die auf den ersten Blick ein schmunzelndes Erkennen provozieren. De Sola geht hintergründiger zu Werke, das machen die Ausstellung in Hannover und das Buch, das sie begleitet, deutlich.

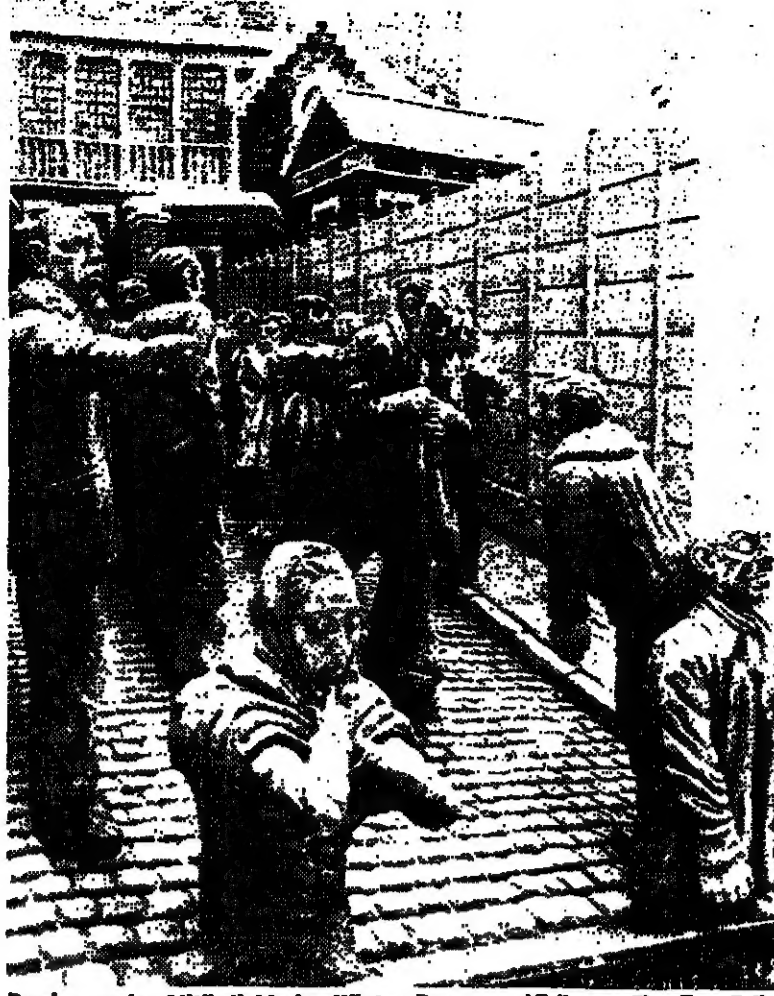
Der Zeichner, Mitte der Dreißiger Jahre in San Roque geboren, begann seine journalistische Karriere in Granada. Später ging er nach Paris und avancierte dort zum regelmäßigen Mitarbeiter von „Le Canard enchaîné“ und „Le Monde“. Ihn blieb er auch nach seiner Rückkehr nach Spanien treu. Seine Personen-Karikaturen

setzt er mit kräftigen Linien auf das weiße Blatt. Manchmal genügt ihm reine Konturen, ein andermal tötet er sie bunt oder füllt sie mit dümpeltem Schwarz. Es sind keine Bilder nach dem Leben, sondern Negotationen des „idealen Porträts“. Betroffen sind davon teils Dichter wie Zeitgenossen, musikalische Größen und philosophische Köpfe.

Bei Malern (z. B. van Gogh, Miró) nimmt de Sola deren Stilelemente auf, bei Politikern parodiert er zugleich auch seine karikierenden Kollegen (z. B. Sine bei Giscard d'Estaing). Wen er mag, der gerät ihm freundlich. Die anderen werden böse konterfiet (z. B. Schmidt als Aufziehpuppe). Meist sind es anspielungsträchtige Blätter, einfallreich und amüsant. (Bis 27. Febr., statt eines Kataloges: „Bekannte“ von Vazquez de Sola, Verlag Herbst - Satz & Druck, Hannover, 109 Abb. 69 Mark) P. J.



Vögel im Bauch: Nobelpreisträger Czeslaw Milosz, gezeichnet von de Sola



Regisseur der Alltäglichkeit: „Winter, Regen und Tränen - Eine Tragödie in Nordfrankreich“ von Raymond Mason, aus der Londoner Ausstellung FOTO: KATALOG

London zeigt Kunststoff-Plastiken von R. Mason

Lebensgroß, kunterbunt

Eine Traube im Mund, hat sie sich gerade in der Zelle eines Weinberges aufgerichtet. Mit der Rechten wischt sie sich den Schweiß von der Stirn, ein Auge ist gegen die Sonne zugedreht. Die Illusion ist fast perfekt, nur noch praller, bunter als die Wirklichkeit. Diese Art Weinlese findet zur Zeit im Museum für Moderne Kunst in Oxford statt. Die schräg ansteigenden Wingerzellen, die Trauben, die Pflücker sind alle aus Kunststoff geformt und mit intensiven Acrylfarben bemalt. Die lebensgroße, dreidimensionale Szene ist das jüngste raumfüllende Werk eines 34-jährigen Engländers in Paris, den sein Heimatland jetzt in einer ersten großen Ausstellung entdeckt hat.

Mit gallischer Lebhaftigkeit und immer noch englisch gefärbtem Französisch, mit britischer Freude an der Erzählung und an Themen, die er auf Frankreichs Straßen aufgreift, hat Raymond Mason eine besondere Synthese gefunden. Mit dem Malsstudium begann er in England, doch wurde er bald auf die Plastik hingelenkt. Als 24-jähriger kam er nach Paris - auf einen Monat - und blieb bis heute. Buchstäblich auf der Straße fand er seine Themen und gab sie anfangs in recht klassischen Bronze-Reliefs. Giacometti, sein einflussreichster Mentor, ermutigte ihn zu seinen tief eingekerbten, lebhaft rhythmisierten figürlichen Darstellungen von Menschengruppen in Pariser Straßen, vor der Kulisse der Oper oder den Cafés des linken Seine-Ufers.

Im Laufe der Jahre jedoch fand Raymond Mason diese Technik zu mühsam, zu flach und, im wörtlichen Sinne, zu eintönig. Schneller, plastischer, farbig wollte er seine Szenen gestalten. In einem geschmeidigen Kunststoff, der seine

bis zum Grellen aggressiven Farben mühelos annimmt, fand er das ideale Medium für seine Botschaft des Alltäglichen, die er mit voller Länge ins Publikum gesandt. Subtilität ist seine Sache nicht, bis zur Überspitzen verdichtet er seine Punkte.

Seine erste große Arbeit in bunter Plastik geriet gleich zu einem Denkmal. Kurz bevor die Hallen von Paris abgerissen wurden, skizzierte er nichtlang das Ritual des nächtlichen Marktlebens und verewigte es in einem monumentalen Tableau: Vor der Kirche von St. Eustache drängt er seine Markttypen zusammen samt hochbeladenen Obst- und Gemüsekarren, Kaskaden von Spargeln, zum Kippen hochgehäuften Kohlköpfen und Äpfeln, so dunkelrot wie die dickgeschminkten Lippen der Marktfrau im glühenden Mantel.

Mit gedämpften Farben hingegen ist eine Plastikgruppe bemalt, deren Idee ihm eine Zeitungsnote über ein Grubenunglück in Nordfrankreich lieferte. Die Atmosphäre eines regnerischen Tages vor der Zeche, die Reaktion der Menschen auf die Tragödie ist hier greifbar modelliert.

Bei aller lustvollen Imitation der Wirklichkeit haben Masons Arbeiten wenig mit Surrealismus zu tun: Mit der Wirklichkeit will er sie nicht verwechseln sehen. Eher agiert er wie ein Theaterregisseur, der Alltäglichen auf der Bühne dramatische Dimension abgewinnt. Und in der Tat: Die Energie seiner lebensgroßen Plastiken verleiht ihre Wirkung nicht: Der Betrachter wird eingesogen in die Aktion, in die Stimmung. Und die Frage, ob dies nun Kunst oder Kunstverfall ist, vermag um solcher Überredungskraft. (Bis zum 27. März) HEDI BÜRKLIN

München: Unbekannter Wagner, „Liebesverbot“

Ponelle macht einen Jux

Benjamin Britten, bei einem Quiz der BBC einst befragt, welche Oper die er noch nie gehört habe, er ums Verrecken auch nie hören wollte, rief lauthals ohne längere Überlegung: „Rienzi!“ Von Wagners „Liebesverbot“ war ihm offenbar nicht einmal der Titel bekannt.

Das sagt natürlich gar nichts über den beiseitigen Erfolg, den „Das Liebesverbot“ mitten in der Karnevalszeit jetzt in der Münchner Staatsoper als Beitrag des Hauses zu den Gedenkfestein zu hundertsten Wiederkunft des Todestages von Richard Wagner einbringt. Geplant sind in dieser Saison auch noch eine konzertante Aufführung der „Feen“, Wagners Opern-Entstehung, und des „Rienzi“. Hoffentlich wendet Staatsoperndirektor Sawallisch sein außerordentliches Können und das künstlerische Potential seines Hauses danach wieder musikalisch Wichtigen zu, selbst wenn keine Schallplattenaufzeichnung dabei herauspringt.

„Das Liebesverbot“ ist ein Potpourri der lehrtaufenden Formeln, montiert mit jugendlichem Geschick, Frechheit und guter Laune. Ein Begabungsanweis erster Klasse zugleich. Wagner schrieb es basierend auf Shakespeares „Maß für Maß“, 1635, gerade erst 22 Jahre alt. Aus dem Mann, der „Das Liebesverbot“ schuf, hätte so etwas wie ein Gerard Hoffnung werden können. Es wurde aber Richard Wagner daraus. Das zu erklären, fällt schwer. Ponelle jedenfalls nimmt Wagners Werk auf fröhliche Art ernst, schmunzelt mitunter leicht drüber hin, aber dem Gelächter gibt er es mit Vorsatz nicht preis. Er denunziert es niemals. Er ist offenkundig in die Jugendlichkeit des Stückes verliebt. Das macht jedermann gute Laune.

Ponelle läßt das Karnevalstück

mit dem ersten Takt der Ouvertüre überschäumen, heruntertollen: Alle Masken aus Per Halmens feiner Werkstatt. Sie überschäumen farbkattend die Grisaillen des Bühnenbilds: Klostergärten, Hallen, Straßen, Treppen und Plätze. Der Spaß wippt selbst noch von den Balkonen. Ponelles Inszenierung ist eine einzige Pracht, und Sawallischs Dirigieren nicht minder. Es strözt vor Temperament. Es setzt genau die Akzente. Die Holzbläser dürfen in Brighellas Gerichtsszene die lustigsten Kratzfüße machen. Aber auch Marianas schöne Romanze bekommt das rechte Gefühl mit auf ihren sanften musikalischen Weg.

Hermann Prey gibt den deutschen Tugendwächter im Südländ mit betörender Stimme. Seine grobe Szene nebst Arie und Stretta singt er schnurrtraks gleich in den Riesengübel hinein. Sabine Hass ist die Primadonna Novizin, die dem Kloster enteilt, um auch anderes als fromme Gesänge zu singen, und sie hat dazu auch reichlich und köstlich Gelegenheit. Pamela Coburn ist ihr vorzüglich beim Knüpfen und Lösen von Intrigen wie im bellimhaften Duettieren behilflich.

Gleich zwei erste Tenöre setzt der junge Wagner ohne zu knauern ein, und beide hat das glückliche München auch zur Verfügung: Robert Schunk und Wolfgang Fassler wetzeln in jener schlanken, aber milden Frische, die er später dann der „Tannhäuser“ brach. Alfred Kuhn ist der bärtig-mächtig fröhliche Schmerbauch im Buffa-Dienst.

Merke: Es ist natürlich nicht verboten. „Das Liebesverbot“ zu lieben. Aber mildernde Umstände hätte Friedrich, der Statthalter, bei einem Verbot der Karnevalsoper Wagners vielleicht doch verdient.

KLAUS GEITEL

JOURNAL

Mitterrand sprach vor Kulturkongreß

AP, Paris
In der Pariser Sorbonne fand auf Einladung des französischen Staatspräsidenten François Mitterrand und seines Kulturministers Jack Lang ein Kulturkongreß statt. Unter den rund 300 Teilnehmern befanden sich Volker Schlöndorff, Melina Mercouri, Sophia Loren, Graham Greene und Norman Mailer sowie John Kenneth Galbraith. Zweck der Konferenz war es, die Rolle der Kultur in einer Zeit der wirtschaftlichen Krise zu definieren. „Investitionen in die Kultur sind Investitionen in die Wirtschaft“, erklärte Mitterrand, „die technologische Fortschritt muß eine gesellschaftliche Revolution begleiten.“

Einschränkungen beim Preußischen Kulturbesitz

PHG, Berlin
Durch das Festschreiben des bisherigen Etats und eine zusätzliche Ausgabenbeschränkung in Höhe von 2,7 Millionen Mark reduzieren sich bei den Staatlichen Museen der Stiftung Preussischer Kulturbesitz vor allem die Mittel für Neuerwerbungen (von 9,3 auf rund 7,8 Millionen Mark). Damit wird eine Beteiligung der Stiftung an einem Finanzierungsmodell, um Watten aus „Cytherea“-Bild ständig für Berlin zu erwerben, nur noch in bescheidenem Umfang möglich. Außerdem müssen 14 Stellen eingespart und die zwölf notwendigen Stellen für das neue Kunstgewerbemuseum und das Institut für Musikforschung durch Umgruppierungen besetzt werden.

Behnisch baut neue Deutsche Bibliothek

dg, Frankfurt
Günter Behnisch wird in Frankfurt die neue Deutsche Bibliothek bauen. Obwohl er beim Wettbewerb nur den vierten Preis erhielt, entschied sich jetzt der elfköpfige Verwaltungsrat des Instituts für seinen Entwurf. Er sieht vier selbstständige Gebäudetrakte vor, die fächerartig angeordnet sind. Behnisch erklärte, mit seinem Entwurf habe er sich mit einer „aus den Funktionen und aus unseren (nämlich den deutschen) Traditionen entwickelten architektonischen Gestalt“ bewußt den verschiedenen Architektur-Tendenzen entgegenstellen wollen, die in Frankfurt heute vertreten seien: der repräsentativen Architektur der Konzerne, der technokratischen der Administrationen, der restaurativen am Römer, der postmodernen und der neuamerikanischen am Schaumainkai.

Afrikanischer Film zu „parishong“

AFF, Ouagadougou
Der Vorsitzende des interafrikanischen Filmverleihs-konsortiums (CICD), Inoussa Ousseini, kritisierte am Rande des achten Panafrikanischen Filmfestivals von Ouagadougou (Ouvouita) die krankhafte Hörigkeit der französischen afrikanischen Cinesaten gegenüber der „Fascie Kreißer“. Sie gingen zu sehr mit Blick auf künftige Elogien in Europa ans Werk. Dagegen müsse die „Eroberung der eigenen Identität, des eigenen Publikums und des eigenen Raums“ hauptsächliche Aufgabe des afrikanischen Films sein. Zugleich trat Ousseini für eine eigenständige kontinentale Filmpolitik in Afrika durch Entwicklung eines rein afrikanischen Verleihsnetzes ein.

Kinokarten werden in Polen billiger

AFF, Warschau
Kinokarten werden in Polen künftig um 33 bis 50 Prozent billiger sein. Die billigsten Plätze werden künftig 20 Zloty (ca. 50 Pfennig) kosten. Damit reagieren die Behörden - wie man in Polen spottet - „antizyklisch“ auf die allgemeinen Preiserhöhungen, insbesondere auf die erheblichen Aufschläge bei den Lebensmittelpreisen.

Die 11. Biennale der Tapisseriekunst

P. D. Lausanne
Die 11. Internationale Biennale der Tapisseriekunst wird vom 11. Juni bis 4. September wiederum in Lausanne stattfinden. Die Jury hat dafür aus 426 Bewerbungen 27 Künstler ausgewählt. Den stärksten Anteil stellen die Amerikaner mit sieben und die Japaner mit sechs Einladungen. Aus Frankreich sind drei Künstler, aus den Niederlanden, Dänemark und der Schweiz je zwei und aus Belgien, Kanada, Italien und Spanien je einer eingeladen worden. Deutsche Textilkünstler sind diesmal nicht vertreten. Zugleich wurde beschlossen, die Biennalen jeweils unter drei Künstlern aus den Niederlanden, Dänemark und der Schweiz zu stellen. 1983 heißt es „Textilkunst als Skulptur“ sein und 1987 „Textilkunst kehrt zur Wand zurück“.

Tanzpreis für T. Gsovsky und Gret Palucca

Reg, Essen
Tatjana Gsovsky (Berlin) und Gret Palucca (Dresden) erhalten den „Deutschen Tanzpreis 1983“. Der Preis wurde gemeinsam vom Deutschen Berufsverband vom Tanzpädagogik und der Zeitschrift „Ballett-Journal/Das Tanzarchiv“ gestiftet. Er wird erstmals am 6. März in Essen überreicht. Mit der Gsovsky und der Palucca sollen zwei Künstlerinnen geehrt werden, die in ihrer Gegensätzlichkeit einen bedeutenden Beitrag zur tänzerischen Entwicklung in Deutschland geleistet haben.



Große Politik beherrschte die Rosenmontagszüge im ganzen Land. Dabei erlaubten die Narren mal einen Blick in die Zukunft wie in Köln (Bild rechts), mal mochten sie sich ihren Reim auf die Vergangenheit wie in Mainz (Bild links).



FOTOS: DPA/AF

Bei strahlender Sonne brachten Narren die Politik ins Rollen

dpa, Köln/Düsseldorf/Mainz
„Hela“ und „Alaa“: Nürrische Sprechchöre signalisierten Hochkonjunktur für „Spaß an der Freude“. Schätzungsweise fünf bis sechs Millionen Menschen, ebenso viele wie im Vorjahr, feierten mit den Rosenmontagszügen den Siegeszug der drei tollen Tage am Rhein. Weitere Millionen waren am Fernseher dabei. Strahlender Sonnenschein bei klirrender Kälte garantierte, daß selbst die Eisblumen kombiunblau schimmerten.

Annähernd eine Million Menschen umgibt in Köln einen wahrhaft märchenhaften Zug, der unter dem Motto „Es war einmal“ Romantik und Nostalgie spiegelt. Auch wenn tonnenweise „Kamelie“ (Bonbons) auf das Volk niederregneten, war es unvermeidlich,

des Bundesbürgers „Tischlein-deck dich“ in diesem Jahr karger zu präsentieren. Der bundesdeutsche Pleitegeier hatte, wie es schien, alles bis auf die Knochen abgenagt.

Auf einem anderen der 37 Prachtwagen streichelte Bundeskanzler Helmut Kohl „Helle, helle Genscher“ seinen Koalitionspartner, während der andere Helmut, Ex-Regierungschef Schmidt, aus der Ziehharmonika ein „Du kannst nicht treu sein“ herauspreßte. Im „Spieglein, Spieglein an der Wand“ sah Kohl ein eigenes Kontorfer offener von der Birne zum Straußenei verformt.

Den etwa 700 000 Zuschauern in Düsseldorf fiel kaum auf, daß hier die Pappmachee-Puppen etwas

niedriger hingen als früher. Beim Aufbau des Zugs mußte man sich buchstäblich nach der Decke der diesmal benutzten Halle strecken. „Lot d'r Mot mit senke“ hieß das Motto, obwohl sich die SPD-Präsidentin wohl recht unbehaglich in der „Kohl-Suppe“ fühlte, die Franz-Josef Strauß auf einem Großwagen mit karnibalischer Freude auftrug.

Einleuchtend war, daß in Zeiten der zunächst vermuteten „Neuwahl-Verkohlung“ der Reitermann Hans-Dietrich Genscher auf hohem Roß thronte, das sich als hölzernes Schaukelpferd entpuppte. Mehrdeutig wirkte eine Darstellung, bei der Kohl den Genscher im Angesicht des grünen Ungetüms umfaßte.

Den internationalen Anstrich unterstützten Gäste aus Belgien, Holland, Norwegen und der Schweiz, aber auch „einheimische“ Geiseln. Nippon-Tüchter aus der größten japanischen Kolonie Europas in dieser Stadt.

Das „Mainzer Rad auf Narrenfahrt“ brachte etwas mehr als 500 000 Narren ins Rollen. Auf einem der Wagen ließ sich Genscher von einer Krankenschwester beide Hände verbinden. Links verband, rechts ver-kohlte lautete die Diagnose. Der doppelte Helmut (Schmidt und Kohl) stiftete einen „Wanderpreis“, denals Pleitegeier zerrupften Bundesadler.

Die Duisburger standen, schon wegen der Originalität, diesmal

den Mainzer in der Anziehungskraft kaum nach. Fast eine halbe Million Zuschauer standen hier am Bann der Wikinger, die auf dem „Historischen Festzug“ zur 1100-Jahr-Feier wie anno 883 die Stadt erströmten.

Im Bonner Zug mit dichtem Speiler aus 400 000 Schaulustigen symbolisierte man an einer Angel den Fünf-Prozent-Köder, der für die Liberalen und Grünen fast ein wenig zu hoch hing. Auf dem Bundes-schiff demonstrierte Genscher das Kunststück, nach allen Seiten offen zu sein, zumal ihm Schmidt und Kohl den Rücken zickerten. SPD-Chef Willy Brandt präsentier-te sich als Stiergucker, der in seinem Fernrohr allerdings nichts als ein Kohlfeld einfiel.

Die Westfalenmetropole trumpfte auf ihre Art auf. „Ganz Münster ist ein Freudenthal“ hieß es, weil eine Narrenzunft dieses Namens ihr 150-jähriges Bestehen beging. Die meiste Farbe in den Zug brachten „Pappköpfe und Döneske“ aus dem niederländischen Losser.

Stark war das niederländische Element auch im Fliedenlappen-Zug am Aachener Dreiländerdeck, wo sich die katholischen Bewohner der benachbarten Provinz Südlundburg seit je lieber rheinisch übermäßig als kalvinistisch-spröde gaben. Hier entfalteten nicht bezahlte Künstler und Handwerker, sondern Amateure phantasievoll Eigeninitiative aus Omars Moten-kiste.

Verschlossene Türen führten zur Katastrophe

64 Tote bei Kinobrand in Turin - Ursache unklar

FRIEDRICH MEICHNER, Rom
Bei einem der folgenschwersten Kinobrande der letzten Jahre kamen am Sonntagabend in Turin 64 Menschen - vorwiegend Jugendliche - ums Leben.

Am selben Tag ereignete sich in Italien ein weiteres tragisches Unglück: In Champoluc im Aostatal stürzten drei Kabinen eines Skilifts in den Abgrund. Zehn Menschen fanden dabei den Tod, einer wurde lebensgefährlich verletzt.

Staatspräsident Sandro Pertini klagte gestern bei der Ankunft in Turin: „Immer wieder wird das italienische Volk von schweren Tragödien heimgesucht.“

Die Ursache der verheerenden Brandkatastrophe im Turiner Kino „Statuto“, wo das französische Filmdrama „Die Ziege“ gezeigt wurde (Zeitungskarte am Sonntag: „Seit 13 Wochen wird gelacht“), ist vorläufig noch ungeklärt. Die Ermittlungsbehörden ziehen sowohl einen Kurzschluß als auch fahrlässige Brandstiftung (Zigarettenstummel, Feuerwerkskörper) in Betracht und schließen selbst die Möglichkeit eines Attentats nicht aus.

Der Pächter des in der Innenstadt gelegenen Filmtheaters, Raimondo Capello, wurde unter der Anklage der fahrlässigen Tötung verhaftet. Offenbar macht ihm die Staatsanwaltschaft zum Vorwurf, daß die Notausgänge auf der Galerie, wo die meisten Menschen ums Leben kamen, verschlossen waren.

Über den Hergang der Katastrophe berichtete die Kinokassiererin: „Es war gegen 18.50 Uhr, und die dritte Nachmittagsvorstellung hatte schon begonnen. Plötzlich hörte ich drei heftige Schläge, drei Explosionen. Ich dachte an Feuerwerkskörper, an einen Karnevals-scherz. Wenige Sekunden später füllte sich der Treppenaufgang mit Rauch, und ich sah, wie die Vorhänge in Flammen aufgingen.“

Pächter Capello bestätigte: „Es ist wahr, im Korridor gab es plötzlich eine riesige Stichflamme, fast eine Explosion. Dann waren die Treppen in Rauch gehüllt.“

Der anscheinend mit Gas durchsetzte Rauch, der entstand, als die Plastikessel in Flammen aufgingen, war es, der den meisten der umgekommenen Besucher zum Umhängen wurde. Die überwiegende Mehrheit der Toten ist nicht verbrannt, sondern erstickt. Der Kinosaal wurde für sie zur Gaskammer.

Auf der Galerie hatten 18 Menschen, als sie die Notausgänge verschlossen fanden, noch in der Toilette und in einem Abstellraum Zuflucht gesucht. Aber auch sie erstickten.

Ein 18-jähriges Mädchen, das im Parterre direkt neben dem Ausgang gesessen hatte und noch rechtzeitig auf die Straße flüchten konnte, berichtete einem Rundfunkreporter: „Ich saß in der letzten Reihe. Plötzlich hörte ich ein Geräusch, als ob eine Gasheizung angehe. Sofort schlugen die Flammen hoch. Ich stürzte nach draußen. Dort hörte ich noch, wie von innen die Leute an die versperren Türen der Notausgänge pochten und riefen: Macht doch auf! Macht doch auf! Dann fiel ich in Ohnmacht.“

Die bisher größte Katastrophe in einem Kino hatte sich am 19. August 1978 in Abadan (Iran) ereignet. Durch ein Attentat waren damals mehr als 400 Menschen ums Leben gekommen.

Bei anderen Brandkatastrophen gab es 1982 in Taipei/Taiwan zwölf Tote, 1980 in Bagdad 59 Erst- und 1982 in Manila zwölf Tote, 1963 in Diourbel/Senegal 84 Tote, 1980 in Amoude/Syrien 152 Tote, 1948 in Rues/Frankreich 89 Tote und 1946 in Atlanta/USA 121 Tote.

FBI-Agenten verbreiten Panik in Mafia-Familien

Erfolge im Kampf gegen organisiertes Verbrechen

H. STÜCK, Washington
Blutige Rache übten Gangster im US-Bundesstaat Georgia an einem FBI-Agenten, der lange unerkannt im „Milieu“ gelebt hatte und dabei zum Schein Mitglied einer auf teure Autos spezialisierten Diebstahlbande geworden war. „Ein Pistenlauf wurde ihm tief in die Nase gesteckt“, so jetzt FBI-Direktor William Webster, „und mit dem Lauf wurde ihm dann brutal die Nase abgerissen.“

„Darauf“, so Webster weiter, „warfen die Verbrecher den Beamten in einen offenen Transporter, um ihn zu einem Hinrichtungsort zu bringen. Während der halbstündigen Fahrt gelang es dem Mann jedoch, abzuspringen und sich trotz seiner schweren Verletzung in Sicherheit zu bringen.“

Der FBI-Chef zitierte den Fall vor einem Senatsausschuß, um die aufopferungsvolle Arbeit seiner Agenten beim Kampf gegen das organisierte Verbrechen zu illustrieren. Als greifbare Erfolge dieses seit zwei Jahren besonders intensiv geführten Kampfes nannte Webster die Verurteilung von 350 Mitgliedern des landesweit aktiven „Crime Syndikats“, auch Cosa Nostra oder Mafia genannt, und „panikartige“ Reaktionen der Unterwelt, die auf erhebliche Verunsicherung schließen ließen.

„Crime Syndikat“ besteht aus 25 „Familien“

Weitere 300 Mafia-Mitglieder, so Webster weiter, warteten derzeit in Gefängnissen auf ihren Prozeß. Trotz der Fährdungenfolge bestche der harte Kern des organisierten Verbrechens jedoch noch immer aus 2000 „Vollmitgliedern“, um die sich etwa 20 000 Zuträger und Komplizen scharten.

Organisatorisch ist das „Crime Syndikat“ laut Webster in 25 „Familien“ unterteilt, die von einem regelrechten Präsidium, Kommission genannt, zentral geleitet und koordiniert werden. Die derzeitige Kommission“, so Webster, „ist äußerst sicherheitsorientiert und vorsichtig, sie verläßt sich nur noch auf Leute, die ihr seit langem bekannt sind.“

Auf Fragen mußte Webster jedoch einräumen, daß sich die Kommission neuesten Erkenntnissen zufolge noch nicht wieder zu einem generellen „Einstellungsstopp“ für Nachwuchsgangster entschlossen hat, wie sie ihn zwischen 1957 und 1972 aus Angst vor Polizei-Infiltration praktiziert hatte.

Die „Fußtruppen“ genießen nur geringen Schutz

Zum Einführungsritual für Vollmitglieder des „Crime Syndikats“ gehörte laut Webster auch nicht mehr der Nachweis eines Mordes. Seit einiger Zeit werde von den Bewerbern nur noch verlangt, daß sie vor Erteilung der letzten Weihen einen Mord als Komplize und Augenzeugen miterleben. Bei der Verteilung der Beute bekämpften die 2000 Vollmitglieder den Löwenanteil. Die Helfer und assoziierten Mitglieder genossen weniger Schutz durch die Familien und mußten sich mit einem geringen Beuteanteil zufriedengeben.

„Das Gefühl der Sicherheit, des Respekts und des Schutzes, das einst den Fußsoldaten des organisierten Verbrechens zuteil wurde“, sagte Webster, „ist gegenseitig Mißtrauen und Furcht gewichen. Da wir inzwischen längst nicht mehr nur am Fuß der Verbrechenspyramide herumstochern, sondern schon bis zu den Kapos (Unterführern) und Spitzenleuten vordringen sind.“ (SAD)

11000 Gläubiger haben ein Dach über dem Kopf

AEG-Vergleich in Frankfurt wird Mammut-Spektakel

H. H. KANNENBERG, Frankfurt
60 000 Gläubiger, der wirtschaftliche „Bodensatz“ des spektakulären Beinahe-Konkurses der AEG in 1982, hängen als drohende Lawine über Frankfurt. Niemand weiß, wie viele von ihnen an den Main kommen werden, wenn am 9. März um 9.30 Uhr Richterin M. Peppeler in Frankfurts größtem Veranstaltungsraum, der 11 000 Menschen fassenden Festhalle auf dem Messegelände, den Vergleichstermin zur endgültigen Abwendung des AEG-Konkurses eröffnet wird.

Für Manfred Wick, Vizepräsident des Frankfurter Amtsgerichts und in dieser Eigenschaft zuständig für die organisatorische Vorbereitung des Mammut-Spektakels, „Brocken“ ihrer Laufbahn. Sie residieren, der Einfachheit halber, in einem Büro des AEG-Konzerns. Um sie vor Störungen zu schützen, erhielt sie vom Gericht eine Geheimnummer, die nicht einmal der Telefonzentrale des Amtsgerichts bekannt ist. 40 bis 50 Justizwachmeister sollen während der Vergleichsverhandlung im riesigen Raum der Festhalle für Ruhe und Ordnung sorgen. Das Gericht rechnet allerdings damit, daß sich die Zahl der anwesenden Gläubiger nach den beiden ersten Verhandlungstagen erheblich verkleinert. Die Verhandlung soll dann in der benachbarten kleineren Kongresshalle (2200 Sitzplätze) fortgesetzt werden.

In den Mittagspausen werden die hungergeplagten Gläubiger auf dem Messegelände vergewahrt nach einer Labung suchen - niemand fühlt sich für die Ernährungsfrage zuständig. Das Gericht sieht sich nicht als zuständig an. Vizepräsident Wick: „Für uns ist das eine normale Vergleichsverhandlung. Wenn bei uns ein Amtsgericht verhandelt wird, kümmern wir uns ja auch nicht darum, wo die Prozeßteilnehmer zu Mittag essen.“ Ähnlich hält man es bei AEG. „Diese Leute sind Vergleichspartner vor Gericht, aber nicht unsere Gäste!“

man weiter, daß beim Vergleichstermin die Fronten völlig klar sind, daß da nichts mehr ausgekocht und ausgehandelt wird, dann kann man davon ausgehen, daß viele Gläubiger Zustimmung oder Ablehnung zum Vergleichsschlag schriftlich äußern werden.“

Beim Frankfurter Amtsgericht läßt sich in diesen Tagen bereits erkennen, daß viele der 60 000 AEG-Gläubiger die Reisespesen sparen und schriftlich votieren. Vizepräsident Wick: „Die Briefe kommen waschbowlweise!“ Die mit der Abwicklung des Vergleichs beauftragte Richter Peppeler bestätigt im Endspurt vor dem 9. März den bisher gewaltigsten „Brocken“ ihrer Laufbahn. Sie residieren, der Einfachheit halber, in einem Büro des AEG-Konzerns. Um sie vor Störungen zu schützen, erhielt sie vom Gericht eine Geheimnummer, die nicht einmal der Telefonzentrale des Amtsgerichts bekannt ist. 40 bis 50 Justizwachmeister sollen während der Vergleichsverhandlung im riesigen Raum der Festhalle für Ruhe und Ordnung sorgen. Das Gericht rechnet allerdings damit, daß sich die Zahl der anwesenden Gläubiger nach den beiden ersten Verhandlungstagen erheblich verkleinert. Die Verhandlung soll dann in der benachbarten kleineren Kongresshalle (2200 Sitzplätze) fortgesetzt werden.

In den Mittagspausen werden die hungergeplagten Gläubiger auf dem Messegelände vergewahrt nach einer Labung suchen - niemand fühlt sich für die Ernährungsfrage zuständig. Das Gericht sieht sich nicht als zuständig an. Vizepräsident Wick: „Für uns ist das eine normale Vergleichsverhandlung. Wenn bei uns ein Amtsgericht verhandelt wird, kümmern wir uns ja auch nicht darum, wo die Prozeßteilnehmer zu Mittag essen.“ Ähnlich hält man es bei AEG. „Diese Leute sind Vergleichspartner vor Gericht, aber nicht unsere Gäste!“

WETTER: Im Norden sonnig

Wetterlage: Zwischen einem von Großbritanniern bis Fionland sich erstreckenden Hoch und einem Tief über dem westlichen Mittelmeer hält die Zufuhr von Kaltluft an.

Vorhersage für Dienstag:

Norddeutschland: Bei meist nur ge-



ringer Bewölkung tagüber sonnig und Großbritanniern bis Fionland sich erstreckenden Hoch und einem Tief über dem westlichen Mittelmeer hält die Zufuhr von Kaltluft an.

Vorhersage für Dienstag:

Norddeutschland: Bei meist nur ge-



Sonnenaufgang am Mittwoch: 7.35 Uhr, Untergang: 17.38 Uhr, Mondaufgang: 9.18 Uhr, Untergang: 21.22 Uhr. * in MEZ, zentraler Ort Kassel

Premierenkrieg zwischen Kino und TV

Erstmals läuft in den USA ein Film gleichzeitig auf der Leinwand und im Fernsehen an

WOLFGANG WILL, New York

Wenn Ende dieser Woche der Musical-Film „The Pirates of Penzance“ uraufgeführt wird, ist das mit einem einmaligen wirtschaftlichen und künstlerischen Spektakel verbunden. Denn erstmals in der Geschichte Hollywoods hat ein Film - dieser mal Linda Ronstadt und Kevin Kline in den Hauptrollen - nicht nur Premiere in Kinos, sondern gleichzeitig auch im Kabelfernsehen. Damit kollidieren unterschiedliche ökonomische Interessen: Amerikas Kinobesitzer sehen ihre Theaterprämie gefährdet, Hollywood erhofft sich aber zusätzliche Premierenpreise und damit erhöhte Einnahmen.

Universal, Hersteller des Films, der 12 Millionen Dollar gekostet hat, geht mit dieser Methodik ein Pokerspiel ein und setzt auf die einzig sichere erkennbare Karte: das Kino. Die Bequemlichkeit, die offeriert wird - bei einer Premiere dabei sein zu können, ohne das Haus verlassen zu müssen, einer Uraufführung quasi am „heimischen Herd“ oder „elektronischen Kamin“, wie es ein Hollywood-Produzent formuliert, beizubehalten zu können. Aber offen ist diese Frage: Wie groß wird die Zahl der Bege-

men und gleichzeitig Premieren-

besessenen sein? Davon hängt vieles für die ohnehin in Bedrängnis geratenen Kinos wie auch für Universal, die Kabelfernseh-Industrie und die Zukunft der Zelluloid- und Elektronik-Medien ab. Nur 17 Kabel-Systeme übertragen die Premiere, und wer den Film sehen will, muß zusätzlich zur üblichen Kabel-Gebühr eine „Premieren-Gebühr“ in Höhe von etwa zehn Dollar zahlen, 1,5 bis zwei Millionen US-Haushaltungen haben die technische Möglichkeit, die Premiere zu empfangen. Universal hat eine Million Dollar in die Werbung für die Kabel-Premiere investiert und erwartet von den zehn Dollar Zuschauer- oder Einschaltgebühr 60 Prozent. Universal hat die Kabelsysteme zusätzlich um die Garantie gebeten, daß 30 Prozent ihrer verkauften Haushalte auch für die zehn Dollar Sondergebühren die „Pirates of Penzance“ abonnieren.

Die 62 Theater-Besitzer in 30 amerikanischen Städten, in deren Kinos der Film am Freitag Premiere haben wird, blicken voller Sorge in die Zukunft, denn sie sehen Premierengäste wegblicken. Hollywood setzt große Hoffnungen in das neue Angebot, selbst wenn es im Falle dieses Filmes noch nicht

so recht klappen sollte. Die kühne Rechnung: Wenn 1985 etwa fünf Millionen US-Haushaltungen technisch so ausgestattet sind, daß sie über ihr Kabelsystem gegen Sonderbezahlung ein besonders angebotenes Ereignis, eben eine Film-premiere, empfangen können, kann das für einen einzigen Abend eine Zusatznahme bis zu 50 Millionen Dollar ausmachen.

In den letzten Monaten gab es allerdings zwei herbe Enttäuschungen auf diesem Gebiet: Im November wurde Kabelfernsehbe-ziehern an einem Abend im Sonderabonnement das Musical „Sophisticated Ladies“, einen Monat später das nordamerikanische Abschiedskonzert der Rock-Gruppe „The Who“ angeboten und in jedem Falle machten nur 12 Prozent der Kabel-Besitzer davon Gebrauch. Aber Universal kann auch noch eine andere Fehlleistung gemacht haben. „Unsere Politik ist unverändert“, sagt dazu der Präsident einer Kette von Kinos in Kalifornien, „wir werden keinen Film ins Programm aufnehmen, der schon über Kabel-TV gelaufen ist.“ Mehr-Fronten-Krieg also im Filmmer-Bereich - das Experiment mit der „Pirates“-Premiere kann weitreichende Folgen haben. (SAD)

Scotland Yard glaubt an weitere „Mordhäuser“

Fieberhafte Suche nach Freundin des Verdächtigen

SAD, London

Hat der Massenmörder von London noch mehr als 17 Männer umgebracht? Scotland Yard befürchtet, daß es außer den beiden bereits bekannten Tätern noch weitere Mordhäuser gibt. Während Kripo-Beamte in Dreier-Teams die Knochensuche im Garten des Hauses Melrose Avenue 195 fortsetzen, begannen Kollegen mit der Fahndung nach einer Freundin des Ex-Polizisten Dennis Nilzen (37), der des Mordes an einem der Opfer angeklagt ist.

Die Frau, die ihren Namen mit Jackie Grant angab, war am Wochenende ahnungslos auf dem Londoner Flughafen gelandet. Vom Flugplatz aus rief sie den Münzfensprecher des Hauses Cranley Gardens 23 an, in dem Nilzen am Mittwoch verhaftet worden war. Sie fragte nach „Dennis“. „Er ist nicht hier. Wissen Sie nicht, was passiert ist?“ sagte der Mann, der das Gespräch annahm - ein Polizist. Die Anruferin erklärte, sie habe einen Koffer mit „Sachen von Dennis“. Der Beamte forderte sie auf, den Koffer auf die Wache zu bringen, aber sie kam nicht. In Cranley Gardens 23 hat die

Polizei die Überreste von drei Männern gefunden. Ein Opfer war ein 20-jähriger Stadtstreicher aus Schottland. Die beiden anderen sind nur vorläufig identifiziert worden. Im Garten von Melrose Avenue 195 vermutet die Kripo Leichenteile von mindestens 13 anderen jungen Männern. Aber Fahndungsleiter Norman Briers räumt ein: „Es ist gut möglich, daß wir als Ergebnis unserer Ermittlungen weitere Adressen aufsuchen müssen.“

Die Suche im Garten wird voraussichtlich bis zum Wochenende andauern. Danach wird der Fußboden im Haus aufgerissen. Aber die Kripo rechnet nicht damit, etwa unter den Fußböden zu finden. Das Haus wurde in den letzten acht Monaten von Grund auf renoviert und erhielt dabei auch neues Parkett. Es ist zu zwei Eigentümern umgebaut worden, von denen die obere noch unverkauft ist. In der Erdgeschosswohnung wohnt die blonde Londonerin Diana Keating (27) mit einer Freundin ein. In den letzten vier Tagen für 124 000 Mark. „Ich kam sie damals wie eine Traumwohnung vor“, sagte sie gestern

Handwritten signature or note at the bottom of the page.